Nr. 146. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kolonialschwindel.

Freisinn und Zentrum schlagen zurzeit gewaltigen Lärm über das Verfahren, das die Regierung wegen der in freisinnigen und Zentrumsblättern veröffentlichten Indiskretionen über den Fall Puttkamer eingeschlagen hat. Sie regen sich mächtig darüber auf, daß die Regierung nach den Veröffentlichungen aus den Geheimakten des Kolonialamtes, aus denen das löbliche Bestreben dieses Amtes, auch im Fall Puttkamer wiederum die übliche Taktik des Vertuschens zu üben, sonnenklar hervorging, nichts vernünftigeres zu tun wußte, als die Staatsanwaltschaft gegen die Urheber dieser Veruntreuung mobil zu machen. Selbst der „Germania" ist plötzlich die Erleuchtung gekommen, daß der Beamte, welcher zur Entlarvung der Korruptionstaktik des Kolonialamts beigetragen, im Grunde der guten Sache der Reinigung unseres kolonialamtlichen Augiasstalles nur einen dankenswerten Dienst geleistet habe. Und die Regierung, die doch selbst feierlichst gelobt habe, daß im Kolonialamt endlich einmal ein gründlicher Systemwechsel eintreten solle, löse dies Versprechen dadurch keineswegs ein, daß sie, statt den Vertuschungstaktikern zu Leibe zu gehen, jetzt diejenigen am Kragen fasse, die aus höherem Pflichtgefühl die unausrottbare Korruption öffentlich aufgedeckt hätten. Auch sei es offenbarer Schwindel, wenn die Kampagne gegen die des Aktenverrats vermeintlich verdächtigen Unterbeamten von der konservativen und nationalliberalen Presse so ausgelegt werde, als solle nun wirklich mit der Reorganisation des Kolonialamts Ernst gemacht werden. Nicht bei den lediglich ausführenden Unterbeamten, sondern bei den leitenden Männern des Kolonialamtes sei die Fäulnis zutage getreten, gegen sie hätte sich das Verfahren richten müssen.

Alle diese Ausführungen der Zentrums- und Freisinnspresse treffen den Nagel auf den Kopf. Aber dieser ganze Entrüstungssturm wird auf die Regierung nicht den geringsten Eindruck machen. Das Ende des ganzen Skandals wird die Maßregelung gerade der Elemente im Kolonialamt sein, die für die koloniale Korruption am allerwenigsten verantwortlich sind. Die wirklichen Träger des Korruptionssystems — welches auch immer ihre Namen sein mögen — werden bleiben und nach Kräften alle alten und neuen Skandale weiterhin vertuschen. Höchstens wird dafür gesorgt werden, daß von diesen Skandalen künftig nichts mehr an die Oeffentlichkeit durchsickert. Ja, wir werden es wahrscheinlich erleben, daß nach Erreichung dieses hehren Zieles sogar Zentrum und Freisinn sich rühmen, durch ihren heldenmütigen Feldzug die Korruption beseitigt zu haben!

Zentrum und Freisinn treiben in ihrem Kampfe gegen die Kolonialskandale ja keinen minder dreisten Schwindel als jetzt die konservative und nationalliberale Presse. Müssen sie es doch nachgerade begriffen haben, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ohne schwerste Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen, ohne brutales Regiment der weißen Herrenrasse ganz unmöglich ist. Wenn sie sich gleichwohl den Anschein geben, als glaubten sie, koloniale Ausbeutungspolitik vertrage sich mit einer gerechten und humanen Behandlung, mit wahrhaft ethischer und kultureller Erziehung der Eingeborenen, so machen sie sich damit nur der traurigsten Heuchelei schuldig. Ihr ganzes Auftreten in kolonialen Dingen beweist zudem diese Heuchelei. Ihre geräuschvoll reklamehafte Kritik der Puttkamerei und ähnlicher Skandale kann keinen Klarsehenden darüber hinwegtäuschen, daß Zentrum und Freisinn bei allen Kernfragen kolonialer Natur kläglich versagt haben. Denn was bedeutet die ganze Puttkamerei schließlich gegen die ungeheuerliche Kriegsführung in Südwestafrika und Ostafrika! Als die Trothasche Ausrottungsstrategie bekannt wurde, als die entsetzlichen Befehle dieses Oberstkommandierenden von der Sozialdemokratie an den Pranger gestellt wurden, hatten es Zentrum und Freisinn in der Hand, die Ehre der Humanität und des Christentums zu retten. Sie brauchten nur jede neue Kritik so lange zu verweigern, bis Trotha zurückberufen und das ganze System des Krieges geändert war! Aber diese Parteien überließen der Sozialdemokratie den Protest, sie machten sich zu direkten Mitschuldigen des entsetzlichen Blutvergießens. Und als in Ostafrika der Aufstand ausbrach, als auch dort die grauenhafte Blutarbeit begann, die noch jetzt ungemindert fortdauert, dachten Zentrum und Freisinn ebensowenig daran, diesen Metzeleien Einhalt zu tun. Sie protestierten zwar gelegentlich gegen das alberne Märchen, der ostafrikanische Aufstand sei durch „Zauberer" hervorgerufen, statt durch die unerhörte Ausbeutung der Eingeborenen, speziell den skandalösen Arbeitszwang bei einer Entlohnung von ½ bis 1 Pf. pro Tag; aber sie ließen im übrigen die Dinge ruhig ihren Gang gehen. Mögen Hunderte von Millionen verpulvert werden, mögen Zehntausende von Eingeborenen auf der Strecke bleiben — Zentrum und Freisinn klammern sich an kleinliche Einzelfälle dieses unerhörten Systems und renommieren dann noch im Lande herum, daß sie der Regierung endlich das Versprechen abgerungen haben, das — Kolonialamt zu reorganisieren!

Daß diese Reorganisation nun in der Maßregelung derjenigen Unterbeamten bestehen soll, deren Menschlichkeitsgefühl sich gegen die tolle Mißwirtschaft empörte, ist nur die verdiente Quittung der Regierung für die unehrliche Politik dieser Parteien. Wie sollte denn auch die Regierung Respekt vor Leuten bekommen, die in allen kolonialen Kardinalfragen niemals Ernst bekunden und die ganze Kolonialpolitik — wie das Zentrum — schließlich nur als Objekt eines jämmerlichen Kuhhandels betrachten! Wie sollte sie eine Partei wie das Zentrum ernst nehmen, die zwar heroisch den Kolonialsekretär ablehnt, aber die Regierung zuvor ermahnt, ihre Leute ja rechtzeitig auf die Beine zu bringen, um gleichwohl ihre Forderungen durchzudrücken! Wie sollte ihr eine Partei wie das Zentrum imponieren, deren radikalster, wiederholt parteioffiziös desavouierter Kolonialkritiker zwar den ganzen politischen, finanziellen und moralischen Aberwitz unserer Kolonialpolitik nachweist, dessen flammende Anklage aber schließlich mit dem nicht mißzuverstehenden Winke schließt, durch Begünstigung des katholischen Missionswesens auch fernerhin die Unterstützung des Zentrums zu erschachern!

An anderer Stelle unseres Blattes ist heute eine Rede des Generals Trotha wiedergegeben, die beweist, wie man sich in einflußreichsten Kreisen unsere künftige Kolonialpolitik vorstellt. Nicht als eine Politik der friedlichen Zivilisierung der Eingeborenen, sondern als eine Politik der blutigen Unterjochung der dem kolonialen Ausbeutungssystem Widerstrebenden, als eine Politik des rücksichtslosen Rassenkampfes, der Vertilgung der widerspenstigen Eingeborenen. General Trotha prophezeit denn auch eine Aera kolonialer Kämpfe in Afrika, gegen die alles bisherige Blutvergießen nur ein Kinderspiel gewesen sei. Und wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, wer das Wesen kapitalistischer Kolonialpolitik aus ihrer Geschichte kennen gelernt hat, wird die Prophezeiung Trothas nicht für allzu pessimistisch halten. Bei einer solchen Lage der Dinge aber muß der Kampf gegen unsere unsinnige und schmachvolle Kolonialpolitik mit prinzipieller Entschiedenheit geführt werden. Diejenigen Parteien, die ihre Unterstützung des kapitalistischen Kolonialsystems gleich Zentrum und Freisinn durch Herumnörgeln und lächerliches Herumquacksalbern an sogenannten „Auswüchsen" demagogisch zu bemänteln suchen, verhindern durch ihr unehrliches Spiel nur die klare Erkenntnis des verbrecherischen Charakters dieses Systems. Sie machen sich, gewollt oder ungewollt, nur zu Hehlern und Begünstigern aller kolonialen Barbareien, die eine Fortführung unserer bisherigen Kolonialpolitik unausbleiblich mit sich bringen muß!

Die Revolution in Rußland.

Der Brand im Heere.

Aus Petersburg erhält das „B. T." folgendes Privattelegramm vom 26. Juni:

Im Lager von Kraßnoje Sselo herrschen Unruhen. Soldaten halten offene Meetings ab, auf denen eifrig Propaganda dafür getrieben wird, bei Volksunruhen nicht einzugreifen, wofür die Mehrzahl der Garderegimenter gestimmt hat. In höheren Militärkreisen herrscht eine gewisse Verwirrung, zumal das in Peterhof eingetroffene Leibgarde-Preobraschensky-Regiment neuerdings mit politischen Forderungen vorgetreten ist. Sonst erscheint die allgemeine Lage insofern etwas gebessert, als der Bahnstreik beseitigt ist. Dagegen wird es unter verschiedenen Arbeiterklassen Petersburgs unruhig. So traten die Lastfuhrleute der Finnländischen Passagierdampfer in den Ausstand. Optimisten behaupten, daß morgen in Peterhof die Entscheidung über das Kabinett Goremykin fallen werde und eine neue Aera beginnen solle. Diese Ansicht enthält jedoch wenig Reales.

Kein Wunder, daß deutsche und österreichische Reaktionäre, die von den revolutionären Regungen im russischen Heere lesen, Gelüste bekommen, dem Zarismus mit einigen Hunderttausend Mann unter die schlotternden Arme zu greifen. Darum verdienen die Gerüchte durchaus Beachtung, daß beabsichtigt sei, die Garnisonen an der österreichisch-russischen sowohl wie an der deutsch-russischen Grenze außerordentlich zu verstärken. Man munkelt, über diese Maßnahmen habe sich Wilhelm II. bei seiner Anwesenheit in Wien kürzlich mit Franz Joseph verständigt. —

Das deutsche und das österreichische Volk wird darüber wachen müssen, daß ihm seine Soldaten nicht wieder zu Henkersknechten und zu Zertretern einer durchaus berechtigten revolutionären Bewegung — wie es die russische ist — degradiert werden.

* * *

Petersburg, 26. Juni. Die „Nowoje Wremja" berichtet über eine Versammlung in Kraßnoje-Sselo, an der viele Soldaten aller Waffen teilnahmen. Feldgendarmen lösten die Versammlung auf und verhafteten einige Soldaten und Zivilisten. Vorgestern sollen sich, wie die Blätter behaupten, **Kosaken geweigert haben**, auf eine von 2000 Arbeitern besuchte Versammlung außerhalb der Residenz zu feuern!!

Die Garnison von Batum hat gestern gemeutert. Kosaken schossen die aufrührerischen Soldaten in ihrer Kaserne ein, ohne auf sie zu schießen. Zahlreiche Bewohner Batums fliehen. Der Kassierer der russisch-chinesischen Bank, der 25 000 Rubel bei sich trug, wurde überfallen und beraubt.

Die von Petersburg nach Kronstadt abgesandte Untersuchungskommission hat beschlossen, 360 Mann der Besatzung zu verhaften und davon 74 zu verschiedenen Strafen zu verurteilen.

Ich liebsten sähe es die russische Reaktion natürlich, wenn sie den erwachenden Zorn des Heeres ableiten und ablenken könnte. Selbst vor einem neuen „frisch-fröhlichen" Krieg würde sie nicht zurückschrecken, wenn durch ihn nur noch einmal das Unheil vom Haupte des vergötterten Zarismus abzuwenden wäre. Unter diesem Gesichtswinkel muß man folgende Depesche betrachten:

Petersburg, 26. Juni. General Rennenkamp hielt bei einem ihm zu Ehren gegebenen militärischen Festmahl eine bemerkenswerte Rede, in welcher er erklärte, er fühle sich glücklich, zum Kommandanten der sibirischen Armee ernannt worden zu sein. Er betrachte es als eine Ehre, seine Soldaten im fernen Osten **auf den nicht mehr fernen Krieg** vorzubereiten.

Offenbar hofft der gute Rennenkamp, sich im Kampfe mit der gelben Rasse die Lorbeeren zu verdienen, die seinen Kameraden jüngst im Kampfe gegen Japan so schmählich versagt blieben. Eine Mitteilung aus London vom 26. Juni gehört hierher. Sie lautet:

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Tokio hat Rußland die Verhandlungen wegen der Mandschurei bis zum Herbst verschoben. **Die Beziehungen zu China seien durchaus keine herzlichen.**

Die Reichsduma.

Petersburg, 26. Juni. Die auf der Tagesordnung stehende Interpellation betreffend die Unterdrückung der Presse ruft eine lange Debatte hervor. Eine große Zahl von Rednern richtet in heftigen Worten Angriffe gegen die Regierung. Gamartelli (Kaukasus) spricht seine **Genugtuung über die Bewegung aus, welche sich in der Armee geltend mache.** Fiodorowsky weist dies zurück; die Armee müsse außerhalb der Politik bleiben, sonst würde Rußland eine ganze Reihe von Revolutionen zu überstehen haben.

Neue Saiten.

Riga, 26. Juni. Das Kriegsgericht hat acht Bauern aus Kurland, die wegen Organisation einer Kampfpartei zum Sturze der Selbstherrschaft des Zaren angeklagt waren, freigesprochen. Dies Urteil erregte großes Aufsehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni.

Eine Selbstanklage des Militarismus.

Zu den grauenhaftesten Erscheinungen des abscheulichen Systems der Soldatenschinderei gehört die Mißhandlung geistig anormaler Personen. Wie oft ergab sich aus Prozeßverhandlungen das erschütternde Bild, daß ein Schwachsinniger oder gar Geisteskranker von Vorgesetzten und den durch Vorgesetzte aufgewiegelten Mannschaften bis aufs Blut gepeinigt und durch eine solche Behandlung bis zum völligen Zusammenbruch oder zum Selbstmord gebracht worden war. Jedesmal erhob sich dann in der Oeffentlichkeit die Frage: wie war es nur möglich, daß man die geistige Minderwertigkeit solcher Unglücklichen nicht alsbald erkannt, ja daß man derartige dienstuntaugliche Individuen überhaupt in die Armee eingestellt hatte!

Die Petitionskommission des Reichstages hat sich denn auch durch die schauerliche Häufung solcher Mißhandlungsfälle veranlaßt gesehen, dem Plenum folgende Thesen vorzuschlagen:

1. Im Interesse der Rekruten, der Offizier- bezw. Unteroffizierkorps und der Tüchtigkeit unserer Armee ist dringend zu wünschen, daß bei der Auswahl des Heeresersatzes an die geistige Beschaffenheit ebenso bestimmte Anforderungen gestellt werden wie an die körperliche Tauglichkeit.

2. Um die Einstellung geistig minderwertiger Rekruten zu verhüten, ist es notwendig, daß Schul- und Militärbehörden Hand in Hand arbeiten.

3. In Orten, wo Hilfsschulen für Schwachbefähigte bestehen, wird alljährlich seitens der Schulbehörden den Ersatzkommissionen ein Namensverzeichnis der aus diesen Schulen zur Entlassung gelangten Schüler überreicht.

4. Auf dem Lande und in kleinen Städten, wo besondere Hilfsklassen für schwachbefähigte Kinder nicht eingerichtet werden können, wird der Militärbehörde ebenfalls nach der jedesmaligen Schulentlassung ein Verzeichnis derjenigen Schüler überreicht, die das Bildungsziel der Volksschule nicht erreicht haben oder als geistig minderwertig anzusehen sind.

5. Junge Leute, welche in der Zeit nach der Schulentlassung bis zum Aushebungstermin in einen anderen Aushebungsbezirk verziehen, haben bei der Meldung zur Stammrolle außer dem Geburtsschein ihr Schulentlassungszeugnis vorzulegen.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beschäftigt sich nunmehr ein mit W. C. zeichnender Verfasser mit diesen Thesen, deren Tendenz er als durchaus erstrebenswert bezeichnet. Uebrigens beweise ein im Ministerialblatt für Medizinalbehörden am 15. März 1906 veröffentlichter Erlaß des Kultusministers und des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten, wonach dem Vorsitzenden der Ersatzkommission vertrauliche Mitteilung über die geistige Anormalität Gestellungspflichtiger zu machen sei, daß die Regierung nunmehr bemüht sei, bei der Rekrutierung mit der gebotenen Vorsicht zu Werke zu gehen.

Das Ungeheuerliche ist nur, daß die Militärbehörden erst durch die Petitionskommission gezwungen werden mußten, solche Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen! Hätten wir nicht endlich nach langen Sträuben, die — leider noch immer allzu beschränkte — **Oeffentlichkeit der Kriegsgerichte** erhalten, und wäre durch deren Verhandlungen das Parlament nicht veranlaßt worden, endlich auf Abstellung dieser durch unbegreifliche Fahrlässigkeit verschuldeten militaristischen Barbarei zu dringen, so wären nach wie vor dem alten brutalen Schlendrian jährlich Hunderte von Menschenschicksalen geopfert worden!

Und doch kannten die militärischen Kreise ganz genau den Umfang des Uebelstandes. Führt doch der Verfasser des Artikels des offiziösen Blattes selbst an, daß z. B. 1901/1902 **nicht weniger als 377 Geisteskranke, 429 Fallsüchtige, 329 Neurastheniker und 242 Hysterische** als Rekruten zur Einstellung gelangt sind. Und unter den **319 Fällen von Selbstmord und Selbst-**

mordversuchen, die nach der Statistik des Kriegsministeriums in diesem Jahre vorgekommen seien, sei sicher mancher gewesen, der „mit der unseligen Handlung lediglich seine abnorme Geistesbeschaffenheit betätigte". Aber bei der bisherigen Art der Rekrutineinstellung seien solche Mißgriffe leider nicht zu vermeiden gewesen. Auch der tüchtigste Arzt könne bei der flüchtigen Untersuchung die psychische Beschaffenheit eines Rekruten nicht feststellen, ebensowenig könne bei der Rekrutenausbildung eine individuelle Behandlung stattfinden. Das sind aber ganz leere Ausreden. Legte unser Militarismus statt auf den öden und ganz überflüssigen Parade- und Gamaschendrill mehr Gewicht auf jene persönliche Ausbildung, wie sie der moderne Krieg selbst so gebieterisch erheischt, erteilte man selbst den Instruktionsunterricht nur in halbwegs vernünftiger Form, so hätte man sicher die weitaus größte Zahl der psychischen Störungen entdeckt, bevor es zur Katastrophe kam. Aber davon ganz abgesehen: warum hat man jene Vorkehrungsmaßregeln, die die Petitionskommission vorschlägt und die das offiziöse Blatt jetzt für akzeptabel erklärt, nicht längst beobachtet? Weil es unserem Militarismus auf ein paar hundert Menschenopfer jährlich mehr oder weniger nicht ankommt, weil er eben eine durch und durch kulturwidrige Institution ist! —

Die Sozialdemokratie in Saarabien.

Aus dem Reichsland schreibt man uns:

Saarabien konnte bisher für unsere Gegner fast als Paradies gelten: denn es ist dasjenige große Industriegebiet, in dem die Sozialdemokratie und die freie Gewerkschaftsbewegung bisher am wenigsten Eingang gefunden haben. Längs der Saar bis weit in das Hinterland hinein ziehen sich in Lothringen und im südwestlichen Teil der preußischen Rheinprovinz mächtige industrielle Betriebe mit Zehntausenden von Arbeitern. Die großen Kohlengruben des preußischen Fiskus, die Stummschen Werke, die de Wendelschen Unternehmungen usw. fallen alle mit den Betrieben der zahlreichen Hülfsgewerbe der schweren Industrie in dieses Gebiet. Und trotzdem ist es den oft wiederholten Anstrengungen unserer Partei nicht gelungen, hier einzudringen und nennenswerte Resultate zu erzielen.

Das liegt an zwei Ursachen: einesteils am wüstesten, rücksichtslosesten Scharfmachertum der „Herren im eigenen Hause", die von ihren Proletariern völlige Unterjochung unter ihre Gesetze verlangen, anderenteils an der hinterhältigen Taktik des Zentrums, das durch seine Geistlichen über eine vorzügliche, geradezu natürliche Organisation verfügt. Das Zentrum spielte sich hier als Arbeiterpartei auf und es vermochte auch unter der Arbeiterschaft Saarabiens eine gewaltige klerikale Herrschaft aufzurichten. Diese doppelte Gegnerschaft zu überwinden, war kein leichtes Spiel, und die häufig wiederkehrenden Klagen auf Parteitagen über zu geringe Agitation in der Saargegend berücksichtigten wohl diese Schwierigkeiten nicht genügend.

Allein auch hier bestätigte sich der Satz, daß — trotz aller Hindernisse — der Klassenkampf selbst die Sozialdemokratie erzeugt. Die Klerikalen hatten zwar bei der Gründung katholischer Arbeitervereine und christlicher Gewerkvereine sehr gut, aber doch ohne das Klassenbewußtsein gerechnet, das schließlich auch in den christlichen Gewerkvereinen bei der völlig ablehnenden Haltung der Unternehmer erwachen muß, und auch ohne das Klassenbewußtsein der Unternehmer selbst. Denn allmählich wurden die Arbeitermassen etwas anspruchsvoller und aus der vom Zentrum gestreuten Saat schien eine ganz andere als die erwartete Frucht zu sprießen. Das paßte aber den „Herren im eigenen Hause" keineswegs, und unter der Führung des gelehrigen Schüler Buecks, des Sekretärs der Saarbrücker Handelskammer, Herrn Dr. Alexander Tille, begannen sie einen wilden Kampf nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern ganz besonders gegen die von Herrn Dr. Tille „Sozialmoralisten" verächtlich getauften Sozialpolitiker jeder bürgerlichen Couleur. In diesen Bruderzwist hinein fiel der Krämer-Prozeß und der Verrat des Zentrums bei der Beratung der Berggesetznovelle im preußischen Abgeordnetenhause. So fand denn das neugegründete saarabische Parteiblatt, die ebenso wacker redigierte, wie mit Prozessen gesegnete „Saarwacht", ein reiches und fruchtbares Arbeitsfeld, und das Arbeitersekretariat in St. Johann hatte eine umfangreiche Tätigkeit zu entfalten. Die Zahl der den freien Gewerkschaften zuströmenden Mitglieder wuchs unausgesetzt, und auch die Parteiorganisation gewann immer neue Anhänger, so daß bei der nächsten Reichstagswahl sicher ein bedeutender Stimmenzuwachs, namentlich in Saarbrücken-St. Johann zu verzeichnen sein wird. So ernten wir eine rote Frucht aus jener Saat des Zentrums.

Die klerikale Presse, die selbst nicht mehr bestreiten kann, welche Erfolge die moderne Arbeiterbewegung in Saarabien zu erringen anfängt, hat die naive Ausrede entdeckt, die freien Gewerkschaften kommandierten aus Westfalen usw. hunderte ihrer Anhänger nach Saarabien ab, um hier Arbeit zu suchen. Als ob die Scharfmacher Bueck-Tillescher Observanz vom Zentralverband deutscher Industrieller bisher sich gescheut hätten, „verdächtige Elemente" rundweg zu entlassen oder zu benachteiligen?! Tatsache ist lediglich, daß viele bisher christlich Organisierte und Indifferente gekommen worden sind. Es versteht sich aber, daß die klerikale Presse Dasbachs, die ihren Einfluß schwinden sieht, sich wutschnaubend auf Tille stürzt!

Eines sei jedoch bei dieser Gelegenheit wieder bemerkt: für das ganze Riesengebiet kann ein Arbeitersekretariat in St. Johann nicht genügen! Allein im lothringischen Teil sind drei christliche Arbeitersekretäre tätig! Das möge die Generalkommission der Gewerkschaften reiflich überlegen. Und ebenso darf der Partei kein Opfer zu schwer sein, um die „Saarwacht" zu erhalten und auszugestalten. Gerade jetzt! Dann wird sich bald das Beispiel Saarabiens würdig dem des nördlichen Rheinlands, Westfalens und Oberschlesiens an die Seite stellen lassen. — Der letzte Arbeiter muß vom Zentrum losgerissen werden! —

* * *

Deutsches Reich.

Das Bekenntnis zum Konquistadorentum.

Ueber die Abschiedsfeier zu Ehren des Generals Trotha, die diesem von den Herren der Kolonialverwaltung bereitet worden war, haben wir bereits gestern berichtet. Wir hoben bereits die bemerkenswerte Tatsache hervor, daß dabei der Kolonialprinz Hohenlohe-Langenburg, von dem Zentrum und Linke eine Humanisierung unserer von Blut und Schmutz triefenden Kolonialpolitik erwarteten, eine Lobeshymne auf die „ehrenvollen Taten" des Generals Trotha angestimmt hat, dessen südwestafrikanische Hunnenerlasse in der Kolonialgeschichte neben den Taten der spanischen Konquistadoren fortleben werden. Nun lesen wir in einem Blatte, daß auch General Trotha selbst seine Kriegführung in einer Rede verteidigt hat, die überaus charakteristisch ist, nicht nur für den Kolonialstrategen Trotha selbst, sondern auch für die Auffassung von unserer Kolonialpolitik, wie sie in den sicher nicht unmaßgeblichsten Kreisen verbreitet zu sein scheint. Der ehemalige südwestafrikanische Generalissimus sagte:

„Ich bin der älteste deutsche Offizier und einer der ältesten Beamten der Kolonialabteilung und trage den Khakirock und den Tropenhut in verschiedenen Formen und mit einigen Unterbrechungen seit 12 Jahren. Daß dieser Rock auch mein Sterbehemd werden würde, dessen war ich mir bewußt, als ich zum dritten Male im Mai 1904 hinausging. Aus welchen Gründen er dies nicht geworden ist, zu erörtern, liegt außerhalb von Zeit und Ort des Augenblicks. Mir genügt mein Bewußtsein, als Soldat und Beamter meine Schuldigkeit getan zu haben, und das sichere Empfinden, aus allen drei Phasen meiner überseeischen Laufbahn mit weißer Weste zurückgekehrt zu sein. Die Geschichte wird sprechen, ob ich das Richtige traf. Die Geschichte wird vielleicht einmal auch ohne Indiskretionen meine Berichte vom Jahre 1897 und die der letztverflossenen Jahre zur Veröffentlichung bringen und es beweisen, daß ich fast alles so vorausgesagt, wie es gekommen und wahrscheinlich auch noch kommen wird. Die Geschichte wird darüber ihr Urteil fällen, ob ich grundlos der grausame Kriegsführer war und ob dieser Krieg auf andere Weise endgültig zu beendigen ist.

Es ist und bleibt ein Rassenkampf, an dem alle Völker der Erde interessiert sind, die das schwarze Erbe wirtschaftlich anzutreten bereit sind. Vor Beendigung dieses Krieges die Pflugschar anzulegen, ist vergebliches Bemühen. Das lehrt uns das Studium der Kolonialgeschichte aller Völker. Die fünfzig Jahre, die diesem Rassenkampf vorausgingen, waren nur das Präludium, das das schwarze Volk brauchte, um sich der Wirklichkeit bewußt zu werden. Ueber die Berechtigung dieser Wirklichkeit nach der einen oder anderen Seite zu politisieren oder zu polemisieren, ist ein eitles Unterfangen. Die Entwicklung der Erde und ihrer Staatenbildung wird weiter vor sich gehen, und das eiserne Rad der Zeit wird die Redner und Volkstribune mit ihren Parteiinteressen zermalmen.

Solche Jahre aber, wie die verflossenen 1904 und 1905, durchlebt unter Hunger und Gefahr, triefend von Schweiß und Blut, schaffen neuen Kitt zwischen den Mitarbeitern, der nicht mehr bricht, und der auch allen Animositäten gegenüber standhält. So fühle ich mich mit Ihnen verkittet und verbunden, Ihr Glück ist mein Glück, Ihre Zukunft ist die meine.

Ich leere mein Glas auf Deutschlands Kolonien, auf deren Leiter und auf seine Truppen."

Mag man über Trotha und seine Kolonialmoral denken, wie man will: er hat wenigstens den Mut, sich zu seinen Taten zu bekennen und zu dem entsetzlichen System, dem sie entflossen. Er leugnet nicht, der „grausame Kriegsführer" gewesen zu sein, der im Stile des 16. Jahrhunderts Rassenvertilgung getrieben hat. Er verteidigt seine furchtbare Strategie lediglich mit der vermeintlichen Tatsache, daß eine afrikanische Kolonialpolitik nur möglich sei nach blutiger Austilgung der schwarzen Rasse, die zum Bewußtsein zu erwachen beginne, daß auf ihrem Heimatboden nur Raum sei für eine Rasse. Und gegen diesen Rassenvertilgungskrieg, so versichert Trotha, werde die schauerliche Blutarbeit der bisherigen afrikanischen Kolonialpolitik nur ein Präludium, ein harmloses Vorspiel sein!

Trotha hat aus dieser Auffassung, die er bereits in Berichten aus dem Jahre 1897 niedergelegt hat, also niemals ein Geheimnis gemacht. Und trotzdem ging er als Oberstkommandierender nach Südwestafrika!

Man weiß nun, wie einflußreiche Kreise über unsere afrikanische Kulturmission denken. Werden nach dieser Enthüllung Zentrum und Freisinn noch den Mut haben, **für eine solche Kolonialpolitik auch nur noch einen roten Heller zu bewilligen?! —**

Menschenopfer.

Der jetzt ungefähr 2½ Jahre dauernde Kolonialkrieg in Südwestafrika hat bereits unter den dort kämpfenden deutschen Truppen gewaltig aufgeräumt. Gar mancher durch patriotische Phrasen hinübergelockte kräftige, lebensfrische Mann ist auf dem sogenannten „Felde der Ehre" gefallen oder in dem Lazarette vom Fieber hinweggerafft worden. Nach der auf Grund der amtlichen Meldungen von einer hiesigen Korrespondenz vorgenommenen Zusammenstellung beträgt der Gesamtverlust an Menschen einschließlich der ermordeten Zivilbevölkerung 2342 Mann.

Die militärischen Verluste vom Beginn des Bondelzwartsaufstandes (Dezember 1903) bis jetzt belaufen sich auf 2120 Mann, davon sind tot 1322, verwundet 798 Mann. Krank heimgeschickt wurden bisher etwa 1000 Mann, ebenso viel liegen krank in den Lazaretten Südwestafrikas. Letztere Zahl hat sich in den letzten Wochen sehr vermehrt, es ist etwas viel, wenn der fünfzehnte Teil einer Feldtruppe erkrankt ist. Der Grund hierfür sind schlechte Verpflegung infolge der mangelhaften Verkehrsverbindungen, Wassermangel und Ueberanstrengung.

Der Gefechtsverlust der Truppe beläuft sich auf 1356 Mann (Tote 591, Verwundete 765), davon 133 Offiziere. Vor dem Feinde gefallen sind an Offizieren, Sanitätsoffizieren und höheren Beamten 63, an Unteroffizieren 102, an Mannschaften 426. Verwundet wurden Offiziere ꝛc. 88, Unteroffiziere 148, Mannschaften 529.

Nach der offiziellen Phraseologie haben diese Männer ihr Blut für die Ehre und das Wohl des „deutschen Vaterlandes" verspritzt, in Wirklichkeit jedoch für die Handelsinteressen und das Anlagebedürfnis des Großkapitals. —

Berlin, 26. Juni. Amtliche Meldung. Am 20. Juni nördlich Warmbad gefallen: Reiter Paul Hänsel, geboren am 23. 3. 81 zu Seidau; Reiter Karl Kirchhoff, geboren am 4. 11. 83 zu Berlin.

Am 20. Juni 1906 zwischen Kalkfontein-Süd-Warmbad als Relaisreiter gefallen: Reiter Karl Schurma, geboren am 4. 12 81 zu Klein-Zyglin.

Ferner Gefreiter Julius Wichmann, geboren am 1. 3. 81 zu Lautern am 22. Juni 1906 in der Krankensammelstelle Kubub an Herzschwäche gestorben.

Kasernenfreuden.

Die Soldatenquälereien mehren sich. Vom Ende März bis Ende Juni 1906 wurde die gerichtliche Bestrafung von 52 Soldatenquälern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 8 Jahre 8 Monate 3 Tage Gefängnis, 4 Monate 22 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 9 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 29 Tage Stubenarrest, 7 Degradationen. Der Freiheitsentzug beträgt im ganzen 9 Jahre 4 Monate 3 Tage.

Auf Preußen treffen: 5 Jahre 11 Monate 3 Tage Gefängnis, 3 Monate mittlerer Arrest, 9 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 29 Tage Stubenarrest, 5 Degradationen (37 Soldatenmißhandler); auf Sachsen 2 Jahre 9 Monate Gefängnis, 1 Monat 22 Tage mittlerer, 1 Monat gelinder Arrest, 2 Degradationen (15 Soldatenmißhandler).

In diesem Vierteljahre mußten zwei preußische Hauptleute wegen Soldatenmißhandlung gerichtlich bestraft werden. Leider wurden ihre Namen nicht genannt. Der eine gehört dem Lauenburgischen Jägerbataillon an und erhielt 17 Tage Stubenarrest; den anderen zu besitzen hat das preußische Grenadierregiment Nr. 12 das Glück. Ihm wurden 42 Tage Stubenarrest diktiert. Wenn sogar Hauptleute mißhandeln, so schweigen alle Flöten. Würden die Herren Kriegsminister die Soldatenschindereien mit Energie bekämpfen, so würden die Herren Hauptleute Mißhandlungen hübsch bleiben lassen, denn sie wüßten dann, daß ihnen Soldatenquälereien unnachsichtlich die Verabschiedung eintrügen.

Im ersten Halbjahr 1906 wurde die gerichtliche Bestrafung von 91 Soldatenquälern bekannt, die einen Freiheitsentzug von 19 Jahren 6 Monaten und 17 Tagen erlitten.

Besonders auffallend ist das Ueberhandnehmen des „Schäftens" der jungen Mannschaften durch die alten. Auch hier fehlt es anscheinend den Kriegsministerien an Energie. Gerade in diesen Fällen hätten sie ein durchgreifendes Mittel, nämlich die Versetzung in eine Arbeiterabteilung, in der Hand. Sie brauchten nur an die kommandierenden Generäle die Anweisung ergehen zu lassen, daß Mannschaften, die sich am „Schäften" beteiligt haben, in eine Arbeiterabteilung zu versetzen sind. Zu hart wäre die Maßregel gewiß nicht, denn es ist nichts Feigeres und Roheres denkbar, als diese Ueberfälle auf einen Wehrlosen. —

Abrüstung in Sicht!

Aus London meldet der Draht: Der Lordmayor gab heute zu Ehren der Vertreter der deutschen Presse ein Frühstück, das einen glänzenden Verlauf nahm. Es waren etwa 150 Gäste anwesend, unter ihnen der deutsche Botschafter Graf Wolff Metternich, Botschaftsrat Freiherr v. Stumm, Graf zu Stolberg-Wernigerode, Sir Edward Malet, der Chefsekretär für Irland Bryce, Unterstaatssekretär Fitzmaurice, die Lords Avebury und Kennaerd und mehrere Parlamentsmitglieder, viele Herausgeber der englischen Zeitungen und die ersten städtischen Beamten. Der Lordmayor brachte ein Hoch auf König Eduard aus und entbot den Gästen ein herzliches Willkommen. Dr. Fitger gab das Antwort-Telegramm auf das gestern aus Schloß Windsor an den König gerichtete Danktelegramm bekannt. Unter lebhaftem Beifall brachte der Lordmayor einen Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm aus, in dem er sagte: Der deutsche Kaiser ist einer der unsrigen, wir sehen ihn beinahe als unseren Landsmann an. — Bryce ließ die deutschen Gäste hochleben.

Wenn die Verbrüderungsstimmung anhält, übermittelt uns heute nacht am Ende noch der Draht den Vorschlag eines deutsch-englischen Monarchenaustausches! —

Im Wahlkreise Altena-Iserlohn findet morgen die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Abg. Lenzmann statt. Unsere Genossen haben noch in den letzten Tagen angestrengt gearbeitet und mehrere stark besuchte Versammlungen abgehalten. Kandidat unserer Partei ist Karl Haberland-Barmen. Ihm stehen als Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Oberlandesgerichtsrat Müller, als Kandidat der nationalliberalen Partei Justizrat Haarmann, als Kandidat der Christlich-sozialen Arbeitersekretär Rüffer-Hagen und als Kandidat des Zentrums der Regierungsrat Klocke gegenüber. Bei der Hauptwahl 1903 erhielten Gewehr (Soz.) 10 146, Lenzmann (frs. Vp.) 7737, Rölle (nationalliberal) 7440, Schiffer (Zentrum) 6604, Behrens (christlich-sozial) 1457 Stimmen. In der Stichwahl siegte Lenzmann mit 19171 über Gewehr mit 11029 Stimmen. —

Die „Staatsbürger-Zeitung" entwickelt sich immer mehr zum unfreiwilligen Witzblatt, und zwar in einem Maße, daß sie auf diesem Gebiete bereits jede Konkurrenz schlägt. Sie veröffentlicht jetzt, nachdem alle anderen Zugmittel versagt haben, unter der Rubrik „Kleine Pfeile" politisch-philosophisch-literarische Betrachtungen — anscheinend zu dem Zweck, ihren Gegnern kleine Nadelstiche zu versetzen. Von welcher Qualität diese Betrachtungen sind, zeigt folgendes Beispiel:

> Romane haben zweimal tief in Amerikas Geschicke eingegriffen. Einst war es „Onkel Toms Hülle" des Grafen Harriet-Beecher-Stowe. Jetzt ist es „das Gestrüpp" von Sinilair. Nicht nur der Fleischtrust, auch der Petroleumtrust bekommt die Folgen zu spüren. Man erwacht in Amerika aus der Anbetung vor dem Golde, in der man auf deutschen Regatten immer noch versunken ist. Solches Erwachen ist gut. Aber sonst ist die Parallele nicht zum Vorteile Amerikas: einst erbarmte man sich der verachteten schwarzen Sklaven, wenn man auf den zu Tode gequälten Onkel Tom schaute. Jetzt denkt man nur an den eigenen Bauch, der Ratten und krepierte Schweine verdauen mußte. Man hüte sich vor dem Preise der Herrlichkeit, zu der wir's gebracht haben!

Die Worte „Onkel Toms Hülle" statt „Onkel Toms Hütte", „Sinilair" statt „Sinclair" usw. mögen Druckfehler sein; aber daß die keifende „Staatsbürgerin" die amerikanische Lehrerin und Schriftstellerin Harriet Beecher-Stowe zu einem männlichen Wesen macht und diesem obendrein in antisemitischer Generösität den Grafentitel beilegt, ist allzu putzig. Sollte das Blatt Graf Pückler als Redakteur für diese Rubrik engagiert haben? —

Doppelzüngig.

In der „Deutschen Tagesztg." lesen wir:

„Der Preis der Muttersprache. In Klausenburg (Siebenbürgen) ist ein rumänischer Advokat von der dortigen Advokatenkammer zu einer Geldstrafe von 200 Kronen verurteilt worden, weil er sich bei der gerichtlichen Verhandlung einer gegen ihn gerichteten Verleumdungsklage seiner Muttersprache bediente. Die Anklage, die mit Genehmigung des obersten Gerichtshofes erfolgte, wurde in dem Strafantrag damit begründet, daß der Delinquent durch den Gebrauch der rumänischen Sprache „die Würde der ungarischen Advokaten verletzt habe". Das ungarische Gesetz läßt die Verteidigung vor Gericht in der Muttersprache ausdrücklich zu und verlangt sogar vom Richter, daß er die Verhandlung unter gewissen Umständen in dieser Sprache führe. In der Praxis kostet die Einhaltung des Gesetzes 200 Kronen!"

Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß wir die Entrüstung teilen. Aber die „D. T." entrüstet sich nur, weil die Magyaren in diesem Falle die Unterdrücker sind und noch dazu in Siebenbürgen. Stände Siebenbürgen unter deutscher Herrschaft, so würde sich das Agrarierblatt ebenfalls furchtbar entrüsten, jedoch nur über den Advokaten, der es wagte, eine andere als die deutsche Sprache anzuwenden. Beweis: die wüste Hetzerei desselben Blattes gegen die Polen, Dänen, Franzosen, die innerhalb des Deutschen Reiches wohnen. —

Die badische Vermögenssteuer.

Wir haben schon berichtet, daß der badische Landtag ein Vermögenssteuergesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten annahm. Von unserem Karlsruher Mitarbeiter wird uns nun noch zu dieser Sache geschrieben:

Es wird gewiß nicht oft vorkommen, daß Sozialdemokraten, Anhänger der direkten Besteuerung, gegen ein Gesetz über direkte Besteuerung des Vermögens stimmen. Wenn es hier geschah, so nur deswegen, weil der agrarische Einfluß im badischen Landtag stark genug war, selbst eine direkte Steuer zum Instrument agrarischer Bereicherung zu gestalten. — Wir haben seinerzeit schon berichtet, daß die Vermögenssteuer nur eine Ablösung einer Anzahl Sondersteuern sein soll; an Stelle einer besonderen Grund-, Häuser-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer tritt eine gemeinsame Vermögenssteuer. Durch die bisherige Grund- und Häusersteuer ist das Liegenschaftsvermögen besonders begünstigt worden, weil diese Vermögen nicht nach dem gegenwärtigen Zeitwert, dem sogenannten Verkehrswert, sondern nach einem vor einem halben Jahrhundert festgestellten und immer nach gleichen Grundsätzen fortberechneten Ertragswert zur Veranlagung herangezogen wurden. Es liegt auf der Hand, daß bei dem gesteigerten Wert der Grund- und Häuserbesitz seit vielen Jahren weit weniger Steuern gezahlt hat, als er hätte zahlen sollen. Als schwacher Ausgleich für diese Steuerbegünstigung war ein Schuldenabzug unzulässig.

Als nun die Regierung ihre Vermögenssteuervorlage machte, mußte sie wohl für den Liegenschaftsbesitz auch den Zeitwert zugrunde legen, was eine Mehreinschätzung der Waldungen um 126,28 Proz., der landwirtschaftlichen Grundstücke um 65,76 Proz. und der Häuser um 144,28 Proz. zur Folge hatte. Aber sie entschädigte den Grundbesitz, indem sie Schuldabzug bis zur Hälfte des Vermögens zuließ und das landwirtschaftliche Betriebskapital: Vieh, Maschinen, Getreidevorräte usw. überhaupt vom Beizug zur Steuer freiließ. Dagegen sollte beim Gewerbe aller vorhandene Besitz in Anrechnung kommen und von 50 000 M. ab eine erhebliche Progression eintreten.

Der Steuerfuß, der gegenwärtig bei Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer 15 Pf. auf 100 M. Steuerkapital beträgt, würde bei der neuen Vermögenssteuer vermutlich auf 10 Pf. pro 100 M. herabgesetzt werden können. Das Ergebnis der Regierungsvorlage wäre gewesen: bei allem Vermögen eine Entlastung von 33⅓ Proz.; bei dem Grund- und Häuserbesitz dafür eine Neubelastung, die der Wertsteigerung entsprach, welche sich durch Feststellung des Verkehrswertes ergab und bei dem Gewerbekapital von über 50 000 M. eine Neubelastung infolge der beabsichtigten Progression.

Die Neubelastung der Landwirtschaft wird indessen völlig wett gemacht durch den neu zugelassenen Schuldabzug. Der Steueranschlag des landwirtschaftlich genutzten Geländes belief sich auf rund 1207 Millionen Mark und ist infolge der Neuschätzung gestiegen auf 2150 Millionen Mark — also eine Zunahme von 883 Millionen Mark. Die Verschuldung der badischen Landwirtschaft wird auf 500 Millionen Mark geschätzt und es sollen sich die Schulden im einzelnen fast durchgängig innerhalb der abziehbaren Grenze (Hälfte des Gesamtvermögens) halten, so daß nur noch ein Mehr von zirka 350—400 Millionen Mark gegen die frühere Schätzung vorhanden ist. Diesem Mehr steht nun die voraussichtliche Steuerermäßigung von einem Drittel, das sind rund 700 Millionen Mark der neuen Schätzungswerte, gegenüber und so hat man statt einer Mehrbelastung eine Entlastung der Landwirtschaft durch die Vermögenssteuer.

Die nimmersatten Zentrumsagrarier waren damit noch nicht zufrieden, sie verlangten gesetzliche Bindung des Steuerfußes auf 10 Pf. pro 100 M. und 20 Proz. Abschreibung am Steuerwert des landwirtschaftlichen Geländes, was den Abstrich von weiteren 430 Millionen Mark Steuerkapital bedeutet hätte; der Ausfall sollte durch schärfere Heranziehung des Gewerbes zur Steuer gedeckt werden.

Selbstverständlich wandten sich die Sozialdemokraten gegen eine solche Liebesgabenpolitik und auch die Nationalliberalen schienen Widerstand leisten zu wollen. Aber der Widerstand war nur von kurzer Dauer. Die Nationalliberalen machten „Kompromiß"-Vorschläge, die bei Lichte besehen noch agrarischer waren als die Zentrumsanträge. Natürlich wurden sie angenommen. Das Gesetz ist nun dahin abgeändert, daß zwar das landwirtschaftliche Betriebsvermögen in die Bestimmung einbezogen wurde, aber erst von 20 000 M. ab, an den Betriebsvermögen von über 20 000 bis 50 000 Mark wurden stufenweise 20 bis 60 Proz. vom Werte abgeschrieben. Ferner tritt eine degressive Abschreibung vom Werte der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke ein, die bei einem Schätzungswert von 80 000 M. mit 10 Proz. beginnt und bei einem Schätzungswert von 15 000 M. und weiter abwärts mit 25 Proz. endigt.

Bei dem Gewerbesteuerkapital ist dagegen die Progression über den Regierungsvorschlag hinaus erhöht worden; sie endigt jetzt bei Gewerbesteuervermögen über 6 000 000 M. mit einer Erhöhung des Steuerfußes um 80 Proz., so daß bei einem normalen Steuerfuß von 10 Pf. pro 100 M. die Gewerbetreibenden, deren Vermögen über 600 000 M. beträgt, 18 Pf. pro 100 M. zu zahlen haben. Außerdem wurde der Schuldabzug bei dem Gewerbe insofern eingeschränkt, als sie laufende Geschäftsschulden nur so weit abziehen dürfen, als sie sich auf vorhandene Barmittel und Außenstände aufrechnen lassen. Auf vorhandene Warenvorräte, wie es eigentlich selbstverständlich ist, dürfen laufende Schulden dagegen nicht abgezogen werden.

Um dem Gesetz den einheitlich agrarischen Charakter zu nehmen und um dem Prinzip der Vermögenssteuer mehr zum Durchbruch zu verhelfen, bei dem nicht nach der Rentabilität der verschiedenen Vermögen, sondern einfach nach der Tatsache des vorhandenen Vermögens zu fragen ist, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, alles Vermögen unter 3000 M. steuerfrei zu lassen und eine allgemeine Progression des Steuerfußes (für gewerbliches, landwirtschaftliches und sonstiges Vermögen gleich!) einzuführen.

Alle diese Anträge fielen und so wurde der rein agrarische Charakter des Gesetzes gewahrt. Das bestimmte nun aber die Sozialdemokratie, gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

In der Ersten Kammer dürfte versucht werden, noch etwas mehr agrarischen Einschlag in das Gesetz zu bringen, es ist aber, wie die Dinge liegen, nicht zu zweifeln, daß die Zweite Kammer auch das noch schluckt. —

Fuchsmühl. In München ist dieser Tage der eigentliche Urheber der Fuchsmühler Bauernschlächterei, der königliche bayerische Kämmerer und Rat am Obersten Landgericht Freiherr v. Zoller an einem Schlaganfall gestorben. Dieser Inhaber des Krohnlehens Fuchsmühl hatte jahrelang die Bauern aufs unverschämteste um ihr Recht zu prellen versucht. Die bayerische Regierung hinderte sein Treiben nicht. Im Gegenteil: als die Bauern hülfesuchend sich an das Finanzministerium wandten, dem die Forstverwaltung untersteht, brauchte dieses nur ein Jahr zu seiner abweisenden Antwort. Als durch die Vorgänge in Fuchsmühl die unwiderleglichen Feststellungen einer in mehreren hunderttausend Exemplaren verbreiteten sozialdemokratischen Broschüre und die Landtagsverhandlungen die menschlichen Qualitäten dieses Lehensmannes der Krone Bayerns weltbekannt geworden waren, verfiel er allgemeiner Verachtung. Am Hofe hingegen scheinen die Fuchsmühler Vorgänge wie so manches andere unbekannt geblieben zu sein. Denn Shylock-Zoller stand nach dem Bauernmord noch höher in Gunst als vorher. —

Neue „Erfolge" in Deutsch-Ostafrika meldet ein Telegramm des dortigen Gouvernements. Wie Major Johannes und Frhr. v. Wangenheim berichten, sind die Operationen gegen die Landschaft Mgende am 11. Juni erfolgreich beendet worden. Der Gesamtverlust der Gegner betrug 36 Tote und 546 Gefangene. Diesseits fielen 5 Askaris und 15 Farbige wurden verwundet. Die Aufständischen wurden in zwei Gruppen zersprengt, die Unterwerfung hat begonnen. Oestlich verfolgen Frhr. v. Wangenheim, v. Schönberg und Graf v. Seyboltstorff, westlich verfolgen mit Schabruma und Anhang Major Johannes und Oberleutnant v. d. Marwitz. Freiherr v. Wangenheim sollte nach Einrichtung des Postens bei Mponda nach Mahenge zurückkehren, um die dortige Station zu übernehmen. Sitz, der am 17. Juni im Kondo-Irangi eintraf, stellte die Verbindung mit Freiherrn v. Reitzenstein her.

Amtliches Ergebnis der Reichstagsnachwahl in Hannover. Nach amtlicher Ermittelung wurden bei der am 22. Juni stattgehabten Reichstagsersatzwahl insgesamt 62 399 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Redakteur August Brey-Hannover (Soz.) 31 808 Stimmen, auf Senator Fink-Hannover (natl.) 16 265, Rechtsanwalt v. Dannenberg-Hannover (Welfe) 11 083, Redakteur Erzberger-Berlin (Z.) 2412, Hofbesitzer Holzgrefe-Eldagsen (B. d. L.) 182, Schriftsteller Chociszewski-Gnesen (Pole) 74 Stimmen, zersplittert waren 30 Stimmen.

Ausland.

Schweiz.

„Sozialpolitik" in der Bundesversammlung.

Bern, 25. Juni. (Eig. Ber.) Seitdem durch den brutalen Wahlrechtsraub der herrschenden und gewalttätigen Radikalen anläßlich der Nationalratswahlen im Herbste 1905 die sozialdemokratische Vertretung im Nationalrat von 6 auf 2 herabgedrückt und die Genossen Greulich und Dr. Studer aus dem Parlament sozusagen hinausgemaßregelt wurden, ist es in ihm unheimlich still geworden, so still wie ganz früher, da die Bourgoisvertreter unter sich waren und ungeachtet der Parteiunterschiede immer auf die Interessen der besitzenden Klassen bedacht blieben.

Der neue Nationalrat hält nun seit dem 6. Juni seine dritte Session ab, aber für das arbeitende Volk hat er noch nicht das mindeste geleistet, dagegen das agrarisch-wucherische Lebensmittelgesetz und die reaktionäre Lex Sylvestrelli geschaffen.

Nun hat er sich doch an zwei Tagen, am 21. und 22. Juni, endlich auch mit etwas Sozialpolitik beschäftigt. Es lagen zwei Anträge vor, der eine von dem bekannten Sozialistentöter und Maschinenfabrikanten Sulzer-Ziegler in Winterthur, betreffend die Schaffung von Arbeiterausschüssen in den Bundesbetrieben, der andere vom sozialdemokratischen Regierungsrat Scherrer-St. Gallen betreffend die Schaffung von Einigungsämtern. Mit seinem Antrag bezweckt Sulzer-Ziegler nichts anderes, als die Desavouierung und Ausschaltung der Organisationen der Bundesarbeiter und Angestellten bei der Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Verwaltung. Es ist ein Danaergeschenk, das er den Eisenbahnern, Postlern 2c. bringen will. Diese Kommissionen sollen nur beratenden und petitionierenden, aber nicht beschließenden Charakter haben, also das Personal hübsch in rechtloser Sklaverei erhalten.

In der Diskussion leistete sich Sulzer wiederum einen seiner blödsinnigen Angriffe auf Karl Marx, von dem er absolut nichts versteht und dessen Lehre er daher für alles Unglück in der Welt verantwortlich macht. Er setzt seine Hoffnung auf die „Revisionisten", deren Einsicht siegen möge. Aus dem Fiasko mancher Produktivgenossenschaften zieht er den Schluß auf die Unentbehrlichkeit und Nützlichkeit des einzelnen Unternehmers.

Den Schiedsgerichten steht der Sulzer „wegen der damit in Australien gemachten Erfahrungen" skeptisch gegenüber! Für das eidgenössische Arbeitsamt erklärte er sich jedoch.

Wie lange das eidgenössische Arbeitsamt, das auch wir begrüßen würden, wohl noch auf sich warten lassen wird? —

Frankreich.

Aristide Briand, der Bekenner.

Paris, 25. Juni. (Eig. Ber.)

Aristide Briand, der in der Kammer hartnäckig schweigt, hat gestern in Roanne bei einem politischen Bankett eine Rede gehalten, die in ihrer wiederholten Bezugnahme auf die große Kammerdebatte der letzten Woche die Absicht des Unterrichtsministers kundgibt, seine eigene spezielle Sorte von „Sozialismus" zu präsentieren. Er verteidigt natürlich die Blockpolitik, doch gibt er zu, daß die Majorität zu groß sei, um wirklich republikanische und demokratische Politik zu machen. Er rechnet sich nach wie vor zu den Sozialisten. Seine jetzigen Ministerkollegen, so sagt er, hätten ihm nicht den Schimpf angetan, ihn mit dem Angebote eines Portefeuilles vergessen machen zu wollen, was die „Ehre seines Lebens" sei. Er verstehe vollkommen, daß maßgebende Führer der sozialistischen Partei sich nicht mit ihm hätten solidarisieren wollen, ihr Parteigeist hätte ihnen das geboten; aber seine, Briands, Auffassung sei, daß sich der Sozialismus nicht isolieren dürfe. Das politische Leben sei ein ewiger Austausch von Gedanken und gemeinsamen Anstrengungen. „Die Isolierung in den Wolken, über dem Leben, kann den Ruhm eines Mannes, aber nicht das Leben eines Landes schaffen."

Man sieht — eine Anspielung auf Jaurès, ganz im Jargon Clémenceaus. Briand beteuerte noch, daß er den Sozialismus um seiner Menschlichkeit willen liebe. Er erinnerte daran, daß in der Zeit des Dreyfusprozesses die sozialistische Partei für die Sache der Menschlichkeit eingetreten sei, trotzdem manche Sozialisten da von einer Bourgeoissache gesprochen hätten, die die Arbeiter nichts angehe. — Diese Erinnerung ist immerhin eigentümlich, wenn sie aus dem Munde Briands kommt, der sich während der Dreyfuskrise wirklich nicht besonders engagiert hat. Briand entwarf auch ein soziales „Programm": Zwei Grundsätze seien aufgestellt worden: die Expropriation mit oder ohne Entschädigung und die Verallgemeinerung des Eigentums. Er aber glaube, daß sich das Eigentum und das Lohnsystem gleich allen anderen Dingen entwickle. Dem Landmann müsse man Land zum Besitz geben. Um den gewerblichen Arbeiter aber in den Besitz der Produktionsmittel zu setzen, dazu bedürfe es der Aenderung des Arbeitsvertrages. „Warum sollte der Arbeiter nicht in den Verwaltungsräten vertreten sein und warum keine Gewinnbeteiligung genießen?" — Dieses „Warum nicht?" als Quintessenz eines sozialistischen Denkens ist von erquickender Originalität.

Schließlich appellierte Briand an die Opferwilligkeit der Bourgeoisie; denn bei allseitigem Verständnis und gutem Willen werde es dazu kommen, „daß sich Kapital, Arbeit und Produktion gegenseitig durchdringen und zur Harmonie einer methodischen und gesetzlichen Entwickelung gelangen". — — —

Aristide Briand hat in seiner Rede auch von der „Verwerflichkeit des Demagogentums" gesprochen: „Ich habe die Demagogie immer wie die abscheulichste und widerwärtigste aller Sachen geflohen. Ich habe niemals die Arbeiter betrogen und ihnen immer — auf die Gefahr hin, ihnen nicht zu Gefallen zu sprechen — gesagt: Wenn ihr eine bessere Gesellschaft wollt, befreit euch zuerst selbst durch Arbeit und Erkenntnis."

Vom Generalstreik, den er ehemals als das einzige Mittel der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ausgegeben hat, sprach er diesmal nicht.

Französische Steuerpolitik.

Paris, 25. Juni. (W. T. B.) Im Budget für 1907 werden zur Bestreitung von 150 Millionen dauernder Mehrausgaben folgende Maßnahmen vorgeschlagen: 1. 30prozentige **Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Nachlässe von mehr als 10 000 Fr.** 2. Steuerzuschlag auf Absynth und Likörweine, sowie Erhebung einer Abgabe von Mineralwässern. 3. **Zehnprozentige Erhöhung der Besitzwechselabgabe von auf den Inhaber lautenden beweglichen Werten.** 4. Vorgehen gegen die Unterschleife im Verkehr mit Branntwein. —

Italien.

Vom neuesten „Komplott".

Rom, 26. Juni. (B. H.) Die Entdeckung des Komplotts gegen das Leben des Königs Viktor Emanuel bildete gestern in den Wandelgängen der Kammer den einzigen Gesprächsstoff. Unter den Abgeordneten herrschte die Ansicht vor, daß das Parlament nicht länger untätig zusehen könne und daß gesetzgeberische Maßregeln gegen die anarchistische Propaganda getroffen werden müßten. Italien müsse hiermit den Anfang machen und sich auch an die übrigen Staaten wenden, damit die zutreffenden Maßnahmen einen internationalen Charakter bekämen.

Nun merkt man wenigstens, zu welchem Zweck die Geschichte „gemacht" worden ist. —

Schweden.

Wieder einmal ein Wahlrechtskomitee.

In der Staatsratssitzung am Freitag hielt der Staatsminister Lindman eine Rede über die Wahlrechtsfrage, deren Lösung er als die gegenwärtig wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnete. Der einzig gangbare Weg zu einer guten Lösung sei, daß mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zur Zweiten Kammer die Einführung des Proportionalsystems für beide Kammern des Reichstages verbunden werde. Der Staatsminister schlug dann ein Komitee aus drei Mitgliedern der Ersten und drei der Zweiten Kammer vor, das gemeinsam mit dem Justizminister entsprechende Vorschläge ausarbeiten solle.

Das Komitee, das dem Vorschlage des Staatsministers gemäß ernannt wurde, bietet in seiner Zusammensetzung keinerlei Gewähr dafür, daß es einen für das schwedische Volk annehmbaren Vorschlag zustande bringt. Alle Umstände sprechen vielmehr dafür, daß die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen muß, um endlich das allgemeine Wahlrecht zu erringen und die Macht der Ersten Kammer zu brechen. —

Natal.

Die alte Leier.

London, 26. Juni. (W. T. B.) Der „Daily Mail" wird aus Johannesburg von glaubwürdiger Seite gemeldet, daß die Lage in Natal viel ernster sei, als von amtlicher Seite zugegeben werde. Die neuen Unruhen seien der Maßnahme der Regierung zuzuschreiben, daß sie das Vieh von treu gebliebenen Eingeborenen mit Beschlag belegt habe. Eine Demonstration von Reichstruppen würde jedenfalls sehr zweckmäßig sein!! —

Amerika.

Selbständige Arbeiterpolitik.

Wie die englische, so ist auch die amerikanische Arbeiterschaft jahrzehntelang den bürgerlichen Parteien gefolgt; sie hat die Wählermassen für die Kandidaten der Bourgeoisie gebildet, ohne eine selbständige Arbeiterpolitik zu betreiben. Die Mahnungen der Sozialisten, sich auf eigene Füße zu stellen, sind lange ungehört verhallt. Jetzt aber beginnt sich eine Wandlung zu vollziehen. Die bitteren Erfahrungen, welche die amerikanischen Arbeiter mit den Vertretern der beiden großen Parteien gemacht haben, bringen sie allmählich zu anderer Auffassung. Insbesondere aber hat der Ausgang der letzten englischen Wahlen dazu beigetragen, einen Umschwung der Meinungen innerhalb der amerikanischen Arbeiterschaft herbeizuführen. Von den englischen Gewerkschaftern haben die amerikanischen ihre Methoden entlehnt, und sie müssen nun sehen, wie ihre Vorbilder mit den alten Kampfesmitteln brechen und sich nach neuen umsehen. Allerdings macht sich der Umschwung in Amerika noch in einer ziemlich rückständigen Weise geltend, den Weg bis zum Sozialismus finden die Arbeiter noch nicht recht. Von den Gewerkschaftsorganen wird nur die Parole ausgegeben, ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt der Kandidaten, nur solche „ehrlichen Amerikaner" aufzustellen, welche „keine plutokratische Kette am Halse tragen". Und nun werden überall Farmer, Handwerker, Arbeiter aufgestellt, um den Advokaten im Kongresse und in den Legislaturen entgegenzutreten.

Natürlich werden die Arbeiter auch mit diesen ihren neuen Freunden sehr viele schlechte Erfahrungen machen. Leute ohne bestimmte politische Grundsätze erliegen leicht der Korruption, die gerade in Amerika unter den mannigfaltigsten Formen an die Parlamentier herantritt. Aber wie dem auch sei, es ist immerhin ein erster Schritt auf dem Wege zur Selbständigkeit, und unsere amerikanischen Sozialisten werden es an weiterer Aufklärungsarbeit nicht fehlen lassen.

Washington, 26. Juni. (W. T. B.) **Das Einwanderungsgesetz** wurde vom Repräsentantenhaus mit einem Amendement angenommen, nach dem Einwanderern, die Zulassung begehren, um sich religiösen und politischen Verfolgungen zu entziehen, dies nicht auf Grund von Mittellosigkeit oder Ungeeignetheit verwehrt werden soll. —

Die Nachwehen von Algeciras.

New-York, 26. Juni. Die „Tribune" schreibt in einem längeren Artikel, es sei möglich, daß der Senat im Namen der Vereinigten Staaten die Bestätigung der Beschlüsse, die auf der Konferenz von Algeciras gefaßt wurden, nicht erteilen wird. Man sagt, daß der Senator Bacon, der gegen die Vereinbarungen ist, zu denen die Mächte auf der Konferenz von Algeciras gekommen sind, die Absicht hat, die Verhandlungen derart in die Länge zu ziehen, daß die Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten unmöglich gemacht wird. Der Senat wird sich diese Woche noch vertagen, so daß eine Entscheidung nicht mehr getroffen werden kann.

Da würde also die ganze Komödie schließlich elendiglich ins Wasser plumpsen — sozusagen an Bord ertrinken. —

Soziales.

Mit der Arbeitslosenfürsorge

beschäftigte sich auch der 7. Bayerische Städtetag, der am 24. Juni in Nürnberg versammelt war. Hierzu hielt der Münchener Rechtsrat Menziger einen längeren Vortrag, in dem er folgende Leitsätze aufstellte: 1. Die Stadtgemeinden haben ein erhebliches Interesse an der Selbstversicherung der ortsangehörigen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit durch genossenschaftlichen Zusammenschluß oder durch Anteilnahme an der gemeindlichen Sparkasse. 2. Um die Beteiligten zu möglichst umfangreicher Selbsthülfe zu ermuntern, erscheint der Weg eines gemeindlichen mäßig prozentualen Zuschusses zu den Arbeitslosenunterstützungen bezw. Sparkassenabhebungen gangbar unter der Voraussetzung, daß a) die Arbeitslosigkeit durch eine völlig unparteiische Stelle — durch den paritätisch geleiteten gemeindlichen Arbeitsnachweis — im Einzelfall festgestellt wird; b) die Verwaltung des Ermunterungsfonds und die Auszahlung der Ermunterungsprämie unmittelbar an die Selbstversicherer durch das städtische Arbeitsamt betätigt und c) die Einrichtung auf die heimatberechtigten Personen beschränkt wird. Diese sehr vorsichtig gehaltenen „Leitsätze" fanden keinen allgemeinen Anklang. Der Bürgermeister der durch ihre antisoziale liberale Stadtverwaltung besonders ausgezeichneten Stadt Nürnberg, Herr v. Schuh, hielt die Arbeitslosenfrage für alle Städte „gar nicht brennend" und meinte, man solle es den Städten überlassen, wenn sie die Veranlassung hierfür als gegeben erachten. Die Leitsätze wurden schließlich auch nur lediglich zur Kenntnis genommen und der Vorstandschaft überwiesen zur weiteren Behandlung für den nächsten Städtetag.

Lehrlingszüchterei und Zünftelei.

Am 20. Juni hatten wir den unzulänglichen Erlaß des Handelsministers vom 2. Juni mitgeteilt, der die unteren Verwaltungsbehörden auf die Notwendigkeit verweist, von der ihnen in § 128 der Gewerbeordnung beigelegten Befugnis für das Handelsgewerbe Gebrauch zu machen. Hierbei hatten wir hervorgehoben, daß derselbe Paragraph dem Bundesrat und der Landes-Zentralbehörde die Befugnis beilegt, für bestimmte Gewerbszweige Vorschriften über die höchste Anzahl von Lehrlingen zu erlassen. Von dieser Befugnis sei aber noch kein „Gebrauch gemacht, wiewohl das Vorgehen des Tarifamts des Buchdruckerverbandes gezeigt hat, daß eine Einschränkung der Lehrlingszüchterei durch Vorschriften für einzelne Gewerbszweige sehr wohl möglich und nötig ist". Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" druckt unsere Darlegungen ab und bemerkt dazu:

„Wir sind selbstverständlich mit solchen Maßnahmen der Regierung einverstanden. Bemerkenswert an diesen Ausführungen des „Vorwärts" ist uns jedoch im besonderen die Betonung der Notwendigkeit einer Beschränkung der Lehrlingszüchterei in der Weise, wie sie in unseren Tariforganen gefördert und betrieben wird. Es ist nämlich dieser von den Buchdruckern immer eingenommene Standpunkt in der Parteipresse von jeher scharf bekrittelt worden, und auf dem vorjährigen Parteitage war es ja der Reichstagsabgeordnete Richard Fischer, welcher die Buchdrucker dieses Standpunktes in der Lehrlingsfrage wegen mit allerlei Titulaturen wie Zünftlertum, Krämergeist usw. kräftig um die Ohren schlug. Nun haben wir aber das sozialdemokratische Zentralorgan zum Kronzeugen für die Richtigkeit unserer Bestrebungen nach einer vernunftgemäßen und dem Gewerbe- wie dem Arbeiterinteresse dienlichen Regelung des Lehrlingswesens. Jetzt komme uns nur noch einmal einer und rede etwas von zünftlerischen Anwandlungen der Buchdrucker!"

Diese Ausführungen des „Korrespondent" sind durchaus unzutreffend. Seit jeher ist die Parteipresse dagegen aufgetreten, durch Lehrlingszüchterei die Ausbildung des Lehrlings zu gefährden und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehülfen zu senken. Denselben Standpunkt hat die sozialdemokratische Fraktion bei der Gewerbeordnungsnovelle von 1897 eingenommeen. Wogegen die Presse sich ausgesprochen hat, das ist das zünftlerische Bestreben, nicht zwecks Schutzes der Lehrlinge gegen Ausnutzung, sondern zwecks Absperrung des Berufs von einem Kollegennachwuchs in zünftlerischer, der Arbeiterklasse abträglicher Weise künstlich die Zahl der

Berufskollegen zu mindern. Auch aus den Ausführungen des Genossen Richard Fischer (S. 239, 240, 272, 273 des Jenenser Parteitagsprotokolls) läßt sich ohne Wortklauberei ein gegenteiliger Standpunkt nicht herauslesen. Für den „Korrespondent" lag nicht die geringste sachliche Veranlassung zu seinem oben wiedergegebenen Ausfall vor. Würde der „Korrespondent" die Tätigkeit unserer Genossen in der Presse, in den Parlamenten, in den Gemeinden und in den Gewerkschaften objektiv beobachtet haben, so würde ihm nicht entgangen sein, daß unsere Genossen durchweg gegen Ausnutzung der Lehrlinge eingetreten sind — sind doch die schwachen gesetzlichen gemeindlichen und gewerkschaftlichen Ansätze gegen die Lehrlingszüchterei auf ihre Tätigkeit zurückzuführen —, daß sie aber ebensosehr dagegen sich gewendet haben, daß unter dem Schein eines Kampfes gegen Lehrlingszüchterei eine bestimmte Zahl von Gehülfen zünftlerisch reserviert sein soll. Solche Zunftbestrebungen wird nach wie vor jeder Sozialdemokrat bekämpfen.

Gewerkschaftliches.

Senefelderbund. Der Anonymus der „Volkszeitung" ist noch immer an der Arbeit. Er hat sich nun einmal in den Kopf gesetzt, der Welt ein Licht über die Vorgänge im Senefelderbund aufzustecken. Er hat jedoch sein Spiel zu offen gespielt. Das Vertrauen der Mitglieder des Bundes zu ihrer Leitung war nie so groß wie jetzt, und was die jahrelange Minierarbeit im Verband nicht vermochte, wird auch jetzt ein täppischer Angriff nicht fertig bringen. Die Ausgesperrten wissen viel zu gut, um wen und um was es sich handelt.

Rührend ist die Naivität, mit der der Herr beweisen will, daß die Verschmelzung nicht in einwandsfreier Weise vor sich gegangen sei. „Sonst könnten die Satzungen nicht bereits in zwei gerichtlichen Instanzen für ungültig erklärt worden sein." Welch prachtvolle Logik! Von Klassenjustiz hat der Herr anscheinend noch nie etwas gehört. In kindlich frommer Einfalt steht er anbetend vor der deutschen Gerechtigkeit. Die Zuchthausurteile von Essen und Löbtau und die haarsträubenden Urteile der letzten Zeiten, sie alle sind demnach „zu Recht" gesprochen. „Sonst könnten sie ja von deutschen Richtern nicht gefällt worden sein"! Die „Volkszeitung" kann sehr leicht erleben, daß das Reichsgericht die Gerechtigkeit wieder auf die Füße bringt, und daß auch im Reichstag, anläßlich der Beratungen über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Worte gesprochen werden, die ihr nicht angenehm klingen. Die „Hilfe" ist bedeutend vorsichtiger gewesen.

Es sei hier wiederholt: Die Frankfurter Richter konnten bei der Begründung der Urteile keinen Rechtsgrundsatz nennen, gegen den bei der Verschmelzung verstoßen worden ist, wohl aber waren sie genötigt, ganz neue Rechtsgrundsätze aufzustellen, die alle bisherigen Anschauungen über den Haufen werfen!

Ein weiterer Beweis gegen uns sollen 82 „geheim vorbereitete Versammlungen" sein, durch die der Verband den Bund in die Hände bekommen habe. Früher redete der Herr keck von „geheimen" Versammlungen. Richtig ist, daß 82 Versammlungen stattgefunden haben. Aber diese waren weder „geheim" noch „geheim vorbereitet". Sie waren vorbereitet, wie alle Versammlungen, bei denen ein zahlreicher Besuch gewünscht wird, sie wurden wochenlang vor ihrem Stattfinden öffentlich annonciert.

Natürlich hat der Herr die 81 Kläger in sein Herz geschlossen. Sie sind ja Fleisch von seinem Fleisch. Sie kämpfen lediglich „um" das Koalitionsrecht. Das Gericht sei nur weiter gegangen, als die Kläger sich dachten, von Tendenzprozeß und „rotem Gespenst" könne keine Rede sein. Wir raten ihm, einzval den Verfügungsantrag anzusehen. **Die Verfügung entspricht fast wörtlich dem klägerischen Antrag! Ja, sie geht nicht einmal so weit als dieser!! Und als Beweisstück (Anlage 4) führt der mit dem roten Lappen winkende Anwalt der Kläger eine Bescheinigung des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer ins Gefecht, an der „nachgewiesen" wurde, wie notwendig, gerade weil die Aussperrung vor der Tür stehe, die Verfügung sei!!**

Das Bestreben, den Sammeleifer der übrigen Gewerkschaften zu dämpfen, führt den Herren zu der Behauptung, daß wir gedächten, uns die Kosten unserer Bewegung von anderen Leuten zahlen zu lassen. Und dann der Hinweis auf den Ueberschuß, der eventuell für uns noch übrig bliebe. Der gute Mann mag sich beruhigen. Wenn er es nicht weiß, dann wissen die deutschen Arbeiter, **daß eine Gewerkschaft, für die gesammelt wird, überhaupt nicht mehr selbständig über die eingekommenen Gelder verfügen kann. Seit dem Kölner Gewerkschaftskongreß ist dies lediglich Sache der Generalkommission** und den Kopf dieser braucht sich unser Freund wirklich nicht zu zerbrechen. Er mag sich auch hinsichtlich der Liquidationskommission beruhigen, die die Macht zur Herausgabe des Verbandsvermögens habe. **Nein, diese Macht hat sie nicht!** Wenigstens jetzt nicht. Daß Vorsicht notwendig ist, ist angesichts der äußerst verworrenen Rechtslage klar; daß versucht wird, einen Weg zu finden, der unser Verbandsvermögen der Bewegung dienstbar macht, ist auch klar. Aber der Weg darf nicht in die Gewerkschaftskasse des Bundes führen, denn trotz der Erklärung des gegnerischen Anwalts haben die Kläger gar kein Recht, über das Gericht hinweg unsere Kasse frei zu geben. Wir haben aber ein Mittel gefunden, unser Geld frei zu bekommen, nur ist es umständlich und zeitraubend, so daß wir jetzt noch der Unterstützung bedürfen.

Wohl noch nie ist vorgekommen, daß eine Gewerkschaft, die einen Kampf um ihre Existenz führt, so schmutzig bekämpft worden ist, als jetzt der Senefelderbund seitens ehemaliger Berufskollegen, denn der Anonymus ist ein ehemaliges Verbandsmitglied. Man möchte meinen, die Scham sei zu den Hunden geflohen. Nicht einmal unsere natürlichen Gegner, die Prinzipale, kämpfen mit solchen Waffen. Aber um so erfreulicher ist der Stand unserer Bewegung. Die stramme Disziplin in unseren Reihen, das Vertrauen zu der Leitung und die Opferwilligkeit sichern uns den Erfolg in dem uns aufgezwungenen Kampf.

Berlin und Umgegend.

Ein vereiteltes Verräterstückchen.

Am Montag hat die dem Sattlerverbande angeschlossene Branche der Militäreffektensattler beschlossen, den für ihre Branche bestehenden Tarif zu kündigen. Das haben unsere Leser bereits durch die Dienstag-Nummer des „Vorwärts" erfahren. Was sie aber noch nicht wissen, das ist die Tatsache, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Hirsch-Dunckersche Richtung den Versuch machte, den klassenbewußten Arbeitern Knüppel zwischen die Beine zu werfen und Vorteile für ihre Sonderbestrebungen herauszuschlagen. An demselben Abend nämlich, wo der Sattlerverband die wichtige Frage der Tarifkündigung zu entscheiden hatte, hat auch der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter, dem angeblich einige Militäreffektensattler angehören, diese zu einer „großen öffentlichen Versammlung" einberufen mit der Tagesordnung: Welche Organisation bietet uns die besten Vorteile und nimmt Stellung zum neuen Tarif für 1907. — Die Einladungen zu dieser Versammlung wurden am Montag in den Fabriken verteilt. — Vermutlich hatten die wackeren Hirsche die Absicht, den Unternehmern einen Tarif zu präsentieren, der den Unternehmern günstiger, den Arbeitern aber ungünstiger ist als der, den man vom Verbande der Sattler erwarten konnte. Dazu brauchten die Hirsche natürlich eine Versammlung von Militäreffektensattlern, und da sie selbst nur etwa ein halbes Dutzend derselben in ihren Reihen zählen, so glaubten sie wohl, sie könnten von den Verbandsmitgliedern eine genügende Anzahl in ihre Versammlung bekommen, wodurch denn auch gleichzeitig die über den Tarif beschließende Verbandsversammlung wenn nicht vereitelt, so doch beeinträchtigt worden wäre. Das Manöver des Gewerkvereins ist um so durchsichtiger, als ja derselbe gar keinen Tarif für Militäreffektensattler hat, für ihn also gar kein Grund vorliegt, mit seinem halben Dutzend Militäreffektensattlern zu einem neuen Tarif Stellung zu nehmen, was ja der Verband längst getan hatte.

Das verräterische Manöver des Gewerkvereins ist ja für diesmal gründlich vereitelt worden. Die Verbandsversammlung der Militäreffektensattler hat ihren Beschluß zur Tariffrage gefaßt, gleichzeitig war aber auch die vom Gewerkverein einberufene Versammlung von mehreren hundert Mitgliedern anderer Branchen des Sattlerverbandes besucht, während in einem Winkel des Saales ganze fünf Mann vom Gewerkverein saßen. Rechnet man dazu noch die drei Mann im Bureau, so haben wir also acht Personen, welche die ganze Gefolgschaft von Militäreffektensattlern bildet, zu deren Gunsten der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein sein die Arbeiterinteressen schädigendes Manöver ins Werk gesetzt hat. — Die Versammlung war in ihrem ganzen Verlauf eine gründliche Abrechnung mit den Hirschen. Nachdem ihr bekannter Führer Klavon die Versammlung mit einem allgemeinen Vortrage eingeleitet hatte, in dem von dem Tarif mit keinem Worte die Rede war, kennzeichnete Müntner als Mitglied des Verbandes und der Tarifkommission in ruhiger, sachlicher Weise das Vorgehen der Hirsch-Dunckerschen. Er hielt ihnen vor, daß niemand als die Unternehmer Freude an ihrem Vorgehen haben könnten, denn wenn sie wirklich so viele Militäreffektensattler hätten, daß sie glaubten, sich an den Tarifverhandlungen beteiligen zu können, dann hätten sie sich an die Tarifkommission wenden sollen. Nach ihrem jetzigen Vorgehen könne man ihr Verhalten nur als eine absichtliche oder unabsichtliche Störung der Tarifbewegung des Verbandes betrachten. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Tariffrage fast gar nicht mehr berührt. Es war nur eine allgemeine Auseinandersetzung zwischen einer Reihe von Rednern des Verbandes auf der einen und zwei Hirsch-Dunckerschen Rednern auf der anderen Seite. Schließlich trat Herr Klavon in unerhört provozierender Weise gegen die Verbandsmitglieder auf. Jeden sachlichen Zwischenruf beantwortete er mit einer Flut von beleidigenden Ausdrücken und Schimpfworten, wodurch er erreichte, daß die Versammlung unter allgemeinem Tumult geschlossen wurde, so daß eine von den Verbandsmitgliedern eingebrachte Resolution nicht mehr zur Abstimmung kommen konnte, welche das Vorgehen des Gewerkvereins verurteilt und den Verband der Sattler als die alleinige Vertretung der Militäreffektensattler in der Tarifbewegung bezeichnet.

Achtung! Bauarbeiter. Wegen Tarifbruch sind für Kleber gesperrt die Bauten: Straße 29a Nr. 18/14, Unternehmer Knof, Petersburgerstr. 18; Kamerunerstr. 12, Ecke Togostraße, Unternehmer Mattern; Straße 16 an der Seestraße, Bau Kettlitz, Unternehmer Miersch, und Kamerunerstr. 52, Unternehmer Spiller.

Wir ersuchen die Bauarbeiter, die dort arbeitenden Kleber auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Die Achtzehner-Kommission.

Wir machen die Bauarbeiter darauf aufmerksam, daß jeder Kleber, der keine Kontrollkarte besitzt, zu nichttarifmäßigen Bedingungen arbeitet. Meldungen sind zu richten an das Verbandsbureau Engel-Ufer 15, Amt IV 9720, Nebenanschluß.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Parteigenossen! Neumann, Rixdorf, Hermannstr. 156 bis 157, hat die Anerkennung unserer Forderungen zurückgezogen. Achtet darauf, daß die Gehülfen im Besitz einer weißen Kontrollkarte mit der Unterschrift Baumgart sind.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehülfen.

Der Streik bei der Firma Ravené, Aktiengesellschaft, Träger und Stabeisenhandlung, Sickingenstr. 16/17, dauert fort; jedoch ist der Kampf nun in das Stadium der Lohnbewegung getreten. Die Kutscher und Arbeiter hatten 8 Tage vor Ausbruch der bekannten Differenzen der Firma einen Lohntarif zugestellt, in dem für Kutscher (Einspänner) 30 M. und (Zweispänner) 33 M. Wochenlohn, für Arbeiter ein Anfangslohn von 45 Pf., nach 1/4 Jahr 47 1/2 Pf. und nach einem Jahr 50 Pf. Stundenlohn gefordert wird. Bisher wurden gezahlt: für Kutscher 27 resp. 27,50 M. Wochenlohn, für Arbeiter 40 Pf. pro Stunde. Bei den stattgefundenen Verhandlungen, betreffend die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes, gab die Firma gleichzeitig Antwort auf die eingereichten Lohnforderungen. Sie bot für Kutscher 28,50 resp. 30 M. Wochenlohn. Für Arbeiter sollte aber keine Lohnerhöhung eintreten und den gemaßregelten Vertrauensmann wollte man unter keinen Umständen wieder einstellen. Die Arbeiter haben deshalb beschlossen, im Kampfe zu verharren. Arbeitswillige zu bekommen, ist der Firma noch nicht gelungen. Da die angerollten Wagen mit Eisen nicht entladen werden können, wird der Versuch gemacht, die Entladung auf anderen Plätzen vornehmen zu lassen. Die Arbeiter aller Eisenplätze werden ersucht, genau darauf zu achten und in gegebenen Fällen ihre Solidarität zu bekunden.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin. Die Differenzen der Plätterinnen bei der Firma J. Eichenberg, Immanuelkirchstraße, sind beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Aus dem Saarrevier.

Der Maurerstreik, an welchem annähernd 1000 Personen beteiligt waren, endete nach zweiwöchentlicher Dauer mit einem vollen Sieg der Arbeiter. Neben den Forderungen — Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, keine Maßregelungen wegen Beteiligung am Streik und wegen Zugehörigkeit zur Organisation — mußte, was ebenso wichtig ist als die erzielten wirtschaftlichen Aufbesserungen, die Organisation als Vertreterin der Arbeiter anerkannt werden. Es ist dies in diesem Jahre das zweite Mal, daß sich die Unternehmer hierzu bequemen mußten. Bei dem Glasarbeiterstreik in Friedrichstal mußte Herr Reppert bekanntlich ebenfalls die Organisation anerkennen. Will der kleine Bruchteil der Arbeiter, für welche die Organisation anerkannt werden mußte, gegenüber der großen Zahl der in Frage kommenden Berg- und Hüttenarbeiter auch noch nicht viel bedeuten, so darf aber die Rückwirkung auf diese Arbeiterschaft nicht unterschätzt werden. In diesem Sinne muß auch der erfolgreich verlaufene Maurerstreik gewürdigt werden.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schreibt uns:

In Nr. 144 des „Vorwärts" vom 24. Juni bringen Sie unter „Gewerkschaftliches" eine Notiz, die vom Zentralverband der Schmiede unterzeichnet ist und die den Inhalt hat, daß bei der Firma Sack-Leipzig die Schmiede schon seit dem 8. Juni im Streik stehen. Dabei befindet sich auch die Bemerkung: „So befindet sich unter anderem auch in der Nr. 25 der „Metallarbeiter-Zeitung" ein Inserat der Firma Sack, welches Schmiede zu hohem Verdienst sucht".

Wir wollen hierzu bemerken, daß uns von diesem Streik der Schmiede bei Sack erst dann die Nachricht zur Kenntnis gekommen ist, als schon ein Teil der „Metallarbeiter-Zeitung" gedruckt war. Wir ließen sofort dieses Inserat aus der Platte entfernen und teilten dem Auftraggeber des Inserats mit, daß es nicht veröffentlicht werden kann, weil dort gestreikt wird.

Mehrere uns zur Verfügung gestellte Exemplare der Nr. 25 der „Metallarbeiter-Zeitung" bestätigen die Richtigkeit des Vorstehenden. Uebrigens wollen wir bemerken, daß die Mitteilung keinen Vorwurf gegen den Metallarbeiter-Verband bedeutet. Solche Situationen, wie die hier fragliche, können sich jeden Tag wiederholen und dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Tagespresse in Anspruch genommen wird, um Schädigungen der Arbeiter zu verhüten.

Ausland.

Im Blute erstickt ist der Streik in den Kupferminen von Kananäa (Mexiko). Es handelte sich um eine Forderung um höheren Lohn, zugleich aber auch um eine politische Bewegung. Die mexikanische liberale Partei wendet sich gegen die Invasion der Amerikaner; die Arbeiter streben dahin, den Präsidenten Diaz zu stürzen. Die Soldaten haben unter dem Befehl des Obersten Kosterlitzky die ganze Bewegung in der barbarischsten Weise unterdrückt. Außer den acht Arbeiterführern, von deren Erschießung wir kürzlich berichteten, sind weitere sieben ohne ordentliches Gerichtsverfahren erschossen worden und 84 befinden sich im Gefängnis. Mit diesen Verhandlungen und mit der Hinrichtung der hauptsächlichsten Führer ist die „Ordnung" wieder herbeigeführt worden. Die Leute sind zur Arbeit zurückgekehrt und die Lohnrate wird nicht erhöht.

Erziehung der Unternehmer durch die Gewerkschaften in der Schweiz. Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Spenglermeistervereins hat sich für die Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit erklärt. Die Versammlung fand in derselben Stadt St. Gallen statt, in der seit Wochen die Spenglergehülfen von den Spenglermeistern ausgesperrt sind, weil diese nicht unter den Zehnstundentag herabgehen wollen. Es ist übrigens noch nicht so lange her, daß alle großen und kleinen Unternehmer die Einführung des Zehnstundentages als unmöglich erklärten, weil er der Ruin des Handwerks und der Industrie sein würde. Das „unmöglich" und „niemals" imponiert denn auch den Arbeitern nicht, die vielmehr durch ihren zähen und ausdauernden Kampf die Herren zu allem Möglichen erziehen, schließlich auch zu der ganz friedlichen Einführung des Achtstundentages und des Minimallohnes von 8 Fr.

Die Urabstimmung im Schweizerischen Gewerkschaftsbund über die Frage, ob der Monatsbeitrag pro Mitglied 4 oder 3 Rappen betragen soll, hat mit 5719 gegen 2207 Stimmen für den höheren Satz entschieden.

Der Turiner Textilarbeiterstreik. Rom, 24. Juni. Dieser Streik, der den Anlaß zu dem bekannten brutalen Vorgehen der Polizei und dadurch zum letzten Generalstreik gegeben hat, geht nunmehr seinem Ende entgegen. Wie erinnerlich streikten etwa 1000 Arbeiterinnen der Weberei Poma, deren Forderungen in der Folge von allen Textilarbeiterinnen Turins aufgestellt wurden. Kurz vor Ausbruch des Generalstreiks bewilligten alle Fabriken den Zehnstundentag unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes. Die Firma Poma kam aber nach erfolgter Arbeitsaufnahme den eingegangenen Bedingungen nicht nach, weshalb die Arbeiterinnen sofort wieder in den Ausstand traten, in dem sie nun seit 45 Tagen verharren. Soeben hat eine Abstimmung über die Fortführung des Streiks stattgefunden, die folgendes Resultat ergab: für die Fortführung 908, dagegen 46.

Da bis jetzt 15 000 Lire an Streikunterstützung verteilt worden sind und Geld natürlich nicht hinreichend zur Verfügung steht, sind die Arbeiterinnen entschlossen, auswärts Arbeit zu suchen. 200 sind dieser Tage für die Firma Rizzi nach Legnano (Lombardei) angeworben worden, die auch mehrere streikende Maschinisten der Firma Poma angestellt hat. Morgen werden die 200 Abreisenden von den Organisationen auf die Bahn begleitet, wo der Abgeordnete Genosse Morgari eine Ansprache halten wird. In Mailand werden sie von einer Vertretung der Arbeitskammer empfangen und zum Besuch der Ausstellung geführt werden. Am Montag nehmen sie die Arbeit in Legnano auf. Ein Industrieller aus Racconigi hat gleichfalls um 100 Arbeiterinnen an die Arbeitskammer geschrieben. Schließlich wird eine neue Firma Occella im Laufe des Juli weitere 500 in einem Vorort Turins anstellen. So dürfte binnen kurzem für alle gesorgt sein. Dieser Sachlage gegenüber hat die Firma Poma beschlossen, ihre Fabrik definitiv zu schließen.

* * *

Trambahnerstreik in Rom? Nach dem siegreichen Streik vom August 1904 erklärten die hiesigen Trambahner, bis zum Ablauf des Pachtvertrages der Tramgesellschaft (1920) keine neuen Forderungen geltend zu machen, es sei denn, daß besondere unvorgesehene Umstände einträten. Das Personal ist nun der Ueberzeugung, daß diese besonderen Umstände durch die ungeheuere Verteuerung aller Lebensmittel sowie die Steigerung der Mietspreise in Rom eingetreten seien und macht neue Forderungen geltend, die die Besserstellung des Aushülfspersonals und Lohnerhöhung aller Kategorien bezwecken. Heute erhalten nur wenige Angestellte 4 Lire oder 3,50 Lire täglich, die übergroße Mehrheit 2,50 bis 3 Lire. Da in Italien kein Trinkgeld gegeben wird (die Organisation erachtet das Annehmen von Trinkgeldern als Grund zur Ausschließung), befinden sich die Trambahner, die Familie haben, außerstande, sie nur halbwegs menschenwürdig zu erhalten.

Auf die Forderungen des Personals hat die römische Trambahngesellschaft geantwortet, sie sei bereit, 60 000 Lire jährlich an Prämien an die tüchtigsten Angestellten zu verteilen. Die Organisation hat dieses Anerbieten zurückgewiesen mit dem Bemerken, diese Form der Lohnaufbesserung sei unwürdig, auch sei die Summe bei einem Personal von über 1000 Mann lächerlich klein.

Die Verhandlungen dauern fort. Sollte sich die Gesellschaft nicht zu annehmbaren Forderungen verstehen, so ist der Streik wahrscheinlich. Die Entscheidung dürfte am Donnerstag fallen.

Aussperrung im Rotterdamer Hafen.

Die Hafenarbeiter in Rotterdam, die, ohne fest angestellt zu sein, bei der Löschung von Schiffen tätig sind, haben oft darunter zu leiden, daß sie tagelang warten und vergeblich nach dem Hafen wandern müssen, ehe sie mit der Arbeit, für die sie angenommen sind, beginnen können, und zwar teils weil ihre Auftraggeber nicht für die nötigen Gerätschaften gesorgt haben, teils auch weil die Abnehmer der Waren die Transportboote nicht rechtzeitig zur Verfügung stellten. Die Arbeiter aber, die in Akkord beschäftigt werden, erhielten bisher keinerlei Entschädigung für die Wartezeit. Vor kurzem aber verlangten die Arbeiter zunächst an einem Schiffe eine solche Entschädigung, und sie wurde ihnen denn auch nach kurzem Streik gewährt. Gleich darauf wurde dieselbe Forderung an einem anderen Schiffe gestellt. Nun befaßte sich jedoch die Organisation der Stauereiunternehmer mit der Angelegenheit und nahm eine allgemeine Aussperrung vor, die sich sogleich auf ungefähr 20 Schiffe erstreckte. Besonders handelte es sich hierbei um Getreideschiffe aus Südamerika. Die fest angestellten Arbeiter erklärten sich mit den Ausgesperrten solidarisch. Ende voriger Woche haben nun Verhandlungen zwischen der Unternehmer- und Hafenarbeiterorganisation stattgefunden. Zu einer einheitlichen Regelung, wie sie von den Arbeitern schon seit Jahren angestrebt wird, ist es jedoch noch nicht gekommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Heimkehr aus unseren „herrlichen" Kolonien.

Hamburg, 26. Juni. (W. T. B.) Mit dem Dampfer „Gertrud Woermann" trafen heute abend von der Schutztruppe für Südwestafrika hier ein 9 Offiziere und höhere Militärbeamte, 255 Unteroffiziere und Mannschaften, darunter 24 Genesende und 3 Verwundete. **Leutnant Cleve ist unterwegs an Typhus gestorben.**

Bergmannslos.

Linden (Ruhr), 26. Juni. Auf der Zeche „Baakermulde" gerieten heute abend **Bergleute unter hereinbrechende Kohlen.** Bis jetzt wurden **zwei Bergleute schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert.**

Ein verdächtiges Dementi.

Petersburg, 26. Juni. (W. T. B.) Die Petersburger Telegraphenagentur bezeichnet als völlig grundlos die Nachricht Petersburger Blätter, daß die Mannschaft des Kreuzers „Gromoboi" eine Versammlung auf dem Schiffe abgehalten und die Abkommandierung der in Kronstadt liegenden Dampfer verlangt, sowie daß aus diesem Grunde die Mannschaft auf alle Häfen des Baltischen Meeres verteilt worden sei.

Ein russischer General als Brandstifter.

Petersburg, 26. Juni. In der heutigen Sitzung nahm die Duma die Dringlichkeit einer Interpellation über mehrere Fälle von Brandstiftungen an, die in dem Bezirk Tschernigow auf Befehl des Chefs der Gendarmerie Generals Rudoff verübt worden seien. Der hierüber verlesene Bericht ruft große Bewegung im Hause hervor.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Den Ausführungsbestimmungen zum neuen Zigarettensteuergesetz,

das bekanntlich am 1. Juli in Kraft tritt, sind noch folgende Vorschriften zu entnehmen:

Als Steuerzeichen dienen für die verschiedenen Steuerklassen der Zigaretten und Zigarettentabake Papierstreifen in mattgrüner, mattblauer, mattroter, grauer, brauner und violetter Farbe, für Zigarettenhüllen in orange. Die Steuerzeichen werden von der Reichsdruckerei hergestellt und sind durch die Landesregierungen gegen Erstattung der (vom Reichsschatzamt festzustellenden) Herstellungskosten zu beziehen. Sie sind vor ihrer Anbringung um die Packungen und zwar derart, daß der Inhalt ohne Zerreißen der Steuerzeichen nicht entnommen werden kann, dadurch zu entwerten, daß Firma und Sitz des Herstellers oder (bei eingeführten Erzeugnissen) des Beziehers handschriftlich mit Tinte oder durch Stempelung oder Druck mit licht- und wasserbeständiger Farbe auf dem dafür vorgesehenen Felde des Steuerzeichens vermerkt wird. Nachträgliche Aenderungen dürfen an dem Entwertungsvermerk nicht vorgenommen werden.

Die Umschließungen von Zigaretten und Zigarettentabak dürfen aus Holz, Zellstoff, Gelatine, Pappe, Papier, Zinnfolie oder sonstigem Metall, diejenigen der Zigarettenhüllen nur aus Papier oder Pappe bestehen. Sie müssen ihren Inhalt vollständig umgeben und so eingerichtet sein, daß sie ohne wahrnehmbare Verletzung nur an einzelnen, als zur Oeffnung bestimmt erkennbaren Stellen geöffnet werden können und daß der Inhalt nur nach Oeffnung dieser Stellen entnommen werden kann.

Die Verpflichtung zur Anmeldung der Betriebs- und Lagerräume erstreckt sich auch auf die von einem Fabrikanten etwa beschäftigten Heimarbeiter. Den Inhabern tabakverarbeitender Betriebe ist der Kleinverkauf von der Zigarettensteuer unterliegenden Waren nur in einem von dem Fabrikationsraum völlig getrennten Raume gestattet. Die der Zigarettensteuer unterliegenden Waren sind, nachdem sie die für den Kleinverkauf bestimmte Verpackung erfahren haben, in die für die Lagerung angemeldeten Räume zu verbringen. Wenn für die Lagerung keine besonderen Räume bestimmt sind, müssen die Teile der Betriebsräume, wo die Lagerung erfolgen soll, durch besondere Aufschriften: „Lagerstelle für Zigaretten", „Lagerstelle für Zigarettentabak" oder „Lagerstelle für Zigarettenhüllen" kenntlich gemacht werden.

Ueber den Zugang und Abgang von der Zigarettensteuer unterliegenden Erzeugnissen sind Betriebsbücher zu führen, in denen am Schlusse mindestens einer Woche sämtliche während dieser Zeit hergestellte, sowie sämtliche aus der Erzeugungsstätte entfernte versteuerte Erzeugnisse, und zwar getrennt nach Steuerklassen, nachzuweisen sind, desgleichen die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes in der Fabrik befindlichen Erzeugnisse. Bis auf weiteres haben die Hersteller von Zigarettentabak und Zigaretten auch über den zur Verarbeitung bezogenen Tabak und die Hersteller von Zigarettenhüllen über das zur Verarbeitung bezogene Zigarettenpapier Bücher zu führen. Täglich mindestens einmal ist durch einen Oberbeamten der Bestand an der Zigarettensteuer unterliegenden Erzeugnissen festzustellen und mit den abzuschließenden Betriebsbüchern zu vergleichen. Fabrikanten, die Heimarbeiter beschäftigen, haben ein besonderes Buch (Heimarbeitsbuch) zu führen, in dem, für jeden Heimarbeiter gesondert, jede Abgabe von Tabak oder Zigarettenpapier und die Rücklieferung der daraus hergestellten Erzeugnisse einzutragen sind.

Bis auf weiteres ist in allen Verkaufsstätten für Zigaretten, deren Inhaber nicht ausdrücklich auf den Einzelverkauf verzichten, ein Aushang erforderlich, der folgende Vorschriften zu enthalten hat: 1. daß auf jeder Packung Zigaretten der Kleinverkaufspreis oder die Preisgrenzen der Steuerklasse angegeben sein müssen, 2. daß jede Packung ein unverletztes Steuerzeichen tragen muß, 3. daß die Zigaretten einzeln nur aus den zugehörigen, mit dem Verkaufspreise bezeichneten und mit Steuerzeichen beklebten Umschließungen verkauft werden dürfen, 4. daß eröffnete, ganz oder teilweise geleerte Packungen mit Zigaretten nicht nachgefüllt werden dürfen und nach völliger Entleerung zur Wiederverwendung als Zigarettenpackung nach Entfernung des Steuerzeichens unbrauchbar zu machen und aus der Verkaufsstelle zu entfernen sind.

Der bemogelte Hamburger Fiskus.

Als vor einigen Monaten in der Hamburger Volksvertretung vom Genossen Paeplow Andeutungen über Unregelmäßigkeiten bei der Baudeputation gemacht wurden, erhob sich ein wahrer Entrüstungssturm ob dieser unerhörten „Verdächtigungen" und wütend verlangten die „Entrüsteten" Beweise. Bald mußte man aber kleinlaut zugeben, daß auch in der Republik Hamburg manches faul ist. Inzwischen hatte sich nämlich ein früherer Beamter der Baudeputation eine Kugel in den Kopf gejagt, aber der Schwerverletzte wurde wiederhergestellt. Kurz darauf geriet auch ein anderer Beamter der Baudeputation, ein Architekt, in Haft, der ebenfalls mit Unternehmern unter einer Decke gespielt haben soll, um den Hamburger Staat nach allen Regeln der Kunst zu bemogeln.

Jetzt findet eine dieser Affären vor dem Schwurgericht ein Nachspiel. Außer dem früheren Beamten Rundt, der seit 1. Januar 1906 bei der Hanseatischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft als Bureauvorsteher fungierte, sind die Geschäftsführer Burmester und Küchenmeister angeklagt wegen wiederholten Betrugs, qualifizierter Urkundenfälschung und Verbrechen im Amte bezw. Beihülfe dazu. Durch recht geschickte Fälschungen haben Rundt und Burmester es verstanden, in einem Jahre den Hamburger Staat um 18 500 M. zu prellen. Rundt und Küchenmeister haben dieselben Schwindeleien zwei Jahre lang betrieben, wobei ihnen 26 400 M. in die unsauberen Hände fielen. Rundt war als Assistent bei der Baudeputation, Ingenieurabteilung Ia, beschäftigt, während die Mitangeklagten als Geschäftsführer von zwei Baumaterialienfirmen Sandlieferungen für die genannte Abteilung besorgten. Als Rundt am 1. Januar d. J. seine amtliche Stellung verließ, um den besser dotierten Posten bei der Baugewerks-Berufsgenossenschaft anzutreten, entdeckte sein Nachfolger die Betrügereien. Daß dies nicht früher geschehen ist liegt daran, daß keinem der revidierenden Beamten die Höhe der gefälschten Summen aufgefallen ist. Mit der Menge des nicht gelieferten Sandes hätte nämlich außer Hamburg noch halb Preußen versorgt werden können.

Im Jahre 1901 geriet Burmester infolge Reinfalles bei einer Submission in Zahlungsschwierigkeiten. Um wieder flüssig zu werden kamen er und der ebenfalls verschuldete Rundt überein, daß dieser die über Sandlieferungen eingereichten Rechnungen durch Erhöhung der Beträge fälschen und Burmester die erhöhten Beträge von der Hauptstaatskasse erheben sollte. Vor die Zahl der auftragsgemäß zu liefernden Kubikmeter Sand und vor den Rechnungsbetrag wurden eine oder zwei Zahlen gesetzt, so daß beispielsweise aus einer Rechnung über 37,5 Kubikmeter zum Preise von 97,75 M. eine Rechnung über 2097,75 M. wurde. Zunächst fälschte Rundt nur die Unikatsrechnungen und die Rechnungsverzeichnisse, später aber auch zum Teil die Duplikatsrechnungen. Einige der letzteren hat er zu fälschen unterlassen. Ebenso fälschte er die Rechnungsbücher. Als er sich mit B. bei der Teilung der Beute entzweite, „arbeitete" er in analoger Weise mit Küchenmeister.

Die Angeklagten B. und K. haben sich dadurch der Beihülfe zur Urkundenfälschung schuldig gemacht, daß sie dem Rundt mit ihrer Unterschrift versehene Blankorechnungen einhändigten und ihm so die Fälschungen erleichterten. K. hat noch zwei Vollmachtsurkunden seiner Firma gefälscht, um die angewiesenen Summen bei der Hauptstaatskasse erheben zu können, damit seine Firma von der Erhöhung der Rechnungen keine Kenntnis erhalte.

Die Angeklagten sind in der Hauptsache geständig. Rundt will auf Zureden des Burmester die Fälschungen begangen haben. Sein Gehalt bei der Baudeputation betrug 2200 M., sein Anfangsgehalt bei der Baugewerks-Berufsgenossenschaft 3000 M. Als er von seiner bevorstehenden Verhaftung Kenntnis erhielt, habe er sich töten wollen, um, da er noch Mitglied der Staatsbeamtenpensionskasse war, seiner Familie die Pension zu sichern. Leider sei die Verletzung keine tödliche gewesen.

Die Verhandlung dauert fort und dürfte erst morgen zum Abschluß gelangen.

* * *

Hamburg, den 26. Juni. (Privattelegramm.) Es wurden verurteilt: Rundt zu 5 Jahren Zuchthaus, Burmester zu 3, Küchenmeister zu 2½ Jahren Gefängnis. Außerdem erhielt jeder 600 Mark Geldstrafe und 5 bezw. 3 und 3 Jahre Ehrverlust.

Aus der Partei.

Zur Frage des Massenstreiks.

Die plumpe Indiskretion der „Einigkeit", die dieselbe in ihrer Nummer vom 23. d. Mts. aus dem Protokoll einer Konferenz der Vertreter der Zentralverbände der Gewerkschaften begangen hat, nötigt mich zu einer Erklärung.

Auf jener Konferenz, die im Februar dieses Jahres stattfand, nahm Genosse Silberschmidt auf eine Besprechung bezug, welche die Generalkommission auf Einladung des Parteivorstandes in der ersten Hälfte Februar mit diesem gehabt hat. Diese Besprechung hatte den Zweck, eine Aussprache herbeizuführen über die Stellung der Gewerkschaften zu einem Massenstreik, falls sich die Notwendigkeit eines solchen im Wahlrechtskampf in Preußen herausstellen sollte.

Wie die Fragestellung für diese Verhandlungen zeigt, hatte der Parteivorstand die Möglichkeit eines Massenstreiks ins Auge gefaßt. Es ist also schon von diesem Gesichtspunkt aus eine grobe Entstellung der Tatsachen, wie es die „Einigkeit" und ihr folgend ein Teil der bürgerlichen Presse tut, allerdings gestützt auf die irreführenden Darlegungen des Genossen Silberschmidt in der erwähnten Konferenz der Vertreter der Zentralverbände, mir bezw. dem Parteivorstand zu unterstellen, daß wir unseren Standpunkt in der Frage des Massenstreiks verlassen und uns in Gegensatz zu meinem Referat in Jena und den dort angenommenen Resolutionen gesetzt hätten.

Ich konstatiere also, daß das in dem Protokoll über die Konferenz der Zentralverbände wiedergegebene Referat des Genossen Silberschmidt über die Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand voll von Mißverständnissen ist und namentlich die von mir während der Verhandlungen skizzierten sechs Punkte, die Silberschmidt dem Sinne nach wiedergegeben haben will, stark entstellt wiedergegeben sind.

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß sich meine Rede einschließlich der formulierten sechs Punkte ganz im Sinne meines Jenaer Referats und der dort angenommenen Resolutionen hielt, andernfalls wäre mein Verhalten nicht nur eine unbegreifliche und unverzeihliche Selbstdesavouierung gewesen, es würde auch seitens meiner mitanwesenden Kollegen aus dem Parteivorstand eine entsprechende Zurückweisung erfahren haben.

Ich habe nicht das Recht, mich über unsere Verhandlungen mit der Generalkommission, die streng vertrauliche waren, auszulassen. Der Zweck derselben: für den Fall eines Massenstreiks in bezug auf die innezuhaltende Taktik zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Zentralverbänden der Gewerkschaften die möglichen Grundlagen zu einer Verständigung zu schaffen, wurde erreicht.

Freund und Feind mag sich getrösten, daß der Parteivorstand einschließlich meiner Person weiß, was gegebenenfalls die Situation ihm zu tun gebietet.

Schöneberg-Berlin, 26. Juni 1906. A. Bebel.

Zum Parteitag beginnen die deutschen Genossen allmählich zu rüsten.

Die Organisation des Wahlkreises Weimar III beruft ihre Generalversammlung zum 8. Juli ein. Auf der Tagesordnung steht u. a.: „Deutscher Parteitag." — Der erste weimarische Kreis Apolda-Ilmenau-Weimar, desgleichen der Kreis Herford-Halle tritt am 22. Juli zusammen. Auf beiden Konferenzen werden die Genossen zum Mannheimer Parteitag Stellung nehmen.

Auch in anderen Kreisen im Reiche beginnt es sich zu regen. Mögen unsere Genossen ihre Organisationsarbeiten stets lieber zu zeitig als zu spät erledigen. Zum Segen und zur Freude für die Partei, zum Aerger der Gegner.

Vom Kampfe gegen die Jugendorganisation in Königsberg i. Pr.

Kurze Zeit nach seiner Gründung wurde der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter polizeilich geschlossen. Es war dem Verein, dessen Bestehen unter den Handwerkskrautern ungeheure Aufregung hervorrief, nicht möglich, auch nur eine Versammlung abzuhalten. Entweder wurden die Versammlungen von der Polizei verboten oder aufgelöst. Der Vorsitzende der Jugendorganisation wurde zu **drei Monaten Gefängnis** verurteilt, weil er auf einem Handzettel, der zu einer Versammlung einlud, die Königsberger Polizei beleidigt haben sollte. Die Königsberger „Volkszeitung", die das Verhalten der Polizei gegenüber der Jugendorganisation kritisierte, hat ebenfalls eine Anklage wegen angeblicher Beleidigung der Polizei erhalten.

Am 20. Juni cr. standen fünf Vorstandsmitglieder des Vereins für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter vor der Königsberger Strafkammer als Berufungsinstanz. Die fünf „Verbrecher" waren vom Schöffengericht verurteilt worden, und zwar der Vorsitzende der Jugendorganisation zu 10 Mk. und die anderen zu je 3 M., weil sie nach der Gründung des Vereins die Mitgliederliste und das Statut nicht in der gesetzlich festgelegten Zeit eingereicht hatten. Gegen dieses Urteil legten sowohl die Angeklagten als auch der Staatsanwalt Berufung ein. In der Verhandlung bestritten die Angeklagten die Verpflichtung, die Mitgliederliste und das Statut des Vereins der Polizei einreichen zu müssen, da der Verein nicht auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken gedenke; das gehe klar und deutlich aus dem Vereinsstatut hervor. Das Gericht kam trotzdem zu einer Verurteilung und erhöhte sogar die Strafe dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend für den Vorsitzenden auf 30 Mk., für die zwei über 18 Jahre alten Angeklagten auf je 15 M. und für die beiden unter 18 Jahre alten Angeklagten auf je 10 M.

Gegen den Vorsitzenden des Vereins fand am 25. Juni cr. wiederum eine Verhandlung vor dem Königsberger Schöffengericht statt. Es handelte sich um Vorgänge nach einer polizeilich aufgelösten Versammlung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Nach der Auflösung hatten die Versammlungsteilnehmer sofort den Versammlungssaal verlassen. Damit war die Polizei nicht zufrieden; sie verlangte, daß die jungen Leute auch den Garten, in dem der Saal gelegen ist, verlassen sollten. Dem Vorsitzenden des Vereins schien das denn doch zu weit zu gehen, und er meinte, die Besucher der Versammlung sollten ruhig im Garten bleiben. Er wurde daraufhin zur Polizeiwache geführt und mit einem Strafmandat von 10 M. bedacht wegen — „groben Unfugs". Hiergegen beantragte er gerichtliche Entscheidung. Im Termin hob das Gericht die Polizeistrafe auf. Es nahm an, daß es sich hier nicht um eine Uebertretung, sondern um ein Vergehen handle, für das die Polizei nicht zuständig sei, und daß deshalb die Sache zur weiteren Verfolgung dem Staatsanwalt zu überweisen sei!!

Endlich fand — ebenfalls am 25. Juni — eine weitere Verhandlung in Sachen der Jugendorganisation gegen den Vorsitzenden des Vereins und noch einen Genossen statt. Der Tatbestand war hier folgender: Am 24. Februar cr. sollte im Abstinentenheim eine Versammlung des Vereins für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter stattfinden. Die Polizei hatte die Versammlung verboten. Da dem Vorstand des Vereins nicht mehr Zeit genug blieb, die Mitglieder von dem Verbot zu benachrichtigen, so waren diese in ziemlicher Anzahl erschienen. Um den Erschienenen statt der verbotenen Versammlung wenigstens etwas zu bieten, wollte ein Genosse zur Unterhaltung einige Gedichte von Freiligrath und Herwegh vorlesen. Doch plötzlich trat ein Schutzmann ins Zimmer und löste die „Versammlung" auf, trotzdem ihm auseinandergesetzt wurde, daß gar keine Versammlung stattfinde. Der Schutzmann will in der „Versammlung", wie er vor Gericht aussagte, die Worte gehört haben: „Revolution" — „Freiheit des Volkes" — stürmte das Volk" —. Trotz des Irrtums, in dem der Schutzmann sich befand, verließen die Anwesenden den „Versammlungssaal" und begaben sich ins Lesezimmer des Abstinentenheims. Als die Polizei auch die Räumung des Lesezimmers verlangte, weigerten sich die Besucher, diesem Wunsche der Polizei nachzukommen. Darauf wurden vier Schutzleute geholt, die den Vorsitzenden des Vereins und den Genossen, der die Gedichte vorlesen wollte, mit Gewalt aus dem Lesezimmer entfernten. Die beiden bekamen Strafbefehle über je 15 M. Es wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Die Strafkammer verurteilte den Vorsitzenden des Vereins und den „Referenten" zu je 30 M. Geldstrafe.

So zieht man in der Stadt der „reinen Vernunft" gegen den Bildungsdrang der Arbeiterjugend zu Felde.

Die Königsberger „Volks-Zeitung" teilt mit, daß Genosse Marckwald letzten Montag seine Tätigkeit als leitender Redakteur des Blattes aufgenommen hat.

Aus Industrie und Handel.

Eisenbahneinnahmen. Eine Zusammenstellung der Einnahmen von Eisenbahnen und Transportunternehmen (nach unter „Vorbehalt" von den verschiedenen Verwaltungen für 1905 gegebenen Monatsausweisen) im Jahre 1905 gegenüber 1904 gibt folgendes Bild:

Eisenbahnen	Einnahmen in Mark 1904	1905	in 1905 + oder —
Aussig-Teplitz	13 286 608	14 107 476	+ 820 868
Böhmische Nordb.	10 397 396	10 959 050	+ 161 654
Braunschweigische L.-E.	1 379 798	1 542 770	+ 162 972
Brockthaler	791 607	828 701	+ 37 094
Buschtiehrader	24 802 798	25 771 187	+ 968 389
Crefelder	775 631	817 871	+ 42 240
Eutin-Lübeck	665 698	697 130	+ 31 432
Gotthardb.	19 054 342	20 242 674	+ 1 188 332
Graz-Köflach	2 966 849	3 283 640	+ 316 791
Halberstadt-Blankenburg	1 040 650	1 075 760	+ 35 110
Halle-Hettstedter	861 902	861 902	—
Hildesheim-Peine	129 460	142 170	+ 12 710
Königsberg-Cranz	311 295	339 348	+ 28 053
Liegnitz-Rawitsch	724 561	629 655	+ 94 906
Lübeck-Büchener	6 580 823	6 624 212	+ 143 389
Mecklenburgische Friedrich Wilhelm	298 332	352 900	+ 54 568
Niederlausitzer	364 890	386 100	+ 21 210
Northern Pacific	203 428 124	230 233 277	+ 26 805 153
Baltimore-Ohio	273 834 120	301 379 400	+ 27 545 280
Prignitzer	410 810	486 730	+ 75 920
Pauliненaue-Neuruppin	252 013	265 994	+ 13 981
Raab-Oedenburg	2 347 562	2 429 159	+ 81 597
Reinickendorf-Liebenwalde	409 757	463 283	+ 53 526
Süddeutsche E.-G.	5 521 313	5 905 230	+ 383 917
Verein. Arader u. Csanader	4 102 290	4 281 415	+ 179 125
Westdeutsche	3 873 668	4 344 096	+ 470 428
Westsizilianische	1 309 497	1 354 305	+ 44 808
Zschipkau-Finsterwalde	713 559	736 033	+ 22 474
Aachener Kleinb.	1 268 237	1 356 243	+ 88 206
Altenaer Schmalspur	328 233	383 841	+ 55 608
Schlesische Kleinb.	2 020 417	2 167 055	+ 146 638
Allg. Lokal- u. Straßenb.	5 651 849	6 143 257	+ 491 408
Barmen-Elberfelder Str.-B.	861 830	897 082	+ 35 252
Große Berliner Straßenb.	30 878 878	33 259 229	+ 2 380 351
Allg. Berliner Omnibus-G.	5 234 231	6 265 641	+ 1 031 410
Elektr. Hoch- u. Untergr.-B.:			
Hochbahn	3 935 366	4 280 882	+ 345 516
Flachbahn	214 690	214 690	—
Braunschweig. Straßenb.	907 153	930 131	+ 32 978
Breslauer Straßenb.	2 622 884	2 681 045	+ 58 161
Crefelder Straßenb.	858 168	949 192	+ 91 624
Danziger Straßenb.	1 181 626	1 255 273	+ 73 647
Hamburger Straßenb.	12 603 456	13 474 557	+ 871 101
Königsberger Straßenb.	262 935	286 633	+ 23 698
Gr. Leipziger Straßenb.	4 805 646	5 113 670	+ 308 024
Leipziger Elektr. Straßenb.	1 923 005	2 085 945	+ 162 940
Magdeburger Straßenb.	2 128 594	2 291 582	+ 162 988
Rostocker Straßenb.	145 924	185 854	+ 39 930
Elektr. Straßenb. Breslau	933 234	963 981	+ 30 747
Große Casseler Straßenb.	972 005	1 081 332	+ 109 287
Erfurter Elektr. Straßenb.	396 571	461 666	+ 65 095
Hamburg-Altonaer Zentralbahn	1 542 372	1 566 276	+ 23 904
Hannoversche Straßenb.	3 300 246	3 711 056	+ 410 810
„ Omnibus	126 648	132 440	+ 5 792
Niederwaldb.	123 355	119 300	— 4 055
Posener Straßenb.	733 928	792 532	+ 58 604
Stettiner Straßenb.	1 163 001	1 288 611	+ 125 610
Würzburger Straßenb.	249 494	258 209	+ 8 715
Marienborn Kleinb.	136 032	156 683	+ 20 651
Oesterreichische Staatsb.	65 995 139	67 814 778	+ 1 819 639
Prince Henri	4 334 054	4 699 499	+ 365 444
Oesterreichische Südb.	114 004 124	119 080 513	+ 5 076 389
Kanadische Pacific	202 255 200	227 375 400	+ 25 120 200
St. Louis- u. South-Western	366 484 800	382 040 400	+ 15 555 600
Orientb., Hauptlinie	11 679 377	11 258 347	— 421 030
„ Skobelevo-Nova Zagora	267 088	285 914	+ 18 876
„ Mazedonische E.	1 766 453	1 737 406	— 29 047
Haidar Pascha-Angora	5 284 473	5 747 971	+ 483 497
Eskischehir	1 967 570	2 836 478	+ 868 908
Homidie-Hador	94 244	86 140	— 8 104

Die Einnahme der aufgeführten Eisenbahnen belief sich im Jahre 1905 auf 1 557 504 141 M. oder 116 101 366 M. mehr als im Jahre vorher. Nur 4 Gesellschaften hatten im letzten Jahre eine geringere Einnahme als im Jahre vorher, das Minus belief sich auf 462 236 M.

Deutschlands Kohlenproduktion im Jahre 1906.

Die außerordentlich gesteigerte Produktionstätigkeit in der deutschen Industrie tritt recht deutlich in den Förderziffern der Kohlengruben in Erscheinung. Die Kohle ist das Brot der Industrie, der Grad des Brotkonsums kann daher auch als Maßstab der industriellen Tätigkeit bewertet werden. In der Zeit von Januar bis Mai wurden in Deutschland gefördert

	1905	1906	in 1906 mehr
Steinkohlen	47 288 218	56 916 583	9 628 366
Braunkohlen	21 308 086	22 583 892	1 275 806
Koks	5 197 463	8 141 713	2 944 250
Briketts und Preßmaßsteine	5 122 911	5 814 725	691 812

Bei Steinkohlen beträgt die Steigerung über **20 Proz.** und das ganze Mehr entfällt auf Preußen. Besonders bemerkenswert ist die Produktionssteigerung bei Koks, sie beträgt über **56 Proz.** Diese Steigerung, die eine erhebliche Vermehrung der bei der Kokserstellung beschäftigten Arbeiter bedingt, lassen die Unternehmer, wenn sie nach berühmtem Muster die Arbeiter zu verleumden für nötig erachten, ganz außer Berechnung. Wir wiesen darauf schon in verschiedenen Notizen hin, hier hat man eine neue zahlenmäßige Bestätigung für den von Unternehmerblättern getriebenen Unfug.

Leider kein Generalstreik. Zu den Gesellschaften, die in den letzten Jahren ungünstig abgeschlossen haben, gehört auch die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren Spinn u. Sohn. Sie verteilte in den letzten Jahren 0 Prozent. Eine Sanierung, die die Gesellschaft vorgenommen hat, ermöglichte für das letzte Jahr die Ausschüttung einer Dividende von 3 Prozent. Es ist daher verständlich, wenn ein Aktionär das Ergebnis als durchaus nicht befriedigend bezeichnete. Eine Anfrage über erzielte Preise zu beantworten, lehnte der Vorstand unter der Begründung ab, das sei Geschäftsgeheimnis. Man scheint da etwas zu verbergen zu haben. Es ist klar, daß wenn die geplante Aussperrung perfekt geworden wäre, das Unternehmen auch für das laufende Jahr eine große Einbuße erlitten hätte, die der Gesellschaft verhängnisvoll werden konnte. Trotzdem sprach die Direktion ihr Bedauern darüber aus, daß es nicht zu der Aussperrung gekommen sei (!). Man bedurfte wohl eines Vorwandes, den man vorschieben konnte, um die Aufmerksamkeit von anderen bei der Verwaltung liegenden Ursachen der schlechten Ergebnisse abzulenken.

Lindernder Balsam. Der „lange Möller" ist wieder Aufsichtsrat. Die Generalversammlung der A.-G. für Kohlendestillation, zu deren Gründern der Exminister gehört, wählte diesen wieder in den Aufsichtsrat. Da es sich um ein lukratives Unternehmen handelt, wird die Wahl die Schmerzen des Sturzes wohl etwas lindern. Für das letzte Jahr wurden verteilt: auf Vorzugsaktien 17 Prozent, auf gew. Aktien 12 Prozent und auf Genußscheine pro Stück 17,80 M.

Aus der Frauenbewegung.

Der „Weibliche Arbeiterverband in Dänemark", die allgemeine Organisation der dänischen Arbeiterinnen, hat vor kurzem seinen dritten Verbandstag abgehalten. Obwohl dieser Verband noch nicht die Entwickelungsstufe der Gewerkschaften der männlichen Arbeiter Dänemarks erreicht hat, leistet er doch schon viel zur Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder. Wie aus dem Geschäftsbericht über die seit dem vorigen Verbandstag verflossenen 3 Jahre hervorging, haben während dieser Zeit Lohnbewegungen in dreizehn verschiedenen Berufen stattgefunden, und überall wurden hier Tarifverträge erzielt. Die Lohnerhöhungen, die errungen wurden, machen eine Summe von 30 000 Kroner im Jahre aus. Für Streiks und Aussperrungen gab der Verband in den 3 Jahren 14 726 Kronen aus. Gegen 21 Arbeiterinnen, die Streikunterstützungen von 50 bis zu über 200 Kronen bezogen hatten, dann aber Streikbruch verübten, strengte der Verband einen Prozeß an; sie waren laut Statut zur Rückzahlung der empfangenen Summen nebst Zinsen verpflichtet. 10 der Streikbrecherinnen sind auch bereits dazu verurteilt worden; über die anderen 11 ist das Urteil noch nicht gesprochen, es wird aber jedenfalls ebenso zugunsten des Verbandes ausfallen.

Der Verbandstag befaßte sich hauptsächlich mit inneren Angelegenheiten. Unter anderem wurde die Gründung einer Sterbekasse beschlossen. Die bisherige Verbandsvorsitzende, Frau Olivia Nielsen, wurde einstimmig wiedergewählt.

Gerichts-Zeitung.

§ 193 Str.-G.-B.

In zutreffender Weise ist der § 193 St.-G.-B. bei einem Straffalls in Anwendung gebracht worden, der gestern die Strafkammer des Landgerichts II als Berufungsinstanz beschäftigte. Der Angeklagte, Rechnungsrat a. D. Alfred Schneider in Fichtenau, Kreis Niederbarnim, hatte in einer Eingabe an die Oberpostdirektion in Potsdam die Absetzung des Postagenten Schaub von seinem Posten für notwendig erklärt, weil er diesen für unwürdig erachtete, dieses Amt weiter zu führen. Als Grund dafür gab er an, daß Sch., der als Kaufmann mit Kohlen handelt, seinen Konkurrenten Räder zu Unrecht schlecht gemacht habe. Er habe nämlich eine in Fichtenau neu zugezogene Frau, welche Waren bei ihm einkaufte, gefragt, wo sie denn ihre Feuerung beziehe, und als diese den Namen Räder nannte, habe er davon abgeraten, bei diesem zu kaufen, weil dieser bei seinen Brikettlieferungen immer 2—300 Stück zu wenig abliefere. Herr R. hatte wegen dieser tatsächlich gefallenen Aeußerung die Privatklage eingereicht, es war aber zu einem Vergleich gekommen. Auf die Eingabe an die Oberpostdirektion erhielt der Angeklagte den Bescheid, daß keine Veranlassung vorliege, den Postagenten seines Amtes zu entheben. Darauf richtete der Angeklagte eine Beschwerde an das Reichspostamt und bezeichnete darin die Handlungsweise des Herrn Sch. als eine infame, die ihn unwürdig mache, ein solches öffentliches Amt zu bekleiden. Nunmehr stellte die Oberpostdirektion den Strafantrag. Das Schöffengericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu und erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und beantragte 20 M. Geldstrafe, da durch Anwendung des Wortes „infam" doch die Absicht der Beleidigung zweifellos dargetan werde und die Schutzgrenzen des § 193 daher überschritten seien. Das Gericht erkannte auf Verwerfung der Berufung. Der Vorsitzende führte aus, daß der Angeklagte als Bürger berechtigt sei, sich über Mißstände zu beschweren und daß das Wort „infam" von ihm wohl nur angewendet sei, weil es ihm dem Gefühl zu entsprechen schien, dem er Ausdruck geben wollte, ohne daß dabei ohne weiteres auf eine beleidigende Absicht geschlossen werden müsse.

Die zutreffende Anwendung des § 193 Str.-G.-B. ist allmählich insbesondere gegen Arbeiter und gegen die Presse so selten geworden, daß seine Anwendung in einem Fall wie dem vorliegenden ausdrücklich registriert zu werden verdient.

Heimarbeiter vor dem Strafrichter.

Der seltene Fall, daß eine von der Staatsanwaltschaft zugunsten eines Angeklagten eingelegte Berufung dem letzteren zugute kommt, ist aus der 6. Strafkammer des Landgerichts I zu berichten. Wegen Hausfriedensbruchs bezw. Körperverletzung hatte das Schöffengericht die Schneider Eduard Forkauschen Eheleute und den Arbeiter Hermann Forkau zu je 10 bezw. 5 M. Geldstrafe verurteilt. Die schöffengerichtliche Verhandlung gestattete einen Einblick in die trübe soziale Lage der Heimarbeiter. Die Forkauschen Eheleute erwerben sich durch Heimarbeit mühselig ihren Lebensunterhalt, wobei ihnen Hermann Forkau nach Beendigung seiner Arbeit noch hilft. Alle drei Angeklagte arbeiteten für einen sogenannten Zwischenmeister, der seinerseits erst mit den großen Konfektionsschneidern in Verbindung steht und auch den Hauptverdienst hat, während sich die eigentlichen Heimarbeiter mit einem mehr als kärglichen Lohn begnügen müssen. Die F.'schen Eheleute erhielten z. B. für das Zusammennähen eines Beinkleides, eine Arbeit, die eine gute Stunde erfordert, den „Lohn" von 15 Pfennigen. Eines Tages lieferte Frau F. drei fertige Beinkleider ab und wollte die 45 Pfennige in Empfang nehmen. Die Zahlung wurde jedoch verweigert, da die Beinkleider nicht so peinlich genau genäht waren, wie es verlangt wurde. Es kam zu einem Streit, bei welchem Frau F. von dem Zwischenmeister auch noch geschlagen sein will. Eine Stunde später erschien Frau F. nochmals in Begleitung der beiden Mitangeklagten und forderte den Lohn. Es kam wiederum zu einem Streit, bei welchem sich alle drei des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollen. — Das Schöffengericht hatte nur einfachen Hausfriedensbruch angenommen, während die Staatsanwaltschaft davon ausging, daß gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch vorliege, bei dem das Mindeststrafmaß eine Woche Gefängnis beträgt. In der gestrigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt auch diese Strafe, während der Verteidiger auf Freisprechung der F.schen Eheleute auf Grund des selten angewandten § 343 St.-P.-O. plädierte. Diese Vorschrift gibt die Möglichkeit, auf ein jedes zuungunsten der Angeklagten von der Staatsanwaltschaft eingelegte Rechtsmittel eine günstigere Entscheidung herbeizuführen, obwohl von den Beschuldigten selbst keine Berufung eingelegt war, weil diese sich bei dem ersten Urteil beruhigt hatten. Das Berufungsgericht nahm das Vorliegen eines Hausfriedensbruches nicht an, da die Angeklagten glauben konnten, zwecks Empfangnahme des Lohnes die Wohnung betreten zu können, und erkannte auf Freisprechung. Hermann Forkau wurde wegen Körperverletzung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Wird nun der Staatsanwaltschaft gegen den Zwischenmeister wegen der in der Vorenthaltung des Lohnes liegenden Nötigung vorgehen?

Gesundheitsgefährlicher Fisch.

Einen groben Verstoß gegen die Gesundheit seiner Mitmenschen hatte sich der Fischhändler Wilhelm Sandow aus Charlottenburg zuschulden kommen lassen, welcher sich gestern unter der Anklage des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II verantworten mußte. Der Angeklagte betreibt außer seinem festen Geschäft den Handel mit Fischen im Umherziehen und zwar besucht er die verschiedenen Wochenmärkte in der Umgegend Berlins. Am 16. Februar dieses Jahres hatte S. auf dem Wochenmarkt auf dem Savignyplatz einen Verkaufsstand inne. Als die Witwe Henschke einen Schellfisch kaufen wollte, teilte ihr der Angeklagte mit, daß er sämtliche Schellfische schon verkauft habe. Als sich die vor seinem Stand drängende Menschenmenge verlaufen hatte, rief er die noch unschlüssig dastehende Frau H. zurück und bot ihr einen Schellfisch zum Kauf an, „den er zufällig noch gefunden habe". Da der Fisch etwas „gequetscht" war, ließ ihn der Angeklagte der Frau H. zu einem billigeren Preise wie sonst. Als Frau Henschke mit dem guten Kauf in die Wohnung ankam, machte sich bald ein pestilenzialischer Geruch bemerkbar. Nunmehr erst bemerkte sie, daß der Fisch im Innern bereits in Verwesung übergegangen war. Sie übergab den Fisch der Polizei, die ihn noch an demselben Nachmittage dem Kreistierarzt Dr. Jeß übermittelte. Dieser konstatierte, daß der Fisch vollständig in Fäulnis übergegangen war und bereits das so gefährliche Fischgift enthielt. — Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 150 M. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten jedoch eines wissentlichen Nahrungsmittelvergehens für überführt und erkannte, da sich S. eines groben Verstoßes gegen das Leben und die Gesundheit seiner Mitmenschen schuldig gemacht habe, auf zwei Wochen Gefängnis und Publikation durch die Presse.

Unberechtigte landrätliche Beanstandung eines Kreisausschuß-Beschlusses.

Nach einer Polizeiverordnung der Stadt Marggrabowa sind Haus- und Grundbesitzer, die nicht in der Stadt wohnen, sowie grundbesitzende Behörden und Gesellschaften verpflichtet, zuverlässige Vertreter zu ernennen, die haftbar gemacht werden könnten für die Befolgung polizeilicher Vorschriften, und die etwaige, den Grundbesitz betreffende polizeiliche Verfügungen entgegenzunehmen hätten. Der Kreisausschuß wurde nun auf Grund dieser Verordnung von der Ortspolizeibehörde aufgefordert, wegen des in Marggrabowa befindlichen Kreiskrankenhauses und der landwirtschaftlichen Schule des Kreises eine derartige Person zu bestimmen. Der Kreisausschuß lehnte dies ab, indem er geltend machte, die fragliche Polizeiverordnung wäre ungültig. Der Landrat beanstandete dann den Beschluß des Kreisausschusses, durch den die Weigerung festgelegt worden war, weil er die Gesetze verletze. Diese Beanstandung focht der Kreisausschuß durch Klage an. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab, das Oberverwaltungsgericht hat jedoch jetzt das Urteil des Bezirksausschusses aufgehoben und die Beanstandungs-Verfügung des Landrats außer Kraft gesetzt. Gründe wurden zwar nicht publiziert, es ist aber klar, daß das Oberverwaltungsgericht gleich dem Kammergericht eine solche Polizeivorschrift wie die hier in Frage kommende für ungültig hält. Das Kammergericht hat nämlich eine derartige Polizeiverordnung seinerzeit für ungültig erklärt mit der Begründung, daß sie weder im § 10 II 17 Allgemeinen preußischen Landrechts, noch im § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes ihre Stütze finde. Es geht davon aus, daß diese Verordnung nur der Polizei den Dienst erleichtern wolle, und daß Polizeiverordnungen, die lediglich diesen Zweck verfolgten, unzulässig seien.

Aus dem Prozeß gegen den Bezirkskommandeur, Major a. D. v. Zander.

Der Breslauer große Betrugsprozeß wird voraussichtlich noch eine Woche in Anspruch nehmen. Tatsächlich werden große Betrugsfälle gegen den Bezirkskommandeur und seine Frau vorgeführt, deren Verhandlung eine große Zeit in Anspruch nimmt. Wir werden die einzelnen Fälle im Zusammenhang bringen. Aus der gestrigen Sitzung ist ein Zwischenfall bemerkenswert. Von der Geschworenenbank wurde gegen eine allzu lange Ausdehnung der Beweisaufnahme protestiert. Der Vorfall spielte sich wie folgt ab. Der Verteidiger. Die führte, als eine Reihe Betrugsfälle aus dem Jahre 1903 zur Erörterung gelangen sollten, aus: Könnten wir uns nicht eine große Zahl von Zeugenvernehmungen ersparen? Die Angeklagte hat noch nicht in einem einzigen Falle den Versuch gemacht, ihre Bestellungen abzuleugnen.

Ein Geschworener: Im Namen sämtlicher Mitgeschworenen habe ich dieselbe Bitte an den Herrn Vorsitzenden zu richten, die sogenannten Betrugsfälle möglichst zusammenzufassen und dadurch die Verhandlung abzukürzen. Die ewigen Briefverlesungen bringen doch nichts Neues mehr. — Vors.: Das ist ein Verzicht auf etwas, was Sie noch nicht kennen. — Ein Geschworener: Wenn noch etwas ganz Prägnantes darunter wäre! Aber im allgemeinen kennen wir schon die Bemühungen des Angeklagten, durch seine fleißigen Unternehmungen etwas zu verdienen. Wir kennen die unsinnige Lust der Frau v. Zander an kostspieligen Bestellungen und ihre Unfähigkeit, über Geld zu verfügen. Da bieten die Zeugenvernehmungen und Briefverlesungen weder psychologisch noch strafrechtlich etwas Neues. (Große, anhaltende Bewegung.) Vors. (rasch einfallend): Aber, Herr Geschworener, das ist doch etwas, was Sie später im Beratungszimmer hinter geschlossenen Türen erwägen sollen. Sie können ja gar nicht wissen, wie sich Ihre Meinung noch ändert. — Staatsanwalt (sehr ärgerlich): Ich muß übrigens so wie so zu jedem einzelnen Falle Stellung nehmen. Es bietet jeder Punkt viel Charakteristisches. Aber vielleicht genügen aus jedem Briefe einige Stellen. — Angeklagter v. Zander: Nach der Wahl des Staatsanwalts einzelne Stellen herauszureißen, das kann ich mir nicht gefallen lassen. — Staatsanwalt: Es handelt sich ja hier um sogenannte Vorbetrugsfälle, die gar nicht mit unter Anklage stehen und nur beweisen sollen, daß diese Art von Bestellungen schon jahrelang so gemacht worden sind.

Es werden sodann eine Reihe gleichartiger Betrugsfälle der Reihe nach verhandelt, die Zeugen werden gehört und dazu wird der Briefwechsel verlesen.

Bestrafung straflosen Streikpostenstehens.

Es ist bekannt, wie entgegen dem Gesetz das Recht [illegible] postenstehens durch „juristische" Konstruktionen, die in Wa[illegible] weiter sind als krasse Vergewaltigungen des durch Reich[illegible] gesprochenen Koalitionsrechts, die Ausübung des Koalit[illegible] insbesondere des Streikpostenstehens, illusorisch zu mach[illegible] wird. Hunderte von ungerechten gegen Streikposten erlass[illegible] verschanzen ihren Angriff gegen das reichsgesetzlich gew[illegible] Koalitionsrecht, wie wir wiederholt dargelegt haben und im Reichstage anerkannt ist, in Preußen hinter der vom Kammergericht aufgestellten, gegen das Reichsgesetz verstoßenden Fiktion: im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Polizeianordnungen haben Streikposten nachzukommen, auch wenn die Anordnung weder der Sicherheit noch der Ordnung diente; ob die Sicherheit oder Ordnung gefährdet war, hat das Gericht nicht zu prüfen. Klarer als diese juristischen, im Grunde völlig willkürlichen und haltlosen, dem Kern der Sache ausweichenden Floskeln ist folgender Rechtssatz, der unbewußt zu diesen Gestaltungen die dem werktätigen Leben und dem Kampf der Arbeiter um Anteilnahme an der Kultur fernstehenden Richter geleitet hat: „Das Interesse des Unternehmertums und die im Interesse des Unternehmertums begangenen Polizeihandlungen sind die Seele des Staates, dies Interesse allein hat im Klassenstaat die Grundlage aller sogenannten Rechtsprechung zu bilden." Die Landgerichte in Köln, Königsberg, Berlin, Magdeburg usw. haben sich allmählich, wenn auch vielfach nach lebhafter Gegenwehr, dieser das Recht vernichtenden Rechtsprechung des obersten preußischen Gerichts gefügt. Auch in den anderen deutschen Bundesstaaten wird nach der vom Kammergericht gebilligten Anschauung der Polizei des Unternehmertums das Reichsgesetz und Recht unter dem Scheine des Rechts zu korrigieren gesucht. Diese Rechtsprechung ruft dringend nach **reichsgesetzlichem wirklichen und wirksamen Schutz des Koalitionsrechts.**

Ein besonders lehrreiches Beispiel für die Versuche der Bestrafung einer Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts spielte sich dieser Tage in München ab.

Die Polizeidirektion München hat an die Schutzmannschaft die Weisung ergehen lassen, alle Streikposten ohne weiteres vom Platze zu weisen und gegen sie event. mit Anzeigen wegen Uebertretung straßenpolizeilicher Vorschriften vorzugehen. Der Bierbrauer Georg Gruber wurde zur Anzeige gebracht, weil er der Aufforderung eines Schutzmannes, den Platz zu verlassen, keine Folge leistete. In der schöffengerichtlichen Verhandlung nahm der Schutzmann auf seinen Eid, daß das Verhalten Grubers, der sich auf Zurredestellung sofort als Streikposten bezeichnete, nicht geeignet war, die öffentliche Ordnung oder den öffentlichen Verkehr zu beeinträchtigen. Er habe aber den Gruber vom Platze gewiesen, weil er hierzu von der Polizeidirektion beauftragt war. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung mit der Begründung, daß das Streikpostenstehen gesetzlich erlaubt sei. Das Landgericht hob dieses Urteil auf und verurteilte den Gruber zu einer Geldstrafe von 3 M. mit der Begründung, daß der Angeklagte die Aufforderung des Schutzmanns hätte befolgen müssen, vorbehaltlich seines Beschwerderechtes bei der Polizeidirektion. Auf die Revision des Angeklagten hin hob das oberste bayerische Landesgericht dieses Urteil auf, weil in der Feststellung der landgerichtlichen Strafkammer ein Widerspruch enthalten sei. In der neuerlichen landgerichtlichen Verhandlung meinte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kühlmann: Die Sache ist vom obersten Landesgerichte zurückverwiesen worden, so daß wir das Vergnügen haben, nochmal verhandeln zu müssen! Und die Kühlmann-Kammer verurteilte den Arbeiter neuerdings in eine Geldstrafe von 3 Mark wegen Uebertretung straßenpolizeilicher Vorschriften mit der Begründung, daß der Schutzmann möglicherweise durch das Verhalten des Gruber eine Verkehrsstörung befürchten mußte (die er aber nach seiner eidlichen Aussage tatsächlich nicht „befürchtet" hat!), weshalb er die Pflicht hatte, den Angeklagten von seinem Standorte wegzuweisen. Gruber hätte deshalb der Aufforderung Folge leisten müssen, hätte aber das Recht gehabt, falls er sich durch die Wegweisung beeinträchtigt gefühlt hätte, bei der Polizeidirektion gegen die Anordnung des Schutzmanns Beschwerde zu führen.

Der Rat, sich zu beschweren, hat mit der Aburteilung der Sache durchaus nichts gemein; der Landgerichtsvorsitzende ist um seinen Rat nicht gefragt. Sein Rat ist noch wertloser als der, den Teufel beim Beelzebub zu verklagen, da ja der Schutzmann lediglich den Befehl der Polizeidirektion ausgeführt hatte. Das Gericht hat nicht darüber zu entscheiden, ob die Polizeidirektion die Ausübung des Koalitionsrechtes gestatte, sondern ob das Gesetz dies gestattet und ob die Polizeidirektion widerrechtlich handelte, wenn sie solche Befehle erteilte. Gegen das den Arbeiter wegen Streikpostenstehens wieder verurteilende Erkenntnis ist beim Oberlandesgericht abermals Revision eingelegt. Solche Urteile wie die landgerichtlichen sind geeignet, auch den zur Justiz noch vertrauensseligsten Arbeiter davon zu überzeugen, daß zu einer Gerechtigkeit an Stelle einer Klassenjustiz ausübenden Rechtsinstanz „gelehrte" ernannte Richter unfähig sind und daß an ihre Stelle aus dem Volke und von dem Volke gewählte Richter treten müssen. Bis zur Erfüllung dieser Forderung werden wir es noch oft erleben, daß „gelehrte Richter" eine der Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung, das Koalitionsrecht, durch ihre falsche Rechtsprechung untergraben. Und dies ist für die Arbeiter, die wegen Ausübung ihres Rechts „bestraft" werden, ein Trost, der sie von recht häufigen Wiederholungen straffloser und darum bestrafter Ausübung des Koalitionsrechts keineswegs abhalten wird. Die Ausübung des Streikpostenstehens bleibt ein gesetzlich erlaubtes Recht, auch wenn noch tausendmal juristische Maulwurfsarbeit es in sein Gegenteil zu verkehren sucht. Gäbe es eine wirkliche Verantwortlichkeit von Beamten in Deutschland, so würden diejenigen verurteilt, die solche Urteile fällen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

A. B. 33. Sie leben auch ohne Vertrag außerhalb der Gütergemeinschaft, wollen Sie aber das Vermögen Ihrer Frau sicher stellen, so schließen Sie einen Ehevertrag in gerichtlicher oder notarieller Form, indem Sie auf das Verwaltungs- und Nutznießungsrecht verzichten und das Eigentum Ihrer Frau anerkennen. Ein Beispiel für einen solchen Vertrag finden Sie Seite 225 Nr. 25 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **A. S. 33.** Die Sachen können Sie zurückverlangen und können auf Rückgabe klagen. Einer Ehefrau steht nur dann ein Unterhaltsrecht außerhalb der Ehewohnung zu, wenn Sie mit Einwilligung des Ehemannes außerhalb der Ehewohnung lebt. — **H. F. 29.** Am 20. Juli. — **Gen. Franz.** In dem von Ihnen geschilderten Fall ist die Frau an den Mietsvertrag gebunden. — **K. P. 78.** Durch Ihr Versprechen zur Zahlung sind Sie in dem vorgetragenen Fall zahlungspflichtig geworden; ohne ein solches hätte eine Zahlungspflicht nicht bestanden. — **20jähr. Abonnent.** 1. Handlungsgehilfinnen steht ebenso wie Handlungsgehilfen die sechswöchentliche Kündigung zum 1. des Quartals zu. Durch Vertrag kann die Kündigungsfrist auf einen Monat herabgesetzt werden. Das scheint in dem von Ihnen erwähnten Fall vereinbart zu sein. 2. Ja. 3. und 4. Nein. — **M. M. 04.** Sie müßten beim Amtsgericht auf Abnahme des Kleides gegen Zahlung der Kosten die Bestellerin verklagen. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. — **P. 99. Naunynstraße.** Nein. **M. P.** 1. Nein. 2. Falls Ihre Frau keine Mittel besitzt, die über das hinausgehen, was zum eigenen standesmäßigen Unterhalt erforderlich ist, ist sie gesetzlich zur Unterstützung ihres Vaters nicht verpflichtet. — **Heirat.** Das Aufgebot kann an dem Wohnsitze der Braut oder dem Wohnsitze des Bräutigams erfolgen. Das Aufgebot muß mindestens 14 Tage lang aushängen. In der Regel verstreichen zwischen Aufgebot und Heiratstermin vier bis sechs Wochen. Eine sechsmonatliche Wartefrist oder eine Meldung an die Kirche ist keineswegs erforderlich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Noch, den 27. Juni.
Anfang 7½ Uhr:
Gens perntheater. Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Cymbelin.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Der Freischütz.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Heiratslustig.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Der lustige Krieg.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Bis früh um fünfe!
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Sündige Liebe.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Gastspiel d. **Maria Pospischill.**
Cymbelin.
Rom. Schausp. i. 5 Akten v. Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: **Medea.** Anf. 7½.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr:
Mittwoch und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Mittwoch, den 27. Juni:
Cavalleria rusticana.
Der Bajazzo.
Donnerstag: Gastspiel **Henri Albers: Don Juan.**
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr. (Halbe Preise!)
Der lustige Krieg.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Apollo-Theater.
Letzte Woche! Letzte Woche!
Miß Carma, Transformat.-Tänzerin.
Duo Paulus, holländisches Duett.
Humpsti-Bumsti,
exzentrische Kreation.
Das blaue Bild v. Paul Lincke.
La Matschiche. Mexikanischer Tanz.
Solo: Annette Savary.
Hochzeitsfeierlichkeiten in Madrid.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Anfang 8½ Uhr.
Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. H. Roll.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: täglich
Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

Urania Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute nachmittag 5 Uhr:
Gastspiel
d. Musikk. d. Leib-Gren.-Rgts. No. 8
Kgl. Staatshoboist **W. Lebede-Frankfurt a. O.**
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Nur noch wenige Tage!
Arme Reiche. Lebensb. m. Ges. v. Otto Leibold.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr.
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.
Sonnab. 30. 6. 06: **Benefiz für C. Reich.**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Die Gauklerin.
Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern v. Schwarz-Reiflingen.
Außerdem: Das großartige
Juni-Spezialitäten-Programm.
Im Saale: **Gr. Ball.**
Anfang 4½ Uhr. Eröffnung 2 Uhr.
Entree 30, numerierter Platz 50 Pf.
Saisonkarten haben Gültigkeit.

WINTER GARTEN
Großer Erfolg!
Tortajada, Spanische Tänzerin und Sängerin.
Catherine Bartho u. Lydia Redega, Ungarische Tänze.
Die Raningos, Handakrobat.
Paulinetti & Piquo, Reckturner.
Frank Kern m. Hund „Bolzen".
Creo Bros, komische Akrobat.
Miß Orford mit ihren dressierten Elefanten.
Lola Lloyd, Soubrette.
Mlle. Farfalla, Paris. Soubrett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Sleedes, „Das geheimnisvolle Haus".
La Bérat, Phantasietänzerin.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juniprogramm.
Willy Prager
14
erstklassige Spezialitäten.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Franz Fanther in s. Glanzn.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

1329L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Moquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Große Oper in 4 Akten v. C. M. v. Weber.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säkkingen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Schwank in drei Akten von Maurice Champagne.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Freitag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain 29/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluß: **Elternlos.**

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!
Täglich: **Gr. Konzert,** neue Spezialitäten und **Ball.** Das größte und beste Programm Berlins.
u. a.: **La Matschiche!** mexikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett **Jeanette** und **Vallis.**
Robert und Bertram, das berühmte Grotesk-Duett. **Josefine Delelisseur,** das weibliche Unikum. **Die Wunder der Turnkunst: The tree Burtons** und **Great Harry and Olly Smith,**
Szene im Restaurant.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.
Avis! Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen** die größte Sensation und beste Gruppe der Welt:
Im Salon des Löwenbändigers. A. Diez.

Brauerei Groterjan
N., Schönhauser Allee 130.
Oekonom Ernst Stein.
Täglich
Großes Konzert
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Mittwoch: 12382*
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × Bons haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: **Großer Ball. Gebr. Arnhold.**
Donnerstag, den 28. Juni: 4. Garde-Regiment unter Leitung des kgl. Musikdirektors **Schrader.**

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang **4** Uhr. Entree **30** Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: **Gr. Kinderfreudenfest.**
Jed. Donnerst.: **Gr. Brill.-Feuerwerk.**
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wehling, Humor. Varadi-Duett. Derrington-Family, Kunstradfahrer. Livörs, Drahtseil. Die Einbrecher von New York, Pant. The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader)
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Neue Welt. Hasenheide 108—114.
Mittwoch, den 27. Juni:
Großes Kinder-Fest
Gratisverlosung. — Kinderbelustigungen jeder Art.
Konzert u. Spezialitätenvorstell.
Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 M.
Morgen Donnerstag:
Gr. Brillant-Feuerwerk.

Zähne zieht vollständig schmerzlos **F. Ausfeld, Turmstr. 8.**
Zugelassen bei den Krankenkassen des Gewerkskrankenvereins.

Die besten Fahrräder
und Fahrradzubehörteile zu enorm billigen Preisen finden Sie wieder bei 200/8*
Ernst Machnow, Berlin N.,
Arkonaplatz 1, Filiale: **Kaiser Wilhelmstr. 18 R.**
Abteilung für Motorfahrzeuge: **Wollinerstr. 11—12.**
Neue hochelegante **Fahrräder 45.–, 50.–, 52.–, 55.– M.** usw.
Für meine weltberühmten **Arkonaräder** übernehme bis **6 Jahre Garantie. Luftschläuche 1.50, 2.–, 2.50, 3.50 M. Laufmäntel 2.50, 3.20, 4.50 M. — Nähmaschinen 28.–, 36.–, 42.– M. — Neue Allright Motorzweiräder 400 M.** rc. — **Katalog gratis und franko.**

Achtung! Fliesenleger! Achtung!
Donnerstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:
Versammlung
der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 3).
Tages-Ordnung:
1. **Die letzten Vorkommnisse im Berufe.** 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet
144/14 **Der Sektionsvorstand.** J. A.: **Hermann Pufahl.**

Konsumverein Charlottenburg.
Zur Beachtung für unsere Mitglieder!
Vom Sonntag, den 1. Juli, sind unsere Verkaufsstellen **bis auf weiteres Sonntags geschlossen.** 205/19*
Vom 2. bis 4. Juli sind sämtliche Marken **von einer Mark aufwärts** in einem in den Verkaufsstellen zu habenden **Briefumschlag** verschlossen und ausgefüllt mit dem Mitgliedsbuch an den Lagerhalter abzugeben. Kleinere Marken sind vorher gegen größere umzutauschen.
Kohlenbestellungen wollen die Mitglieder möglichst bald unter Angabe der Lieferungszeit vornehmen.
Der Vorstand.

Achtung, Vereine!
Für Sommer- und Kinderfeste empfohlen!
Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen, Dekorations-Girlanden, Verlosungs-Artikel.
Harken, Sensen, Keglerpreise, Jux- u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.
Pohl & Weber Nachf., Berlin C.
Am **Spittelmarkt 4/5** Inh.: Otto Oeser. **Alexanderstr. 51/52** Inh.: Ernst Herbst.
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.

Auf der Stelle getötet
werden alle Wanzen samt Brut durch **Reichel's „Verstärktes Wanzenfluid".** Einziges Spezialmittel von unfehlbarer Wirkung, schützt **dauernd gegen jede Wiederkehr.** Fl. 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, Literfl. 5.—. **Spurlos verschwinden** sofort alle Schwaben mit ihrer Brut bei Anwendung von **Reichel's** Schwabenpulver **„Poudre Martial"** 50 Pf., M. 1.—, 2.—, Pfd. 4.—. **Echt und garantiert** wirksam nur mit Marke **Tod und Teufel.** Sprühapparate 50 Pf. Erhältlich in **Drogerien,** wo **Plakate** mit **Tod u. Teufel** u. bei **Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.** Telephon-Amt IV 646, 3190, 4562.

Neuer Wasserturm b. Grünau.
Von dem unmittelbar angrenzenden Terrain, **nur zirka zehn Minuten vom Bahnhof entfernt,** sollen Parzellen von zirka 45 bis 80 Quadratruten zu billigen Preisen, je nach Lage, von
M. 1,45 an pro Quadratmeter
netto Bauland zu günstigsten Zahlungsbedingungen (event. Baugeld) verkauft werden. **Geordnete Verhältnisse. Ansiedelungsrecht erworben. Straßenland** bereits an die Gemeinde **abgetreten.**
Auskunft nachmittags (Sonntags 3—6, Wochentags 4—6) **nur** Straße am Falkenberg 19/20 im Restaurant. 14462*

Brennspiritus
Marke **„Herold"**
30 Pf. ca. 90 Vol.-Proz. | Original-Literflasche exkl. Glas.
33 Pf. ca. 95 Vol.-Proz.
— **Ueberall erhältlich.** —
Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

Getreidepreise steigen!
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktenmärkten interessiert, verlange **Proestler's** Broschüre: **„Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft".** Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. (Komm. Otto Weber, Leipzig). **Vollständige Ausgabe M. 2.—. Teil und Volksausgabe 60 Pfg.**

Nur Qualität!
Spree-Blume-Zigaretten
(gesetzlich geschützt)
Nur Qualität!
H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spree-Blume"
Berlin N. 28, Swinemünderstr. 66 I.
Telephon: Amt III. 6949.
Jeder verwöhnte Raucher raucht
Nur Qualität! 1196*

Steppdecken
billigst direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel,** Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Portieren
Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin S.

Mortal das einzig sicherwirkende
Spezialmittel gegen **Flöhe,**
zerstört im Fußboden nistende Brut von Grund aus, so daß nicht die geringste Spur übrig bleibt und ist ein **Radikalmittel** ohne gleichen gegen jeglich **Ungeziefer der Haustiere, speziell auch der Hunde.** Man nehme nur **„Mortal"** mit Marke **„Tod und Teufel"** und nichts anderes! Flasche 50 u. 75 Pf., erhältlich in Drogerien und bei **Otto Reichel,** Berlin 43, **Eisenbahnstr. 4.**
Lieferant für Armee und Marine
Teleph.-Anschl. IV 646, 3190 u. 4562.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, 28. Juni, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3, großer Saal:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die auf dem Verbandstag eingeführte Krankenunterstützung und die damit verbundene Beitragserhöhung. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

68/7 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 28. Juni 1906, abends pünktlich 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches, darunter Bericht über die Konkurrenz für ein Titelblatt unserer Jubiläumsfestschrift. 2. Statutenberatung, Anträge zur Generalversammlung und Aufstellung der Kandidaten. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

20/15 **Der Vorstand.**

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.

Achtung! Tischler und Möbelpolierer!

Mittwoch, 27. Juni, abends 8 Uhr, bei Zöls, Köpenickerstr. 137/138:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Genossen **Kater** über: **„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Generalstreikfrage."** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt. 186/9*

Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:

Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. **Die Gleichberechtigung der Menschen in Theorie und Praxis.** Referent: Genosse **Störmer.**
2. Diskussion. 3. Wahl der Schlichtungskommission.

Ausgabe der Tarifvorlagen für diejenigen Betriebe, die nicht der Innung angehören.

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Metalldrücker Berlins u. Umgegend

in Frankes Festsälen, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Wollheim** über: **„Luft und Leben".** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

121/15 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Stellmacher

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12 (großer Saal).

Tages-Ordnung: 88/6

1. Vortrag des Genossen Redakteurs **Karl Wermuth** über: **„Volksverdummung durch Schule und Kirche".** 2. Diskussion. 3. Wahl mehrerer Kommissionsmitglieder. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Die Kommission.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 24. d. M., verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter

August Willer

Swinemünderstr. 40.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedens-Kirchhof in Nieder-Schönhausen-Nordend statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Paul Röhr

am 24. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem St. Sebastian-Kirchhofe in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt. 134/7

Die örtliche Verwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Mutter, unsere liebe Schwester und Schwägerin

Berta Jacobi geb. Damm

nach schwerem Leiden am Sonnabend, den 23. Juni, abends 9½ Uhr, verstorben ist. 26325

Um stilles Beileid bitten

Albert Jacobi
Else Jacobi (Tochter)
Geschw. Damm.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagener Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Friedrichshagen, 26. Juni 1906.

Danksagung.

Sage allen Verwandten, Bekannten, dem Verbande der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis für die Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes **Ernst Mudrich** meinen herzlichsten Dank. **Paula Mudrich,** Fidizinstr. 2.

26275

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.

Am 5. Juli 1906, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im **Viktoria-Garten.**

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung (Erhöhung der Beiträge).
2. Ersatzwahl eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer).
3. Verschiedenes. 274/16

Der Vorstand.
A. Kleinert, Vorsitzender.

Konsum-Verein Friedenau

und Umgegend.
— E. G. m. b. H. —

General-Versammlung

Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal von Grube, Kaiser-Allee 86.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Lagerhalterfrage. 3. Statutarische Neu- und Ergänzungswahlen. 4. Verschiedenes.

205/20* **Der Aufsichtsrat.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Von der Reise zurück

Dr. Max Dresel

135/18* **NW., Beusselstr. 15.**

Krankenfahrstühle all. Systeme

käuflich von 25 M. an, auch leihweise unter koulantesten Bedingungen.
Koppsche Krankenwagen, Elsassstraße 95. 116/4

Ginger Malt Ale

(Ingwer-Malz-Brause)

Bester Ersatz für Bier

alkoholfrei, erfrischend, nahrhaft, 15 Flaschen 1,50 M. frei Haus.
Pfaltz & Bonardell, SW. 11, Amt IX, 5105.
Wichtig für Gastwirte. 1621L*

Raucht Kios-Zigaretten. Spezialmarke: pro Stück 2 Pf. **Kleine Kios 2.** 1151L*

Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios", Dresden.

H. & P. Uder, Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, **Engel-Ufer No. 5.**

Amt 4, 3014.

Kufeke's Kinder-mehl Hervorragend bewährt bei **Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe** etc.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. 660L*

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 15098*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 263/3

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher! 0,75. Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen spottbillig! Bronzegaskronen! 6,00. Gasuhren! 1½. **Wohlauer,** Wallnertheaterstraße 32. 16195*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2607b*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Räderverleihung. Tandems, Dreisitzer, Große Frankfurterstr. 14. †31*

Gelegenheitskäufe! Verschiedene außergewöhnlich billige Teppiche und Decken mit kleinen Fehlern nur kurze Zeit bei Bien, Rosenthalerstraße 56.

Lauben-Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 12365*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Bienerstr. 1—6, Ackerstraße 111.

Frische Milch Liter 15. Weddinghalle, Stand 157. 26235*

Achtung! Neue Stettiner Vollheringe empfiehlt billigst Berch, Wollinerstraße 21. †90*

Parteilokal, einziges am Orte mit Saal, Garten, sofort preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Deutsche Bierbrauerei, Alt-Moabit 60. †137

Krautstraße 50, Saalfeld, Möbelspeicher, verkauft spottbillig, weil kein Laden, Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Besichtigung ohne Kaufzwang. 26296

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9.—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 15068*

Nähmaschinen. Zahle bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Allisterstraße 90. †31*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Damenkleider, hochelegante, wenig getragen, spottbillig. Engels, Brunnenstraße 3. 26405

Zigarrengeschäft umständehalber verkäuflich. Näheres Stralauer Allee 47.

Gutgehendes Restaurant, Vorgarten, Saal, Vereinszimmer, günstig für Parteigenossen, wegen Krankheit der Frau zu verkaufen. Miete 1800. Erfragen bei Feld, Adolfstraße 15.

Kinderwagen, Gummiräder, verkauft billig. Schöneberg, Hauptstraße 9, Euen. †103

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16 Mark, Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †31*

Tadelloser Kinderwagen, Sportwagen. Edeling, Gubenerstraße 54.

Fahrrad, fast neu, 38,00, verkauft umständehalber Sydel, Gubenerstraße 21. †31

Taschensofa verkauft Reinberg, Proskauerstraße 34 vorn II. †31

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 61, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 14292*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 21725*

Kleiderspind, gebraucht, kauft Verwalter, Pallisadenstraße 95. *

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Uhren kauft Schneider, Brunnenstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Laden. 26355

Bücher und Lexika jeder Art kauft Beyer, Oranienstraße 138. *

Aufpolsterung. Matratze 4,00, Sofa 5,00. Rolle, Neue Königstraße 2. †141*

Vermietungen.

Wohnungen.

Nieder-Schönhausen, Beuth-, Körner-, Schillerstraße (am Straßenbahnhof) moderne Vorderwohnungen 2 und 3 Zimmer von 324 und 450 Mark an. Näheres Nieder-Schönhausen, Körnerstraße 34. 130/5*

Zimmer.

Teilnehmer zum möblierten Vorderzimmer, Dresdenerstraße 58 III rechts. 26106

15,00 möbliertes Zimmer Fürstenstraße 17, Quergebäude I, Stibbe.

Schlafstellen.

Brandenburgstraße 30/31, IV links, schmuckes Stübchen als Schlafstelle vermietbar. 26306

Möblierte Schlafstelle für Herrn mit separatem Eingang vermietet Luchs, Muskauerstraße 26, Hof I.

Möblierte Schlafstelle. Hecht, Graunstraße 1, vorn I. †127

Möblierte Schlafstelle, einen Herrn Mantenfelstraße 68, Müller.

Freundliche Schlafstelle für Herrn Knitter, Mantenfelstraße 82, vorn III.

Schlafstelle, sauber, allein. Rutsch, Köpenickerstraße 79. 26256

Schlafstelle für Herren mit Bad inklusive Kaffee 13,00. Dorau, Alleusteinstraße 5. †141

Schlafstelle für Herrn vermietet Witwe Kavenstein, Reichenbergerstraße 115a, Quergebäude I. †5

Genosse findet Schlafstelle. Naumann, Lausitzerstraße 2, vorn IV, 7 Uhr abends. †5

Mietsgesuche.

Junges Ehepaar sucht zweifenstriges möbliertes Zimmer, insektenfrei, Gegend Schlesischer Bahnhof. Offerten mit Preisangabe K. 500, Postamt 16. †62

Freundliches, einfach möbliertes Zimmer, möglichst separat, Nähe Müllerstraße. Offerten W. I, Postamt 65, †79

Anständiges junges Mädchen sucht saubere Schlafstelle, Nähe Müllerstraße. Offerten W. I, Postamt 65.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 14685

Stellenangebote.

2 Detacheure verlangt Gebrüder Altenbergs Färberei, Weißensee. *

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Automobiltechnikum, Spichernstr. 11/12. *

Schlossergesellen auf Baubeschlag verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 16508*

Schlosser, tüchtige, für Eisenkonstruktionen, Fenster- und Blechtreppenbau, sowie für Jalousiefabrik sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 26285

Suche einen Zimmerpoller, der selbständig Arbeiten ausführen kann. Postlagernd Post-Amt 113, A. B. 100.

Farbigmacher auf geschweifte Gardinenstangen verlangt Schröder, Gollnowstraße 13. 26315

Grundlocher verlangt Kristan, Charlottenstraße 7. 26345

Plätterin verlangt Schützenstraße 33. 26285

Tüchtige Belegerin gesucht Goldleistenfabrik Reichenbergerstraße 88.

100 Mamsells auf Sportröcke. Deege, Frankfurter Allee 181. †129*

Zeitungsfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Tour Wilhelmstraße und Leipzigerstraße. Meldungen Schützenstraße 22. 135/11*

Botenfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung Sorauerstraße 20. 134/15*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Kunstschlosser.

Wir suchen einen tüchtigen selbständigen Kunstschmied, erste Kraft, mit Schmieden von Gittern, Blumen und Blättern jeder Stilart vollständig vertraut. Bei Konvenienz dauernde Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Reisevergütung. Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und Verdienstes zu richten unter **S. H. 2886** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** 134/8*

Gürtelarbeiterinnen, Gürtelarbeiter und junge **Täschnergesellen,** die Glacé- und Rindledergürtel zuschneiden können, finden lohnende, dauernde Beschäftigung. 26415*

Gürtelfabrik A. Nitke
Haynau in Schlesien.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Nauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Quitzlamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucksche Buchdruckerei, Stallschreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 20.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!

In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser, Krautstraße,** sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.

Diese Betriebe sind gesperrt!

Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof) ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.

24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!

Fliesenleger!

Wegen Akkordarbeit und anderer Differenzen sind sämtliche Bauten der Firma

Schmalisch & Below

gesperrt.

Die Bauten sind:
Motzstr. 38 und 39, Bau Tschöpke.
Neue Kantstr. 1, 2 und 3 sowie der Bau Lange.
Luisenplatz, Ecke Kaiser Friedrichstraße, Bau Hause.
Sadowastr. 10, Bau **Hollmann.**
Barbarossastraße.
Rixdorf, Donaustr. 83, Bau **Berndt.**
Berlinerstraße, Ecke Straße 12k, Bau Langnick und Bau Lang.
Bismarckstraße, Bau Schlüsselburg.
Giesebrechtstraße, Bau Herold.
Tegeler Weg 105.
Flotowstraße, zwei Bauten Bunning.
Virchow-Krankenhaus, Seestraße.
Freisingerstraße, Bau Nölke.
Schwäbischestraße, Bau Zander.
Berchtesgadenerstraße, Bau Kraatz.
Friedrichsberg, Müggelstraße, Ecke der Scharnweberstraße.
Wormserstr. 10.

Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, diese Bauten streng zu meiden. 144/11*

Die Sektionsleitung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Kreutzstr. 42.
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Mors, Lychenerstr. 123.
Karl Weiße, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifert, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
W. Reske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 30a.

Reinickendorf:
P. Gurich, Provinzstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Nieder-Barnim

am Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 Uhr, in Rummelsburg im Restaurant Weigelt, Türkschmidtstraße 49.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kreisvorstandes.
   a) Abrechnung des Vorsitzenden.
   b) Abrechnung des Kassierers.
   c) Bericht über die Agitation im Kreise.
2. Ersatzwahl für einen ausgeschiedenen Beisitzer des Kreisvorstandes.
3. Anträge:
   a) für den Kreis.
   b) für die Generalversammlung Groß-Berlins.

J. A.: Georg Freiwaldt, Pankow.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß das Lokal „Waldpark“, Inhaber Michelmann, Hubertusbader- und Franzensbaderstraße, zu Schmargendorf gehört und nicht, wie irrtümlich angenommen wird, zu Grunewald. Herr Michelmann stellt uns sein Lokal nicht zur Verfügung und ist genannter Herr den Mitgliedern unserer Lokalkommission ganz besonders unhöflich entgegengetreten. Die organisierten Kutscher ersuchen wir besonders, die im selben Hause befindliche Kutscherkneipe besonders streng zu meiden.

Das nächste freie Lokal ist „Café Pein“, Hubertusbaderstr. 8, gegenüber der Kutscherkneipe. Die Lokalkommission.

Weißensee. Heute abend 8½ Uhr: Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung im Lokal des Herrn Tzschentschler, Langhansstraße 106. Auf der Tagesordnung steht u. a. Aufstellung eines Kandidaten. Zahlreiche Beteiligung der Genossen ist daher notwendig.

Berliner Nachrichten.

Zum Achtuhrladenschluß.

Die Mitteilung des Polizeipräsidenten, daß der vor Jahresfrist gestellte Antrag auf Einführung des Achtuhrladenschlusses für alle im Landespolizeibezirk Berlin (einschließlich Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf) gelegenen offenen Verkaufsstellen von einem Drittel aller beteiligten Geschäftsinhaber unterstützt worden ist, hat die Gegner dieser verständigen Maßnahme sofort wieder auf den Plan gerufen, und es werden alle alten Argumente wieder hervorgeholt, um gegen den Achtuhrschluß Stimmung zu machen.

Nach dem Gesetz muß über die Einführung des Achtuhrladenschlusses eine Abstimmung der beteiligten Ladeninhaber herbeigeführt werden; diese Abstimmung, welche mündlich oder schriftlich beim königlichen Polizeidirektor Maurer zu erfolgen hat, wird nunmehr in der Zeit vom 25. Juni bis zum 14. Juli vor sich gehen. Ergibt diese Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit für die Neuerung, so wird der Achtuhrladenschluß zwangsweise für alle in Betracht kommenden offenen Verkaufsstellen eingeführt werden. Bei dieser Abstimmung kommt es aber nicht darauf an, daß zwei Drittel aller in Betracht kommenden Geschäftsinhaber sich für die Verkürzung der Verkaufszeit aussprechen, sondern nur zwei Drittel derjenigen, welche sich an der Abstimmung beteiligen.

In Rücksicht auf die eben begonnene Abstimmung erhalten wir vom Ausschuß der vereinigten Ladeninhaber und Gehülfen zur Herbeiführung eines einheitlichen Achtuhrladenschlusses folgende Mitteilung:

„Die Abstimmung über die Einführung des Achtuhrladenschlusses in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf mit Ausnahme des Sonnabends und unter Ausschluß der Lebensmittel-, Kolonialwaren-, Drogen-, Seifen-, Zigarrenhandlungen kann gemäß der Anordnung des Polizeipräsidiums auch schriftlich erfolgen. Der hiesige Ladenschlußausschuß, dem neben Gehülfen auch Ladeninhaber der verschiedensten Geschäftszweige angehören, hat Abstimmungskarten mit einem Anschreiben an die in Betracht kommenden Geschäftsinhaber versandt. Es dürfte sich empfehlen, die in dem Anschreiben gegebenen Weisungen zu befolgen und die Karten nicht direkt abzusenden, sondern zu warten, bis sie von Bevollmächtigten des Ausschusses abgeholt werden. Personen, die keine Ausweiskarte des „Ausschusses der vereinigten Ladeninhaber und Gehülfen zur Herbeiführung eines einheitlichen Achtuhrladenschlusses“ vorzeigen, übergebe man die Abstimmungskarte nicht. Der Verein Berliner Schuhwarenhändler hat sich in der in der vorigen Woche abgehaltenen, zahlreich besuchten Mitgliederversammlung einstimmig für den Achtuhrladenschluß ausgesprochen, die Vereine der Eisenwaren- und Goldwarenhändler haben vor einiger Zeit einen gleichen Beschluß gefaßt. Das Bureau des Ausschusses befindet sich Breitestr. 22.“

Zu dieser Angelegenheit geht uns aus Kreisen der Angestellten eine Zuschrift zu, die wir im Interesse der Agitation für den Achtuhrladenschluß veröffentlichen. In dem Schreiben heißt es:

Die Angestellten rufen das kaufende Publikum zu Hülfe!

Wiederum ist die Möglichkeit für uns Angestellte kleinerer und größerer Ladengeschäfte, unsere dreizehnstündige Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt zu erhalten, in greifbare Nähe gerückt. Der Herr Polizeipräsident macht bekannt, daß die Herren Geschäftsinhaber sich bis zum 14. Juli cr. schriftlich oder mündlich erklären sollen, ob sie für oder gegen den Achtuhrladenschluß sind, um bei Zweidrittel-Majorität dafür, denselben gesetzlich einzuführen. Nun wissen wir, daß eine ganze Anzahl von Geschäftsinhabern und nicht zuletzt solche, welche wenig oder gar kein Personal beschäftigen, sich grundsätzlich gegen den Achtuhrladenschluß erklärt haben. Diese Herren führen leider nicht mit Unrecht an, daß gerade in der letzten Stunde, von 8 bis 9 Uhr abends sich das Hauptgeschäft abwickelt und ist dies eine tatsächlich immer wieder beobachtete Erscheinung. Besonders deutlich tritt dies in der Zeit vor Weihnachten, in der bekanntlich die Geschäfte bis 10 Uhr geöffnet sind, zutage. Während sonst der Gang des Geschäftes zwischen 8 und 9 Uhr am lebhaftesten war, war dann der Andrang zwischen 9 und 10 Uhr am größten. Es wird dadurch doch immer wieder auf das schärfste klargelegt, daß das kaufende Publikum, sei es aus Bequemlichkeit oder aus irgend einem andern Grunde, immer erst kurz vor Schluß der Verkaufszeit in Scharen in den Laden strömt und oft noch über die vorgeschriebene Zeit hinaus den Inhaber oder seine Vertreter verleitet, gegen das Gesetz zu verstoßen, indem ihnen noch nach der vorgeschriebenen Zeit Ware verkauft wird.

Darum richten wir nunmehr an das kaufende Publikum die Bitte, sich so einzurichten, daß die Einkäufe bis 8 Uhr abends erledigt sind. Zeigen Sie dadurch, daß eine zwölfstündige Kaufgelegenheit vollständig ausreicht! Zwingen Sie dadurch den noch schwankenden Geschäftsinhaber seine Stimme zugunsten des Achtuhrladenschlusses abzugeben und viele Tausende weiblicher wie männlicher Angestellter werden Ihnen Dank wissen!

Wir leben in einer Zeit, in der durch Zusammenschluß großer Massen und durch gemeinsames entschlossenes Vorgehen gewaltige Resultate erzielt werden. Seien Sie sich daher einig in dem Bestreben, den Ladenangestellten den Dienst zu erleichtern, geben Sie Verwandten und Bekannten die Parole aus:

„Kauft nichts mehr nach 8 Uhr abends!“

Hoffen wir, daß die diesmalige Bewegung zugunsten des Achtuhrladenschlusses in Berlin den Erfolg hat, den sie in einer ganzen Reihe Städten schon erzielt hat und daß endlich auch die Handelsangestellten eine Verkürzung ihrer ohnehin langen Arbeitszeit erreichen.

Arbeitgeber und Fortbildungsschule. Ueber den Widerstand, der der Pflichtfortbildungsschule noch immer durch das „ehrsame Handwerk“ bereitet wird, hatten wir kürzlich berichtet. Wir teilten mit, daß von den Innungen alles, was sie gegen die Pflichtfortbildungsschule auf dem Herzen haben, in einem Bericht der Handwerkskammer niedergelegt worden ist und daß in einer außerordentlichen Versammlung des Innungsausschusses die Handwerksmeister auch in mündlicher Aussprache den Vertretern der Fortbildungsschuldeputation des Magistrats sowie den Direktoren der Pflichtfortbildungsschulen den Umstand klar gemacht haben.

Ihr hauptsächlichster Wunsch ist, daß der Unterricht mindestens bis 8 Uhr abends dauern darf und für die meisten Berufe nicht vor 5 Uhr nachmittags zu beginnen braucht. Da ist es nun interessant, zu sehen, wie weit diese Wünsche schon in dem laufenden Sommerhalbjahr berücksichtigt werden. Die Fortbildungsschuldeputation veröffentlicht jetzt die Stundenpläne der Pflichtfortbildungsschulen für dieses Halbjahr. Man ist überrascht von der Häufigkeit der Fälle, in denen der Unterricht so gedacht ist, daß er erst 8 Uhr abends endet. Bei den Bauhandwerkern dauert der Unterricht in der Mehrzahl der Fälle von 5 bis 8 Uhr, in der Minderzahl von 4 bis 7 Uhr; bei den Metallarbeitern liegen die Verhältnisse ganz ähnlich; für die Gruppe Gewerbliche Arbeiter wird fast nur von 6 bis 8 Uhr unterrichtet; und so weiter. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hatte bei der Beratung des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, daß der Unterricht spätestens um 7 Uhr abends enden müsse, ihre Zustimmung versagt. Sie hatte sich aber dahin ausgesprochen, daß die Ausdehnung bis 8 Uhr abends nur eine Ausnahme sein dürfe. Was aber erleben wir jetzt? Die biederen Handwerksmeister, die ihre Lehrlinge „nicht entbehren können“, haben kaum noch Grund, sich über die Fortbildungschuldeputation zu beklagen. Sie hat schon jetzt so viel für sie getan, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Wie lange wirds noch dauern, dann wird der Unterrichtsschluß um 8 Uhr abends nicht eine „Ausnahme“ sondern die Regel bilden. So wird die Pflichtfortbildungsschule rückwärts „reformiert“.

Diese Beeinträchtigung der Lehrlinge zugunsten der Arbeitgeber wäre sehr viel weniger leicht möglich gewesen, wenn durch das Ortsstatut selber, wie die sozialdemokratische Fraktion das vorschlug, der Unterrichtsschluß auf 7 Uhr abends festgesetzt worden wäre. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten wußte, warum sie dem nicht zustimmen durfte. Sie ließ eine Hintertür offen, die zum Notausgang für die Arbeitgeber jener Berufe wurde, in denen die Lehrlinge bis 5 oder gar 6 Uhr abends „ganz und unentbehrlich“ sind. Und über diese Hintertür hängte man den Vorhang der „wohlwollenden“ Erklärung, daß es sich nur um eine „Ausnahme“ handeln solle.

Die neue Portotaxe.

Vom 1. Juli ab werden, wie wir bereits mitgeteilt haben, die zurzeit im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt ab sind die bezeichneten Versendungsgegenstände des Orts- und Nachbarortsverkehrs nach der Ferntaxe zu frankieren. Nur der Brief bis zu 250 Gramm kostet im Orts- und Nachbarortsverkehr frankiert 5 Pf., unfrankiert 10 Pf. Der besseren Orientierung wegen fügen wir hier im Zusammenhange die vom 1. Juli ab geltenden Portosätze an. Die Taxe beträgt:

a) bei Postkarten

im Frankierungsfalle 5 Pf. für die einfache Postkarte oder für jeden der beiden Teile der Postkarte mit Antwort, im Nichtfrankierungsfalle das Doppelte;

b) bei Drucksachen

bis	50 Gramm einschließlich	3 Pf.
über 50 „	100 „ „	5 „
„ 100 „	250 „ „	10 „
„ 250 „	500 „ „	20 „
„ 500 Gramm	bis 1 Kilogramm einschließlich	30 „

c) bei Geschäftspapieren

bis	250 Gramm einschließlich	10 Pf.
über 250 „	500 „ „	20 „
500 Gramm	bis 1 Kilogramm einschließlich	30 „

d) bei Warenproben

bis	250 Gramm einschließlich	10 Pf.
über 250 „	350 „ „	20 „

e) bei Vereinigung von Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben

bis	250 Gramm einschließlich	10 Pf.
über 250 „	500 „ „	20 „
„ 500 Gramm	bis 1 Kilogramm einschließlich	30 „

Im weiteren wird vom 1. Juli ab die Gebühr für außergewöhnliche Zeitungsbeilagen für je 25 Gramm jedes einzelnen Beilageexemplars von ¼ auf ½ Pf. erhöht.

Die blauen Postkarten können unter Aufkleben von Freimarken zu 3 Pf. weiter verwendet werden.

Gegen die Auflösung der 42. Gemeindeschule hat eine Gruppe von Bewohnern des Südostens ein Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet. Die 42. Schule liegt in der Naunynstraße und ist von der Schuldeputation zur Auflösung bestimmt worden, nachdem die Absicht einer Auflösung der am Lausitzerplatz gelegenen 46. Schule an dem Widerstand der Eltern gescheitert war. Bei der 46. Schule sollte zunächst nur die Aufnahmeklasse beseitigt werden, und die anderen Klassen sollten dann eine nach der anderen gleichfalls herankommen. Bei der 42. Schule hat man es vorgezogen, von vornherein einen anderen Weg einzuschlagen. Man hat hier kürzeren Prozeß gemacht und diese Schule sofort auf die Hälfte verkleinert, so daß sie bereits jetzt nur noch einen traurigen Ueberrest darstellt. Im Winterhalbjahr bestand sie aus 15 Klassen mit mehr als 700 Schülern, jetzt im Sommerhalbjahr hat sie nur noch 8 Klassen mit weniger als 400 Schülern. Genommen hat man ihr nicht nur eine der beiden achten Klassen, um die Zuführung neuer Schulrekruten zu hindern. Auch eine der beiden vierten Klassen, beide dritte Klassen, beide zweite und die erste sind sofort beseitigt worden. Wo sind die Kinder geblieben, die in diesen mittleren und oberen Klassen saßen? Natürlich sind sie anderen Schulen zugewiesen worden, damit deren Räume „besser gefüllt“ würden. Gemeindeschulkinder haben ja bekanntlich kein Anrecht darauf, bei der Schule zu bleiben, zu der sie bisher gehörten. Dieses Recht kommt nur den „höheren“ Schülern und Schülerinnen zu, den Kindern der Besitzenden. Die Kinder der Besitzlosen, denen nur die Gemeindeschule offen steht, müssen sich hin und her schubsen lassen und werden bald in diese, bald in jene Schule hineingesteckt — etwa wie man das Vieh bald in diesen, bald in jenen Stall pfercht. Wir finden, daß die Eltern, die von der bevorstehenden Auflösung der 42. Schule betroffen werden, sich eigentlich ein bißchen spät zum Widerstand aufgerafft haben. Im „Vorwärts“ war bereits Ende März mitgeteilt worden, was dieser Schule bevorsteht. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun in ihrer letzten Sitzung das Gesuch dem Magistrat zur Verfügung überwiesen. Was wird der Magistrat „verfügen“? Wird er dafür sorgen, daß schleunigst auch die andere Hälfte der Schule beseitigt wird?

Lesesaal der Stadtbibliothek. In den provisorischen Räumen der Berliner Stadtbibliothek, Zimmerstr. 90/91, soll nach einem Beschluß, den das Kuratorium für die Stadtbibliothek in seiner gestrigen Sitzung gefaßt hat, am 1. Oktober 1907 ein Lesesaal und eine Bücherausgabe für die gesamte Bürgerschaft eingerichtet werden. Beide Neueinrichtungen, die dankbar zu begrüßen sind, sollen von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends ununterbrochen geöffnet sein.

Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, hat sich der Straßenbahnfahrer Eggert, welcher auf dem Bahnhof X der Großen Berliner Straßenbahn angestellt ist, erhebliche Verletzungen zugezogen. Er fuhr gestern einen Motorwagen der Linie 24 (Nettelbeckplatz-Groß-Görschenstraße), als in der Potsdamerstraße nahe der Lützowstraße eine Droschke unmittelbar vor dem Straßenbahnwaggon auf die Schienen bog. Um einen Zusammenstoß zu verhindern, war Eggert genötigt, die Gefahrbremse in Anwendung zu bringen und dies geschah in so energischer Weise, daß der Zug auf kaum drei Meter Entfernung zum Stehen kam. Allerdings wurden die Fahrgäste zum Teil von ihren Plätzen geschleudert und auch Eggert flog mit der Brust gegen die vordere Plattformwand. Trotzdem der Wagenführer sofort heftige Schmerzen empfand, führte er den Straßenbahnzug noch bis zur Endstation und begab sich von dort aus zu einem Arzt, welcher feststellte, daß E. eine Rippenquetschung erlitten hatte. Der Verletzte mußte sofort nach seiner Wohnung gebracht werden.

Ein neues Verfahren zur Ermittelung von Dieben bringt eine hiesige Speditionsfirma zur Anwendung, der kürzlich ein Wagen mit 24 Kollis im Gesamtwerte von 20 000 M. gestohlen worden war. Der Wagen wurde schon nach anderthalb Stunden ohne Ladung am Weidenweg aufgefunden. Die bestohlene Speditionsfirma läßt nun den betreffenden Wagen, an welchem große rote Plakate befestigt sind, durch die Straßen Berlins fahren. Auf den Plakaten ist die Mitteilung von dem Diebstahl und die Zusicherung einer bedeutenden Belohnung für den Ermittler der Diebe enthalten. Vor allen Kaschemmen hält das eigenartige Fuhrwerk an, um den in diesen Lokalen verkehrenden Verbrechern Kenntnis von der ausgesetzten Belohnung zu geben.

Diebstähle während eines Großfeuers. Ueberraschende Entdeckungen hat die Tegeler Polizeibehörde gelegentlich des Großfeuers im Strandschlosse in Tegel gemacht. Bei Ausbruch des Brandes waren mehrere Bewohner des Strandschlosses nicht anwesend, und diese Gelegenheit haben dreiste Diebesgesellen dazu benützt, um die Zimmer aufzubrechen und Wertgegenstände daraus zu rauben. Obwohl die betreffenden Behausungen gar nicht in Feuersgefahr schwebten, sprengten die Verbrecher, welche sich den Anschein freiwilliger Feuerwehrleute gaben, die Türen. In einem Falle hat der Dieb die entwendeten wertvollen Schmucksachen auf der Treppe verloren. Infolge der großen Aufregung, welche durch das Großfeuer hervorgerufen wurde, gelang es den Räubern, unbeachtet mit ihrer Beute zu entschlüpfen. Auch am Tage nach dem Brande wurde das Strandschloß noch von einer Reihe von Dieben heimgesucht.

Das rätselhafte Verschwinden eines Rentiers beschäftigt die Polizeibehörde in den östlichen Vororten. Der in der Villenkolonie Hohenbinde bei Erkner wohnhafte 76jährige Rentier Posselt hatte vor wenigen Tagen einen kurzen Spaziergang nach dem nahen Walde unternommen und ist bisher zu seinen Angehörigen noch nicht zurückgekehrt. Es wird angenommen, daß der Greis einem Unfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Eine Absuchung des Forstes durch Polizeibeamte und zahlreiche Schüler war erfolglos. Der Verschwundene ist von großer hagerer Figur und trägt graumelierten Vollbart.

Durch eine stürzende Aufladebrücke zum Krüppel geworden. In der Tresorbaufabrik von Ade in der Demminerstr. 7 hat sich am Montagnachmittag ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Auf dem Fabrikhofe waren Arbeiter mit dem Aufladen von Geldschränken beschäftigt und hatten dazu eine Ladebrücke aufgestellt. Die Brücke stand zu dicht an der Eingangstür, und als der 16jährige Lehrling Willi Kaiser aus der Anklamerstraße 33 auf den Hof hinaustreten wollte, versuchte er das Bauwerk etwas fortzuschieben. Die Brücke stürzte jedoch ein und K. wurde darunter begraben. Schwer verletzt mußte er in das Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. U. a. war ihm der rechte Unterschenkel mehrermal gebrochen worden.

Menschenschutz. Zu unserer gestrigen Notiz unter vorstehender Spitzmarke ist zu berichtigen, daß der Laufbursche der Firma Klippel den Schaukasten nicht nach der Jüdenstraße, wie infolge eines Druckfehlers zu lesen war, sondern nach der Junkerstraße tragen sollte.

In seiner Wohnung erhängt vorgefunden wurde gestern der Vorarbeiter Boris in der Memelerstr. 74/75. B. war 34 Jahre am Schlesischen Bahnhof beschäftigt und vor kurzem Knall und Fall entlassen worden. Seit Sonntag wurde er vermißt, bis er gestern am Türpfosten seiner Wohnung tot vorgefunden wurde.

Aus dem Fenster des vierten Stockwerkes gesprungen ist gestern die 24jährige Ehefrau des Bäckermeisters Jahnke, Fehrbellinerstraße 35. Die junge Frau hatte einen Ehezwist mit ihrem Mann gehabt und geriet in eine derartige Aufregung, daß sie plötzlich an das Fenster sprang, die Flügel aufriß und sich mit einem Aufschrei in die Tiefe hinabstürzte. Der Ehemann war noch schnell hinzugesprungen, um seine Frau vom Fensterbrett zurückzureißen, aber es war bereits zu spät. In bewußtlosem Zustand wurde die Unglückliche nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee gebracht, wo der Arzt schwere innere und äußere Verletzungen feststellte. Frau J. wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht, starb jedoch bereits auf dem Transport dorthin.

Ein größerer Dachstuhlbrand kam am Dienstag nachmittag in der Gartenstr. 39 zum Ausbruch. Das Feuer entstand auf dem Boden des Hauses und wurde erst bemerkt, als gegen 4 Uhr plötzlich Flammen durch das Dach schlugen. Bei Ankunft der Wehr brannte dann schon ein erheblicher Teil des Dachstuhles mit seinen Bodenkammern. Es mußte fast eine Stunde mit zwei Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist noch nichts ermittelt.

Der Verband der Brauereiarbeiter ersucht uns um Aufnahme folgender Notiz: Das Mitgliedsbuch des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter Nr. 33 767, auf den Namen Paul Fellenberg lautend, ist dem Inhaber gestohlen worden. Es wird gebeten, das Buch event. anzuhalten und der Ortsverwaltung Berlin I des Brauereiarbeiterverbandes, Linienstr. 19 I Nachricht zukommen zu lassen.

Am 165. Beobachtungsabend des „Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte E. V.“ Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr spricht Direktor F. S. Archenhold über „Die Eroberung des Kosmos“.

Zur Vorlegung gelangt eine interessante Prismensammlung aus dem Nachlasse von Tornow-Frankfurt a. M., die vom Hauptmann Krimski der Treptow-Sternwarte geschenkt worden ist. Die Gedichte und Autogramme, welche von Herrn Johannes Trojan, Gerhard Hauptmann, Fräulein Destinn, Fräulein Geraldine Farrar, Frau Lilli Lehmann, Herrn Dr. Ludwig Fulda eingesandt sind, wie auch die Spenden, welche von ersten Firmen [illegible]

gestiftet sind, werden besichtigt, und das Festprogramm für die Zehn-Jahresfeier der Treptow-Sternwarte, die am Sonnabend, den 30. Juni, stattfindet, bekannt gegeben. Mit dem großen Fernrohr wird beobachtet: Mond von 9½—11 Uhr nachts oder Sternhaufen im Herkules von 11—12 Uhr nachts. Gäste sind willkommen.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Dienstag kam im Verwaltungsgebäude des städtischen Krankenhauses am Friedrichshain Feuer aus. Dort brannten um 1 Uhr in der Aerztestube Sofa, Fenster u. a. Die Gefahr konnte zum Glück schnell beseitigt werden. Zweimal wurde der 20. Zug nach der Roßstraße 33 gerufen, wo nachmittags um 6 Uhr und nachts um 1 Uhr in einem Keller Brennmaterialien brannten. Längere Zeit hatte die Feuerwehr Dienstag früh um 4 Uhr in der Böttcherstraße 19 zu tun, wo durch Selbstentzündung von Preßkohlen ein größerer Brand ausgekommen war. Auch in der Gr. Frankfurterstraße 142 mußte ein gefährlicher Brand, der in einem Keller entstanden war, gelöscht werden. Späne und Hausrat brannten dort in Verschlägen unter großer Qualmentwickelung. Ferner hatte der 20. Zug längere Zeit in der Mollersgasse 3 mit der Löschung eines Kohlenbrandes zu tun. Weitere Preßkohlenbrände beschäftigten die Wehr in der Rathenowerstraße 21, Utrechterstraße 9 und auf mehreren Bahnhöfen. Der 18. Zug wurde nach der Sauerstoffabrik in der Tegelerstraße 15 gerufen, wo Wasser in den Gasometer der Anstalt eingedrungen war, das ausgepumpt werden mußte. Salzsäure mußte vom 1. Zug in der Neuen Königstraße 71 entfernt werden und Bienen in der Fürstenwalderstraße 17. Petroleum und Möbel brannten Wadzeckstraße 20, Kleider und Möbel in der Schönleinstraße 12, Sträucher in der Schönhauser Allee 141. Einer Feuermeldung nach der Ecke der Bärwald- und Wilmsstraße lag anscheinend ein Unfug zugrunde. Der Feuermann Brümmer löschte gestern, während er dienstfrei war, mit Unterstützung von Hausbewohnern noch vor Eintreffen der Wehr einen Kellerbrand in der Hannauerstraße 9. Stroh, Körbe u. a. waren dort in Brand geraten. Außerdem wurde die Feuerwehr nach der Rostockerstraße 15 u. a. Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in ihrer letzten Sitzung, die sich bis nach Mitternacht ausdehnte, den Nachtragsetat betreffend die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der städtischen Lehrer und Beamten. Der Etatsausschuß war teilweise noch über die vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhungen hinausgegangen, andererseits hatte er aber die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge um Besserstellung der Gemeindeschullehrer und der Beamten in den beiden unteren Besoldungsklassen abgelehnt. Die von dem Ausschuß abgelehnten Anträge wurden in der Versammlung wieder aufgenommen. Nach den Beschlüssen des Etatsausschusses wird eine Mehrforderung von 152 000 M. erforderlich sein und es soll diese Summe aus dem Ueberschußfonds gedeckt werden. Der Kämmerer gab die Erklärung ab, daß die Finanzlage der Stadt eine günstige sei; nach der bisherigen Uebersicht könne man bestimmt damit rechnen, daß die Inanspruchnahme des Ueberschußfonds nicht notwendig sein werde. — Im wesentlichen zugestimmt wurde den vom Ausschuß vorgeschlagenen Sätzen für die Lehrpersonen an den höheren Schulen. Danach erhalten die Gymnasialdirektoren ein Anfangsgehalt von 6500 M. und ein Endgehalt von 8000 M., die Direktoren an der Realschule 6000—7500 M., die Oberlehrer 3800—7100 M., die Vorschullehrer 2450—4700 M., die Elementarschullehrer an der Realschule 2550—4800 M., die akademisch gebildeten Oberlehrerinnen 3000—4750 M. und die ordentlichen Lehrerinnen 2250—3600 M. — Für die Lehrpersonen an den Gemeindeschulen waren seitens der sozialdemokratischen Fraktion und der Liberalen Anträge auf eine weitergehende Erhöhung gestellt worden. Es wurde beschlossen, das Grundgehalt für die Rektoren festzusetzen auf 2450 M., Lehrer 1450 M., wissenschaftliche Lehrerinnen 1250 M. und technische Lehrerinnen 1000 M. Gegen die Stimmen der Hausbesitzerfraktion wurde darauf die Mietsentschädigung um je 50 M. über die Vorschläge des Ausschusses hinaus erhöht. Es erhalten somit die Rektoren eine Mietsentschädigung von 1000 M., die Lehrer 750 M. und die Lehrerinnen 550 M. — Für die sonstigen städtischen Beamten hatte der Ausschuß folgende Sätze vorgeschlagen: Klasse Ia: 5000 bis 6500 M., Klasse I: 3900 bis 5700 M., Klasse II: 2700 bis 5000 M., Klasse III: 2300 bis 4200 M., Klasse IV: 1900 bis 2950 M. und Klasse V: 1800 bis 2600 M. Das Anfangsgehalt in Klasse III wurde jedoch auf 2400 Mark erhöht. Zu Klasse IV und V beantragten die Sozialdemokraten ein gleichmäßiges Anfangsgehalt von 2000 M. Die Versammlung stimmte mit einer sehr geringen Majorität für Klasse IV dem sozialdemokratischen Antrage zu, lehnte denselben aber für Klasse V ab. Für die Beamten der letzteren Klasse wurden sodann 1850 M. bewilligt. — Die Versammlung erklärte sich mit einem Antrage einverstanden, nach welchem der Magistrat diese gesamte Besoldungsordnung als eine einheitliche zu betrachten habe. Er kann also an derselben keine Aenderungen vornehmen, sondern muß, wenn er dies will, die ganze Vorlage zurückverweisen.

Nach Beendigung der zweiten Beratung erhoben mehrere Stadtverordnete der Hausbesitzerfraktion, die schon durch die angenommenen Erhöhungen in Aufregung geraten waren, Widerspruch gegen die sofort vorzunehmende dritte Beratung. Der Vorsteher glaubte nach der Geschäftsordnung diesen Widerspruch unterstützen zu müssen, wurde aber von mehreren Mitgliedern überführt, daß in der Geschäftsordnung gerade das Gegenteil von seiner Auffassung steht. In der dritten Beratung stimmte dann die Versammlung den festgelegten Sätzen zweiter Lesung mit unwesentlichen Aenderungen zu.

Ein dringlicher Antrag des Magistrats, für den Bau des Theaters auf dem Platz Y eine Anleihe in der Höhe von 1 000 000 M. zu 3¾ Proz. aus der städtischen Sparkasse zu entnehmen, wurde angenommen mit dem Ersuchen, dem Platz möglichst bald einen Namen beizulegen.

Am kommenden Freitag findet noch eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

Die Schöneberger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 22. Juni mit dem städtischen Arbeitsnachweise. Bekanntlich sind durch denselben Arbeitsuchende nach solchen Betrieben vermittelt worden, welche der Maifeier wegen ausgesperrt hatten. Genosse Däumig als Deputationsmitglied legte dar, daß den eingereichten Beschwerden sofort entsprochen worden sei, indem Stadtrat Walger die Deputationsmitglieder zu einer Sitzung zusammenberufen habe. Redner verwies darauf, daß in der Geschäftsordnung des Zentralarbeitsnachweises der Passus enthalten sei, wonach der Arbeitsvermittler verpflichtet wird, bei Arbeitsvermittelungen auf etwaige Differenzen aufmerksam zu machen. Der Schöneberger Arbeitsnachweis habe, als dem Zentralarbeitsnachweis angeschlossen, nach diesen Bestimmungen zu handeln. Redner rügt des weiteren, daß seit fünf Jahren keine Sitzungen mit der Deputation stattgefunden haben. Es seien aber in dieser Zeit trotzdem Aenderungen in der Geschäftsordnung vorgenommen worden, auch sei der Nachweis vom Rathause nach der Hauptstraße verlegt worden. Nachdem verschiedene Delegierte ihre Mißbilligung hierüber zum Ausdruck gebracht hatten, wurde vom Obmann noch auf den Boykott der Barbiere und die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker, sowie für letztere bestimmten Sammellisten verwiesen. Einzelne Delegierte monierten die späte Ausgabe der Sammellisten. Es fehlte der Vertreter der Töpfer.

Charlottenburg.

Die Fortbildungsschulpflicht soll nunmehr auch in Charlottenburg auf die ungelernten Arbeiter ausgedehnt werden, ferner ist ihre Ausdehnung auch auf die auswärts wohnhaften gelernten Arbeiter beabsichtigt. Voraussetzung für diese Aenderung des Ortsstatuts über die Verpflichtung zum Besuch der Volksschule ist, daß die Regierung den vierten Teil der hierdurch entstehenden Kosten, die sich insgesamt auf 25 000 M. belaufen, erstattet. Durch Gemeindebeschluß vom Jahre 1904 ist die Fortbildungsschulpflicht mit der Maßgabe eingeführt, daß zunächst die in Charlottenburg wohnhaften und in Charlottenburger Gewerbebetrieben beschäftigten männlichen gelernten Arbeiter verpflichtet sein sollen, die städtische Fortbildungsschule zu besuchen. Maßgebend für diese Einschränkung war der Umstand, daß damals in Berlin und Schöneberg noch kein Fortbildungsschulzwang bestand. Man befürchtete daher große Schwierigkeiten in der Ausübung des Einschulungs- und Kontrollverfahrens. Insbesondere fiel der Umstand ins Gewicht, daß widerstrebende Arbeiter, namentlich ungelernte, ihre Stellung, Beschäftigung und ihren Wohnort oft und schnell hätten wechseln können, wodurch die Kontrolle erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden wäre. Diese Bedenken bestehen gegenwärtig nicht mehr, da Berlin die Fortbildungsschulpflicht für alle daselbst beschäftigten männlichen Arbeiter eingeführt hat und Schöneberg im Begriff steht, diesem Beispiel zu folgen. Falls die Verhandlungen mit den Staatsbehörden über den Staatszuschuß nicht einen weiteren Aufschub notwendig machen, soll die Neuerung bereits am 1. Oktober dieses Jahres in Charlottenburg in Kraft treten. Von der Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf die weibliche Jugend will der Magistrat leider auch jetzt noch Abstand nehmen.

Groß-Lichterfelde.

Im Teltowkanal ertrunken ist gestern in der Nähe der Armenhausbrücke bei Groß-Lichterfelde der achtjährige Sohn des Schuhmachermeisters Schelter aus der Schillerstraße in Groß-Lichterfelde. Der Kleine hatte mit einem anderen Knaben am Teltowkanal gespielt und später auch gebadet. Sch. wagte sich zu weit in den Kanal hinaus und mußte diese Unvorsichtigkeit mit dem Tode büßen. Er konnte nicht mehr zurückwaten und ertrank, ehe Hülfe hinzukam. Die Leiche wurde bald darauf gelandet.

Lankwitz.

Auf schreckliche Weise machte gestern in der achten Abendstunde auf dem Lankwitzer Bahnhofe eine zirka 30jährige Frau ihrem Leben ein Ende. Die dem Arbeiterstande angehörende Frau geberdete sich auf dem Bahnhofe etwas aufgeregt, was zwar einigen auf den Zug wartenden Passagieren auffiel, ohne daß diese weiter davon Notiz nahmen. Als der Zug in die Station einlief, schleuderte sie blitzschnell Schirm und Handtasche von sich und warf sich selbst quer über die Schienen. Die Unglückliche wurde auf diese Weise vom elektrischen Strom sofort getötet und ihr Körper in Stücke gerissen. Die Lokomotive wurde sofort aus dem Verkehr gezogen und der Staatsanwalt telegraphisch herbeigerufen. Man fand bei der Toten nur ein Zehnpfennigstück, sonst aber nicht den geringsten Anhalt für den Nachweis der Identität. Selbst die Wäsche war nicht gezeichnet. Da ein Selbstmord außer allem Zweifel steht, so wurde die Leiche nach dem Schauhause gebracht.

Weißensee.

24 Pfennig Entree. In Weißensee ist bereits eine Vergnügungssteuer zur Einführung gelangt, durch welche Eintrittskarten zu Vergnügungen versteuert werden, wenn der Preis 25 Pfennig und mehr beträgt. Ein hiesiger Verein hielt kürzlich in Schloß Weißensee sein Stiftungsfest ab, zu welchem früher ein Entree von 25 Pfennig erhoben wurde. Diesmal wurde jedoch der Eintrittspreis mit Rücksicht auf die Vergnügungssteuer auf 24 Pfennig festgesetzt, wodurch der Verein an jeder Eintrittskarte 2 Pfennig verdiente. Die Steuer beträgt nämlich bei 25 Pfennigbilletts pro Billett 3 Pfennig.

Reinickendorf.

Nicht weniger als drei Explosionen von Spiritusglühlampen ereigneten sich am Sonntagabend auf dem Vorortbahnhof Reinickendorf—Rosenthal. Der Schalterbeamte Alter, Reinickendorf, Kopenhagenerstr. 71 wohnhaft, erlitt dabei sehr schwere Brandwunden. Obgleich bis zu dem Reinickendorfer Vorortbahnhof die Reinickendorfer Gasleitung liegt, hat die Eisenbahnverwaltung sich immer noch nicht entschließen können, den Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal mit Gas zu versorgen, sondern die alten Spiritusglühlampen in Gebrauch gelassen, obgleich die Station von Hermsdorf-Waidmannslust den größten Verkehr auf der Nordbahn aufweist. — Als am Sonntagabend der Schalterbeamte Alter im Dienstraum die Spirituslampe anzünden wollte, explodierte diese plötzlich, und der brennende Spiritus ergoß sich über die Kleidung des Beamten. Alter erlitt auf dem ganzen Körper schwere Brandwunden. Die Ursache der Explosion stand noch nicht fest, sie kann aber nur in dem veralteten Lampensystem liegen, denn am selben Abend sind am Ende des Bahnhofes noch zwei weitere Spiritusglühlampen explodiert. Auch der Bahnsteig der Station Reinickendorf-Rosenthal ist mit denselben Lampen versehen. Wäre eine der dort stehenden Glühlampen explodiert, so hätte, weil der Bahnsteig gewöhnlich von Hunderten von Menschen besetzt ist, das größte Unglück geschehen können.

Bei den Kanalisationsausschachtungen an der Oranienburger Chaussee, die von der Firma Seydlitz u. Lachert in Rixdorf ausgeführt werden, ist heute ein bedauerlicher Unfall passiert. Wie uns berichtet wird, soll die Ausschachtung entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht abgesteift sein. Durch zusammenstürzende Erdmassen wurden zwei Arbeiter verschüttet, von denen einer erhebliche Verletzungen erlitt.

Mühlenbeck (Bez. Nieder-Schönhausen).

Der Wahlverein hielt am letzten Sonntag seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Baersch ab. Nachdem auf die Wichtigkeit der Kreiskonferenz hingewiesen, wurde der Genosse Albert Beetz als Delegierter gewählt. Ueber die Lokalfrage entspann sich eine lange Debatte, weil einzelne Genossen sich nicht scheuen, in gesperrten Lokalen zu verkehren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Wahlvereinsversammlung verurteilt ganz energisch die Handlungsweise einzelner Genossen, die die Lokalsperre durchbrechen, sie verpflichten sich, sich streng nach der Lokalliste zu richten und dafür Sorge zu tragen, daß auch in Mühlenbeck in der Lokalfrage bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Eberswalde.

Auch der Bachsee bei Eberswalde hat vorgestern ein blühendes Menschenleben gefordert. Die achtzehnjährige Verkäuferin Anna Manzel aus Friedrichshagen hatte mit einem Konditorgehülfen einen Ausflug unternommen und wollte im Bachsee ein erfrischendes Bad nehmen. Kaum war das junge Mädchen im Wasser, so stieß es einen Schrei aus und verschwand in den Fluten. Der Begleiter sprang sofort zur Rettung nach, doch erst nach längerer Zeit gelang es ihm, den Körper der M. zu fassen. Alle Wiederbelebungsversuche blieben bei dem jungen Mädchen erfolglos.

Versammlungen.

Im Bericht über die Generalversammlung von Teltow-Beeskow muß es in der Wiedergabe der Aeußerungen des Genossen Eisner zum Vorstandsbericht heißen: „Es müßte doch einem erfahrenen Genossen mehr Freude machen, in Markgrafpieske 5 Genossen zu gewinnen, als in Berlin 5000 Genossen zu erhalten.“ Nicht unterhalten, wie der Druckfehlerteufel den Genossen Eisner sagen läßt.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine“. Sitzung Mittwoch ½9 Uhr im Lokal Botze, Rodenbergstraße 8. Tagesordnung: Vorlesung aus „Der Zukunftsstaat“ von J. Stern. Diskussion. Gäste haben Zutritt.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Sokrates“. Sitzung Mittwoch, den 27. Juni bei Zietz, Warschauerstraße 61. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Zadek über „Die Proletarierkrankheit.“ Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Eintracht“. Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Dörrwald, Stralauer Allee 17E. Vortrag über „Moderne Kindererziehung“. Referent Genosse Liehr. Diskussion. Verschiedenes. Das Erscheinen der Frauen ist notwendig.

Vermischtes.

Explosion in der Kaserne.

Allenstein, 26. Juni. Die „Allensteiner Zeitung“ meldet, daß in dem zur Kaserne des 73. Artillerie-Regiments gehörigen Fahrzeughause gestern gegen Abend aus bisher unaufgeklärter Ursache die Explosion mehrerer Artilleriegeschosse erfolgte. Zwei Artilleristen wurden schwer, ein Unteroffizier und ein von ihm begleiteter Arrestant, die an dem Schuppen vorübergingen, leicht verletzt.

Einem hiesigen Blatte wird über das Unglück berichtet:

Allenstein, 26. Juni. Gestern nachmittag waren die Kanoniere Wittkowski und Böttcher in der Waffenmeisterei der Artilleriekaserne mit Füllen von Kanonenschlägen beschäftigt. Plötzlich erfolgte ein weit über die Stadt in die Umgebung hinaus wahrnehmbarer Knall. Ein beiseite gelegter gefüllter Kanonenschlag war explodiert. Die genannten Kanoniere erlitten an Kopf, Gesicht und Händen Verletzungen und mußten sofort aus der Waffenmeisterei in die Kasernenstuben getragen werden. Durch den infolge der Explosion hervorgerufenen Luftdruck wurden die Fenster der Waffenmeisterei zertrümmert, ebenso diejenigen der unmittelbar danebenstehenden Schmiede, ferner die nach der Straße führende Tür und ein Stück der Wand nach außen geschleudert. Dort ging in dem Augenblick der Explosion der Artillerieunteroffizier Kordowski mit dem Kanonier Röser vorbei. Beide wurden durch die umherfliegenden Stücke ebenfalls am Kopf und Gesicht verletzt. Alle vier Verletzten sind bald darauf nach dem Kasernenlazarett gebracht worden. Hier erwies sich die Verletzung des Kanoniers Röser als nicht bedeutend; er wurde daher, nachdem er vom Blut gereinigt war, in das Revier gebracht. Dagegen sind die Verletzungen der übrigen drei schwerer. Welches die Ursache der Explosion sein mag, und wer die Schuld an dem Unfall trägt, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Ueber ein Dampferunglück wird aus Magdeburg berichtet: Vor der hiesigen Hauptbrücke ist ein Kettendampfer mit einem Dampfer zusammengestoßen, der 450 Schulkinder mit ihren Lehrern trug. Unter den Passagieren entstand eine Panik; sie konnten aber alle von den Mannschaften vorbeifahrender Schiffe gerettet werden. Der Dampfer konnte ohne Hülfe das Ufer erreichen, doch ist sein Hinterteil gesunken.

Schwere Gewitter sind im Rhein- und Moselgebiete niedergegangen. In Leidenborn traf ein Blitzstrahl den Kirchturm, der vollständig abgedeckt wurde. Balkenstücke und schwere Steine wurden umhergeschleudert, der in der Kirche Anwesenden bemächtigte sich eine gewaltige Erregung. In den verschiedensten Orten sind Bauernhöfe mit gefüllten Scheunen in Flammen aufgegangen. Bei Baerl wurde eine Ackersfrau durch einen Blitzstrahl getötet. — Aus Wien wird unterm 26. Juni telegraphiert: Gestern nachmittag haben schwere Gewitter verbunden mit Wolkenbruch in Steiermark, Ober- und Nieder-Oesterreich großen Schaden an Gebäuden und Kulturen angerichtet. Mehrere Personen wurden vom Blitz erschlagen.

Abgestürzte Touristen.

Zürich, 26. Juni. Der fünfundzwanzigjährige Elektrotechniker und bekannte Alpinist Marli aus Bern ist auf einer Hochtour vom Stockhorn abgestürzt und tot liegen geblieben. — Genf, 26. Juni. Von zwei jungen deutschen Angestellten, die gestern den bei der Einmündung der Rhone in den Genfer See gelegenen Berg Grammont besteigen wollten, ist einer, Albert Baptist Kramer aus Saarbrücken, geboren am 21. Juni 1882, abgestürzt. Eine von Bex aus abgegangene Führerkolonne fand abends den Verunglückten als Leiche am Fuße des Pissenzfelsens gegenüber dem Dörfchen Novelles an einer im Volksmund „Deutschengrab“ genannten gefährlichen Stelle, an der fast alljährlich sich Unglücksfälle ereignen. Der Verunglückte war Angestellter des Bürgermeisteramtes Lesplanches bei Montreux.

Ein Millionär erschossen. Aus New York wird gedrahtet: Im Madison Square Garden-Theater wurde gestern der Architekt Stanford White, ein bekannter Millionär, während der Vorstellung von dem Millionär Harry Thaw erschossen. Man bringt die Frau Thaws, die früher ein ihrer Schönheit wegen berühmtes Modell war, zu dem Vorgang in Beziehung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 58—64, IIIa 53—56, IVa 46—51, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 55—58 holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 80—85, IIa 70—75, IIIa 57—68. Hammelfleisch Ia 73—76, IIa 62—70. Schweinefleisch 61—67. Kaninchen per Stück 0,00. Hühner, alte, Stück 1,60—2,00, junge, per Stück 0,40—0,90. Tauben, junge 0,32—0,35, alte 0,20. Enten, primo, per Stück 2,00, Hamburger, junge, per Stück 2,50—3,10. Gänse, junge, per Pfd. 0,55—0,65, per Stück 2,75 bis 4,25. Hechte 90—105. Schleie 63—71. Bleie 00,00. Aale, groß 125—130, mittel 105—109, klein 0,00, unf. 75—95. Wölzen 0,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—6,50. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—4, do. klein, per Kiste 0,00. Bücklinge, engl. per Wall 4—4,50. Kieler 2,00—5,00, Stralsunder 4—5. Aale, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00, Elb- per Kiste 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 95,00 bis 100. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 13,50, kleine 4,00—5,00 unsortiert 6,00—9,50. Eier, Land-, per Schock 3,30, frische 3,20—3,30. Butter per 100 Pfund, Ia 109—112, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100. Saure Gurken, Schock 4,00—4,25, Pfeffergurken 4—4,50 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,25—2,40, rote Daberscbe 2,10—2,25, runde weiße 1,80—2,10, Malta 0,00, Sommer-Malta 10,00—11,50, ital. 4,50—6,50, ung. 3,50—4,50. Heue, hiesige per 100 Pfund 4,50—5,50. Spinat, per 100 Pfund 5,00—8,00. Karotten per Schock 2,00 bis 2,50. Kohlrabi, per Schock 0,75—1,25. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 4—4,50. Radieschen, per Schock-Bd. 0,60—1,25. Salat, per Schock 0,75—1,25. Spargel I, per Pfd. 0,20—0,30, II 0,10 bis 0,15, III 0,05—0,10, Beeliger I 0,30—0,35, II 0,15—0,25, III 0,08—0,12. Bruchspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—100. Schoten, hiesige, per 100 Pfd. 14—15. Pfefferlinge per Pfd. 0,35—0,40. Mohrrüben per Schock-Bd. 2,00—2,50. Blumenkohl per Kopf 0,15—0,25. Wirsingkohl per Mandel 1,50—2,00. Steinpilze per Pfd. 0,33. Teltower Rüben per Pfd. 0,22—0,25. Stachelbeeren 100 Pfd. 10—13. Kirschen, ital., 100 Pfd. 10—20, Gubener 12—20, Werdersche 18—30, schlesische 6—14, Natten, Werdersche 25—35. Blaubeeren per Pfd. 0,10—0,14. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 25—35, franz. per Pfd. 0,00—0,00, Beeliger per Pfd. 0,20—0,34, Werdersche per Pfd. 0,18—0,30, Dresdener Wald per Pfd. 0,50—0,60, Dresd. Garten per 100 Pfd. 30—50, hiesige Wald- per Pfd. 0,25—0,67. Pflaumen, ital. runde, per Pfd. 0,10—0,11. Zitronen, Messina, 300 Stück 12,00—15,00, 360 Stück 10,00—12,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00. Weintrauben, Brüsseler, per 100 Pfd. 60—100.

Witterungsübersicht vom 26. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	763	W	4	wolkig	18	Haparanda	754	S	4	halb bd.	15
Hamburg	764	WSW	4	bedeckt	17	Petersburg	756	NNO	1	wolkenl.	15
Berlin	765	WSW	3	bedeckt	18	Scilly	764	SSW	3	bedeckt	15
Frankf. a. M.	768	SW	3	wolkig	17	Aberdeen	756	S	2	heiter	14
München	768	Still		heiter	18	Paris	768	Still		wolkenl.	17
Wien	767	W	4	halb bd.	19						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. Juni 1906.

Zunächst ziemlich heiter, etwas wärmer bei schwachen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.